

## **Finanzkrise**

	1. Einleitung, Widersprüchlichkeit der Erscheinungsformen .....	2
	2. Ursachen der Krise .....	2
5	2.1. Geldwirtschaft und Krise. Es gibt keine Nachfragekrise mangels Geldes .....	3
	2.2. Differenz von Angebot und Nachfrage in der Geldwirtschaft. ....	3
	2.2.1. Geldwirtschaft ermöglicht Krise mangels Nachfrage .....	3
	2.3. Die Möglichkeiten der Geldblase .....	5
	2.3.1. Modellrechnung auf dem Immobilienmarkt .....	5
10	2.3.1.1 Wie werden 25% Gewinn zur Norm? .....	5
	2.3.2. Investentbanking .....	9
	2.3.3. Auswirkungen auf die Realwirtschaft .....	9
	2.3.4. Der Besitz ist in den vergangenen Jahren massiv gewachsen. Die Blase an Beispielen in Deutschland .....	10
15	2.4 These und Schlussfolgerung:.....	13
	2.5 Persönliche Verantwortung der Manager und sonst Beteiligten? .....	13
	2.5.1 Konnten sie die Probleme kommen sehen?.....	13
	3 Krisenauslöser in den westlichen Industrieländern .....	15
	3.1 Arbeitnehmer, Hausbesitzer, die über ihre Verhältnisse gelebt haben .....	15
20	3.2 Nicht investierende Unternehmen .....	18
	4 Erklärungen der Krise und Wirtschaftspolitik .....	19
	4.1 Grenze der Zahlungsfähigkeit der Schuldner überschritten .....	19
	4.2 Staat als Retter in der Not der Gläubiger .....	21
	4.3 Rettung der Banken .....	21
25	4.3.1 „Systemisches Risiko“, z.B. bei der Bank Hypo Real Estate, HRE .....	21
	4.4 Konsumenten als Verursacher oder Retter in der Krise? .....	27
	4.5 Konjunkturpakete .....	27
	5 Was ist zu tun? .....	29
	6 Abschlussbemerkungen .....	31
30	7 Fußnoten .....	33

## 1. Einleitung, Widersprüchlichkeit der Erscheinungsformen

Die Subprimekrise der Häuslebauer und ihrer Hypothekenschulden in den USA sind zur Finanzkrise, die Finanzkrise zur Wirtschaftskrise geworden.

5 Die Welt und insbesondere die USA hatten die Märkte mit Geld „überschwemmt“, „geflutet“. Die auf dem Kapitalmärkten Tätigen haben sich daran bis zum Delirium besoffen. Die meisten sonstigen Beschäftigten, Rentner und von Sozialkassen Lebenden bekamen trotzdem dauernd einen trockeneren Hals und Ebbe im Portemonnaie. Nun scheinen die Geldfluten versiegt zu sein. Den Banken geht das Geld aus. 10 Jetzt drehen Regierungen den Geldhahn noch weiter auf. Die Notenbanken, meist auf Geheiß der Regierungen und Parlamente, stellen Billionen neuer Dollars, Pfund, Yen, Yuan und Euros bereit. Die Zinsen für Privatanleger sinken rapide und trotzdem wird weit verbreitet über eine Kreditklemme gejammert. Insbesondere die Wirtschaftswissenschaftler überbieten sich mit Forderungen nach noch größeren Schlucken aus der Pulle öffentlicher Finanzen. Es sind meist dieselben, die noch vor einem 15 halben Jahr restriktive Haushaltspolitik und strenge Abstinenz der öffentlichen Haushalte gefordert haben.

Die Europäische Union wollte die Gewährträgerhaftung der Sparkassen und Landesbanken durch die öffentlichen Hände abschaffen<sup>1</sup>. Jetzt werden Banken Land auf, 20 Land ab verstaatlicht bzw. die Staaten verhalten sich als Gewährträger, indem sie für die Schulden der Banken bürgen oder ihnen faule Kredite abkaufen.

Die Eigentümer und Manager von Banken sollen für Verluste und Fehler haften. Mit den öffentlichen Einlagen, Zuschüssen, Abkauf fauler Kredite, Bürgschaften usw. steigen die Kurse der Institute wieder sprunghaft – die Eigentümer reiben sich die 25 Hände, und die Manager versprechen schon wieder Dividenden und zahlen sich weiter Boni aus – weil sie so gefragt seien<sup>2</sup>.

Die US Amerikaner, Briten, Spanier, Ungarn, Balten, Isländer usw. sollen zu viel – auf Kredit - konsumiert haben. Jetzt sollen massenweise neue und billige Kredite für Konsum und Hauskauf bereit gestellt werden, um den Konsum auf Kredit anzuregen. 30 Zusätzlich sollen Staatskredite – also Zwangsanleihen – aufgenommen und so verteilt werden, dass insbesondere die unteren Einkommenschichten, die es sich ja gerade nicht leisten können, zusätzlich konsumieren. Zurückgezahlt wird dann durch Zwangsabgaben.

Die Erdöl- und Nahrungsmittelpreise stiegen zu schnell, weil die Autos und die Wirtschaft verschwenderisch mit Energie umgehen und auf den Feldern schon Energiepflanzen statt Nahrungsmittel angebaut wurden. Jetzt soll der Autokauf angekurbelt 35 werden.

Das Weihnachtsgeschäft des Einzelhandels lief wie gewohnt - zumindest in Europa und Deutschland. Die Konsumneigung scheint ungebrochen. Trotzdem brechen der Industrie die Aufträge weg.

40 Wie passt das zusammen?

## 2. Ursachen der Krise

Ich messe hier die auf Gewinn gerichtete Geldwirtschaft am Wirtschaften des Menschen zur Deckung seiner Bedürfnisse. Z. B.: Hauswirtschaftliche Leistungen werden überwiegend außerhalb der Geldwirtschaft erbracht. Im Unterschied dazu beschreibe ich grob die Mechanismen in der Gewinn orientierten Geldwirtschaft, wie 45 sie über Geld und Kredit und über Angebot und Nachfrage, zu Krisen mangels Nachfrage trotz übermäßiger Geldversorgung führen. Ich schaue, ob die Wirt-

5 schaftspolitik geeignet ist, die das Wirtschaften wieder auf das Ziel der Bedarfsdeckung für die breiten Schichten der Bevölkerung zurück zu führen – und der Wohlfahrtsmehrung zu dienen. Ich kann nur Prinzipien angeben, nach denen eine Neuorientierung sich richten müsste. Ich halte zuletzt Ausschau nach gesellschaftlichen Kräften, die sich dahin orientieren.

## **2.1. Geldwirtschaft und Krise. Es gibt keine Nachfragekrise mangels Geldes**

10 Volkswirtschaftlich gesehen kann es auch in der Geldwirtschaft eigentlich keinen Mangel an Nachfrage wegen Mangel an Geld geben. Die Waren, die produziert werden, können auch gekauft werden.

15 Bei der Produktion einer Ware entstehen zumindest Einkommen in der Höhe, die zum Kauf der Ware ausreichen. Sie entstehen bei den Vorlieferanten, Beschäftigten, Dienstleistern und bei den verschiedenen Kapitalfraktionen wie Grundbesitzern, Vermietern, Anleihegebern und Eigentümern sowie bei den Sozialkassen und beim Staat in seinen verschiedenen Erscheinungsformen. Zusammen sind deren Einkommen mindestens so hoch wie der Preis der Ware ist. Also können sie die Ware auch kaufen. Es bleibt kein herrenloser Rest, z.B. weil die Beschäftigten einen zu niedrigen Lohn erhalten. Wenn die Löhne und Gehälter niedrig sind, dann sind die Einkommen der anderen Beteiligten eben höher – also wahrscheinlich der Eigentümer.  
20 Die können dann eben mehr kaufen. Das gilt gesamtwirtschaftlich. Da Unternehmer typischerweise als Unternehmer andere Waren kaufen als Arbeitnehmer, werden eben dann mehr Waren und Dienste für deren Bedarf hergestellt. Natürlich kauft sich kein Angestellter einer Maschinenfabrik eine von ihm selbst mit hergestellte Maschine. Und sein Unternehmen kauft sich keine Schnuller oder Nylonstrümpfe. Zwischen  
25 den Proportionen der Herstellung und Nachfrage können sich natürlich Differenzen, Disproportionen und Verwerfungen entwickeln. Aber nicht sehr lange und nicht prinzipiell. Das Einkommen aller Gesellschaftsmitglieder ist prinzipiell gleich groß wie die Summe aller produzierten Güter und Dienste. Also können sie auch abgesetzt werden.

30 In der Hauswirtschaft im Gegensatz zur Geldwirtschaft werden genau so viele Güter und Dienste konsumiert wie produziert werden. Die Schönheit des Gartens wird genau in der Pracht genossen, wie (fachkundige) Arbeit in ihn hinein gesteckt wurde. Wenn bei den zubereiteten Mahlzeiten etwas übrig bleibt, wird es aufbewahrt und bei nächster Gelegenheit gegessen. Dann wird Zeit bei der Zubereitung neuer Speisen gespart. Also arbeitet man weniger – aber dadurch sinkt nicht der Lebensstandard, sondern die freie Zeit für Anderes. Eine Krise der Hauswirtschaft ergibt sich  
35 aus Überschuss nie – höchstens eine Ehekrise, wenn zu häufig Aufgewärmtes aufgetischt wird. **Warum gibt es dann aber Nachfragekrisen?**

## **2.2. Differenz von Angebot und Nachfrage in der Geldwirtschaft.**

40 2.2.1. Geldwirtschaft ermöglicht Krise mangels Nachfrage.

Mangel an Nachfrage entsteht, weil die Marktteilnehmer nicht in gleicher Menge Güter und Dienste abnehmen, wie sie produziert werden, obwohl sie das Geld haben. Wie geht das, wenn deren Wert doch auf die verschiedenen beteiligten Menschen aufgeteilt werden? Die Menschen bekommen erst einmal nicht die Ware  
45 selbst, sondern Geld im gleichen Wert. Ob sie die Waren und Dienste dann auch kaufen, ist nicht gesichert. Sie können das Geld auch horten / sparen. Viele Dienste, die gleichzeitig mit der Produktion auch verbraucht also nicht aufbewahrt oder gespeichert werden können, wie z.B. Elektrizität (nur in winzig kleinen Mengen), Verkehrsleistungen, Haare Schneiden, Erholungsreisen etc. werden dann auch gar nicht

produziert. Entsprechend nehmen die am Produktionsprozess Beteiligten auch nichts ein. Wenn sie nichts einnehmen, dann können sie auch nichts ausgeben. Also sinkt die Nachfrage und daraufhin auch wieder die Verdienstmöglichkeiten, diese zu decken usw. Nur die Kreditwirtschaft kann die Wirtschaft aus diesem Teufelskreis, besser -spirale nach unten befreien.

Hortet der Geldempfänger sein Geld nicht zu Hause, sondern bringt es zur Sparkasse, die ihm einen Zins verspricht, muss dem Sparer auf der anderen Seite ein Kreditnehmer gegenüber treten. Jemand muss das von einem gesparte Geld wieder ausgeben. Spart der eine am Konsum und pumpt sich das ein anderer für Konsum, so ist das nur ein Stellungswechsel. Den Zins, den der Kreditnehmer an den sparenden Kreditgeber bezahlen muss, muss er bis zur Rückzahlung mehr sparen - aber der Kreditgeber kann die empfangenen Zinsen wieder ausgeben. Die Volkswirtschaft dreht sich im Kreis. Dabei können natürlich einzelne Akteure der Volkswirtschaft verarmen und andere reicher werden und mehr konsumieren. Volkswirtschaftlich – nicht gesellschaftlich – bliebe das ein Kreislauf auf gleichem Produktionsniveau nur gesellschaftlich zunehmend ungleichem Konsumniveau und würde das volkswirtschaftliche Gleichgewicht nicht stören.

Wenn der Kredit für produktive Zwecke verwendet wird, der die Produktivität oder die Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft erhöht, dann kann aus dem Kreislauf eine Spirale nach oben zu mehr Wohlstand werden.

Kredit kann auch gegeben werden, ohne dass schon jemand gespart hat. Der Kreditnehmer muss ein glaubwürdiges Versprechen abgeben, eine Leistung zu erbringen, aus der er den Kredit nicht nur zurückzahlen, sondern auch einen Überschuss für die Zinsen erzielen kann – und willens ist, sie an den Kreditgeber zu zahlen. Die Bank kann sich dafür Geld über das hinaus, was ihr Sparer anvertraut haben, bei der Zentralbank leihen (in unserem System - das geht auch ohne Zentralbank). Damit vermehrt sich das im Umlauf befindliche Geld. Vielfach auch die Leistung. Die Menge des Geldes ist also nicht eine gleichbleibende Größe, die nur jeweils anders verteilt wird. Die Verteilung des Geldes ist kein Null-Summen-Spiel. Auch die volkswirtschaftliche Leistung nicht. Beide schwanken – Geldmenge und Leistung können wachsen. Aber eben auch schrumpfen. Der Kreditnehmer gibt von seiner erbrachten Leistung einen Teil für die Kreditzinsen ab. Ist es z.B. ein Handelskredit, dann gibt er nach dem Handel das geliehene Geld zurück. Aus dem Handelsgewinn zahlt er die Zinsen. Das bringt volkswirtschaftlich noch keinen Wertzuwachs, sondern nur eine andere Verteilung der Werte. Anders bei einem Kreditnehmer, der Zusätzliches produziert. Er schafft damit neue Werte. Dem neuen Geld stehen neue Werte gegenüber. Die Wohlstandsspirale kann sich nach oben drehen<sup>3</sup>.

Völlig anders ist es, wenn Sparbeträge – durch Kreditinstitute vermittelt – nicht zur volkswirtschaftlichen Nachfrage an zusätzlicher Arbeitsleistung vermittelt werden - wenn Geldausgaben keine Arbeit schafft, sondern nur zu Preiserhöhungen für schon existierende Waren führen (z.B. Spekulationsgeschäften). Das Produktionspotential wird dadurch nicht aktiviert und ausgeschöpft. Das Sparen auf der einen Seite wird zwar zum Kredit– aber es wird dabei dann dennoch Arbeit still gelegt. Bodenspekulation regt eben nicht unbedingt den Bau neuer Häuser an, sondern nur die Verteuerung der bestehenden Immobilien, so dass der Hauskäufer weniger für Anderes Geld ausgeben kann, während der Verkäufer weder zusätzlich investiert noch konsumiert. Auch werden bei der Rohstoffspekulation häufig keine neuen Energiequellen erschlossen, sondern die vorhandenen Energieträger nur teurer verkauft usw.

Gleiches gilt, wenn bezahlte Arbeit keine Werte schafft und dem Geldkredit dadurch keine Werte gegenüber stehen. Das ist regelmäßig bei Kriegsausgaben der Fall, wenn sie mit Staatsschulden oder Kriegsanleihen finanziert werden. Der Sold der Soldaten und die Rüstungsgüter schaffen keine Werte. Darüber hinaus werden im

Krieg auch noch bestehende Werte zerstört. Die Staatsanleihen sind nicht durch Werte gedeckt, aus denen sie zurück bezahlt werden könnten. Solche Kriegsanleihen werden nach dem Krieg meistens auch irgendwie entwertet – sei es durch Inflation, wie 1923, oder durch Währungsreform wie 1949 in Deutschland.<sup>4</sup>

## 5 **2.3. Die Möglichkeiten der Geldblase**

### 2.3.1. Modellrechnung auf dem Immobilienmarkt

#### **2.3.1.1 Wie werden 25% Gewinn zur Norm?**

10 Wenn der Gewinn beim Wirtschaften und nicht die Bedarfsdeckung zur Normalität geworden ist, dann wird der Wert eines wirtschaftlichen Gutes in erster Linie an mit ihm zu erzielenden Gewinn gemessen. Vordergründig gilt natürlich immer der aktuelle Marktpreis als Wert. Wenn der Marktpreis aber langfristig unter die Kosten seiner Wiederherstellung oder Wiederbeschaffung fällt, dann wird die Ware nicht mehr angeboten werden. Auf Dauer wird der Marktpreis nicht unter dem Substanzpreis  
15 fallen. Dieser Substanzwert spielt aber im allgemeinen wirtschaftlichen Leben eine untergeordnete Rolle. Der Wert einer Ware insbesondere von Kapitalgütern, die in den Produktionsprozess eingehen, wird unter Eigentümern der Ware mit einem Vielfachen des damit zu erzielenden Gewinns bewertet. Bei Aktien ist es das Kurs-Gewinn-Verhältnis KGV, das in fast allen Aktientabellen angegeben wird. Bei Grund-  
20 stücken und Häusern rechnet man im Durchschnitt mit dem zwölf bis fünfzehnfachen Pacht- bzw. Mietertrag als angemessenen Wert. Betrüge die Pacht eines Quadratmeters des Grundstückes also fünf Euro pro Jahr, so wäre das Grundstück auf dem Grundstücksmarkt unter normalen Verhältnissen zwischen 60 und 75 € je m<sup>2</sup> wert. Die prozentuale Rendite aus der Pacht auf das eingesetzte Kapital als Kaufpreis  
25 betrüge dann zwischen 8,3 und 6,7 % brutto<sup>5</sup>. Mit solcher Verzinsung, die man immer wieder zu gleichen Bedingungen in wirtschaftliche Unternehmen investiert (also mit Zinseszins) verdoppelt man sein Kapital in ca. zehn bzw. zwölf Jahren. Dies galt auch lange Zeit als realwirtschaftlich angemessene Rendite für Unternehmen. Private Sparer mussten sich immer mit weit weniger Zinsen zufrieden geben.

30 Seit dem Sieg des kapitalistischen Westens im Ost-West Konflikt entwickelte sich mit dem "shareholder-value" eine steigende Erwartungshaltung an den Gewinn. Dieser veränderten Erwartungshaltung schlossen sich ganz besonders auch deutsche Unternehmen an – sozusagen vom Eise der Systemkonkurrenz befreit. Dazu wesentlich beigetragen hat der damalige Bundesfinanzminister Eichel (SPD) mit seiner rot-  
35 grünen Mehrheit im Bundestag. Der Bundestag änderte das Handelsgesetz und die Abgabenordnung. Das ermöglichte den Unternehmen, ihre Beteiligungen an anderen Unternehmen zu verkaufen, ohne für den dabei erzielten Gewinn Steuern zu bezahlen. Von der Gesetzesänderung ab konnten sie ihre Beteiligungen auch mit aktuellem Marktpreis als Aktiva in die Bücher schreiben. Früher standen sie immer nur mit  
40 dem Anschaffungswert oder gar Mindestwert als Vermögensbestandteil der Unternehmen in den Bilanzen. Wenn sie höher bewertet werden sollten, dann musste der rechnerische Wertgewinn versteuert werden. Mit diesen Gesetzesänderungen konnte ein Monopoly des Kaufens- und Verkaufens von Unternehmen und Unternehmens-  
45 teilen beginnen, die vorher nicht wirtschaftlich gewesen wären, weil ein großer Teil der Gewinne an den Staat nach den allgemeinen Steuertabellen abgeführt hätte werden müssen. Auf einmal waren Gewinnsprünge für die Eigentümer möglich, die man sich vorher mit normalen Investitionen nicht zu erträumen gewagt hätte. Aus diesem Kaufen und Verkaufen von Unternehmen und Firmenteilen erwuchs eine  
50 ganze Branche, die es in den USA und Groß Britannien schon lange gab, das Investmentbanking. Deutsche Banken hatten sich auch schon vorher in London und

New York, den beiden Finanzmetropolen, wo dies schon früher möglich war, an diesem Spiel – aber eben als untergeordnete Spieler – beteiligt.

5 Nicht nur Banken beschäftigen sich damit, sondern auch eine Menge anderer Gesellschaften, werden sie nun als Private Equity Firmen oder anders bezeichnet. Im Volksmund heißen sie „Heuschrecken“, wie es ihm der gegenwärtige SPD Vorsitzende Franz Müntefering in den Mund gelegt hat. Woher stammen prinzipieller deren Gewinne? Schließlich sind die Firmen, die sie kaufen, doch sowieso auf Gewinn ausgerichtet. Können diese Käufer von Firmen den Gewinn so schnell erhöhen? Nein, das ist nicht unbedingt ihr Geschäftsmodell. Sie wollen den langfristig zu erwartenden Gewinn schnell abkassieren. Es ist ein ganz ähnliches Modell wie bei der Bodenspekulation. An einem hypothetischen modellhaften Rechenbeispiel mit kleinen Zahlen versuche ich das deutlich zu machen:

15 Ein Grundbesitzer A hat ein wertloses Grundstück<sup>6</sup>, das unter den obwaltenden Umständen weder für Landwirtschaft geeignet ist, noch anders genutzt werden kann, weil es nicht erschlossen ist. Er glaubt, er könne es für fünf Euro je Quadratmeter (m<sup>2</sup>) pro Jahr (p.a.) verpachten, wenn es erschlossen ist. Er investiert 60 Euro in die Erschließung. Ein Grundstück wird im Durchschnitt mit dem zwölf- bis 15fachen eines Jahresertrages gehandelt. Nach der Erschließung verkauft er das Grundstück für 75 Euro je m<sup>2</sup> – also der 15fachen Pacht an Käufer B. Investor A hat mit einem Überschuss von 15 Euro je m<sup>2</sup> gegenüber seinen Investitionen einen Gewinn von 15 Euro je m<sup>2</sup> oder von 25% auf das eingesetzte Kapital gemacht und möglicher Weise gleich konsumiert.

25 Der Käufer B leiht sich für den Kauf 15 € je m<sup>2</sup> zu 5% Zinsen p.a.. Er rechnet mit einem Erlös von fünf Euro je m<sup>2</sup> und Jahr<sup>7</sup>. Er zahlt 0,75 € p.a./m<sup>2</sup> Zinsen auf das Fremdkapital. Es bleiben ihm 4,25 €/m<sup>2</sup>. Auf sein Eigenkapital von 60 € bezogen wären das 7,08% also nahe 7,1 % jährliche Rendite, in der man sein Kapital mit Zinsezinsen innerhalb von elf Jahren fast verdoppelt.

30 Nun kommt ein zweiter Käufer C, der das Grundstück weitgehend auf Kredit kaufen will. Die Hypothekenzinsen sind niedrig und liegen bei fünf Prozent pro Jahr. Er bietet dem Eigentümer B 93,75 € je m<sup>2</sup>. B verkauft und hat auch einen Gewinn von 25% auf seinen anfänglichen Kaufpreis. Der Käufer C hat 75 Euro Hypothekenkredit aufgenommen und nur 18,75 Euro je m<sup>2</sup> Eigenkapital eingebracht. Der Pachtpreis bleibt etwa der selbe und die Verzinsung des Eigenkapitals bleibt auch bei ca. 7%. Warum soll das Geschäft die Bank nicht finanzieren. Denn schon der vorige Käufer B hat ja 75 Euro je m<sup>2</sup> gezahlt – das Grundstück ist diesen Preis ja anscheinend wert. Und der darüber hinaus gehende Preis wird ja vom Eigenkapital des neuen Käufers C abgedeckt. Also kein Risiko.

40 Nun sinken die Zinsen weiter auf 3%. Das macht ein neues Geschäft möglich: Ein neuer, dritter Käufer D bietet dem Eigentümer C 117,19 Euro je m<sup>2</sup>. Der Eigentümer C verkauft an D mit einem Gewinn von 25%. Die Pacht bleibt bei fünf Euro je m<sup>2</sup> und Jahr. Der neue Käufer D glaubt nun, 25% Rendite auf das Eigenkapital seien normal. Er nimmt einen Hypothekenkredit von 110 Euro je m<sup>2</sup> auf und bringt nur 7,19 €/m<sup>2</sup> Eigenkapital mit ein. Bei fünf Euro Pacht hat er nach Abzug der Hypothekenzinsen, die er aus den Pachteinnahmen an die Bank zahlen muss, eine Eigenkapitalrendite von über 23% pro Jahr.

50 Dieser dritte Käufer D könnte auch seine erwarteten Gewinne versuchen durch Verkauf an einen vierten Käufer E gleich zu realisieren. Der vierte Käufer E gibt sich mit 7% Eigenkapitalrendite zufrieden, weil er beispielsweise auf steigende Pachten hofft. Er zahlt 160 €/m<sup>2</sup>, übernimmt die alte Hypothek und stockt sie noch um 45 €/m<sup>2</sup> zu gleichen Bedingungen auf. Der vierte Käufer E bringt nur 5 €/m<sup>2</sup> Eigenkapital mit, das sich mit 7% verzinsen soll. Die Bank verlangt zur Absicherung des Kre-

5 dites aber zusätzlich eine Kreditversicherung von 1,5% des Kreditbetrages jährliche Versicherungsprämienzahlung. Das wären 2,235 € pro Jahr. Die Zahlung garantiert der Verkäufer D an die Versicherung. Diese Garantie hat den 14fachen Wert in den Büchern der Versicherung also 32,55 Euro. Diese Summe bekommt nun ein Eigenle-

10 Am Kapitalmarkt ist zusätzlich eine Forderung von 32,55 € entstanden - und damit zusätzliches Geld.<sup>8</sup> Da der Verkäufer D ein zuverlässiger Geschäftspartner ist, geht die Bank davon aus, dass er die Versicherungssumme regelmäßig zahlen wird. Dies ist ja ohnehin ein Problem der Versicherung. Die Versicherung ist ein gut bewertetes Unternehmen. Die Bank hat damit anscheinend maximale Sicherheit. Die Versiche-

15 rung verkauft ihre Forderung an Verkäufer D mit 25% Gewinn an eine Bank, die nur 3% p.a. an die Zentralbank zahlen muss, für 40,69€ und garantiert eine Zinszahlung von 5% p.a. Dafür muss die Versicherung 2,03 € jährlich zahlen. Für Verwaltung und als Sicherheit hat sie gegenüber der Versicherungsprämie noch 0,29 € laufend mehr Einnahmen als Ausgaben an die Bank. Die Bank hat nun eine gut rentierliche Aktiva

20 und sichere, weil von einer Versicherung garantierte Zahlung, mit 2% Zinsüberschuss in ihren Büchern. Die Versicherung schüttet den Gewinn an die Eigentümer aus, die diese Einnahme verkonsumieren. Damit wabern, basierend auf dem Grundstück schon 200 € Geld über den Kapitalmarkt. Dass Käufer und Verkäufer D sich aus dem Verkaufserlös seine Verpflichtung im Wert von 32,55 € für die Prämien-

25 zahlung für die Versicherung zurück gelegt hat, wäre der bessere Fall. Wahrscheinlich ist er sicher, mit dem Geld bessere Geschäfte machen zu können und gibt es anderweitig aus oder konsumiert es einfach.

30 So können die Preise der Kapitalgüter – hier von Grund und Boden – ständig steigen und jeder hat und erwartet eine Rendite von 25% oder mehr pro Jahr bzw. je Geschäft. Der letzte Käufer wahrscheinlich auch. Er hat die schnell steigenden Preisen beobachtet und schließt daraus, dass das so weiter geht und er auch bald wieder mit Gewinn verkaufen kann. Der zugrunde liegende Wert im Sinne von Erschließungskosten oder Ertrag – hier des Grundstückes – hat sich nicht geändert. Die Zin-

35 seinnahmen sanken zwar zwischenzeitlich, aber die Menge der Zinsen stieg schließlich, weil die Kreditsumme so schnell wuchs. Die Kredite werden von den Hypothekenbanken ja bei der Zentralbank refinanziert, die diese niedrigen Zinsen den Banken anbietet. Und die Banken selber reduzieren eben auch ihren Eigenkapitalanteil an den vergebenen Krediten, so dass auch für sie der Gewinn auf das eingesetzte

40 Eigenkapital entsprechend auf 25% steigt oder sich dort hält. Dabei bläht sich das Kreditvolumen dauernd weiter auf.<sup>9</sup>

45 Stellt man sich diese auf einen Quadratmeter bezogene Überlegung auf einen Hektar, also 10.000 m<sup>2</sup>, oder auf einen km<sup>2</sup>, also eine Millionen m<sup>2</sup> vor, so sieht man, wie schnell sich riesige Summen auftürmen: In unserem Beispiel betrüge die Erstinvestition 600.000 € für einen Hektar oder 60.000.000 € für einen km<sup>2</sup>. Die würden zu einer Geldblase von 2.000.000 €/ha oder 200.000.000 €/km<sup>2</sup> (sprich 200 Millionen Euro pro Quadratkilometer) aufgeblasen. Wird nun das Gelände – als Beispiel die Wüstengegend hinter der südspanischen Küste – nicht nur erschlossen sondern auch spekulativ bebaut, dann werden noch ganz andere Summen bewegt. Und wenn

50 man gesehen hat, wie viele Quadratkilometer allein dort verbaut worden sind, ohne Käufer oder zahlungsfähige Nutzer zu finden, dann kann man sich vorstellen, wie schnell aus zweihundert Millionen Milliarden und XXL Milliarden werden.

Was für fantastische Möglichkeiten ergeben sich erst, wenn auch die Pacht – die in dieser Modellrechnung als konstant angenommen wurde – steigt! Da sind der Phantasie kaum noch Grenzen gesetzt, die sich dann in Geld- und Kreditwolken des Bankensystems auftürmen. Selbstverständlich gilt das Gleiche für Schiffe und sonstige Anlagegüter und für ganze Fabriken und Unternehmen. Man denke daran, dass die japanische Zentralbank über mehr als ein Jahrzehnt ihren Basiszinssatz unter einem Prozent hielt. Fast alle Schiffe der deutschen Schiffsfonds wurden u.a. mit japanischen Krediten in Yen finanziert.

Wenn nun der Pächter ein mal seine fünf €/m<sup>2</sup>/a Pacht nicht zahlt und die Bank darauf besteht, ihren Zinsanteil von 4,65€ an der Pacht von 5€ zu bekommen, dann hat zunächst der Schuldner E ein Problem. Wenn er kein weiteres Kapital flüssig hat, dann muss er Grundstücke verkaufen. Gelingt es ihm, sie zum Einkaufspreis zu veräußern, dann kann er mit seinem Eigenkapitalanteil von 5 €/m<sup>2</sup> die Zinsen zahlen und das Fremdkapital zurück zahlen. Er hat dann selbst fast nichts (0,35 €/m<sup>2</sup> von seinen 5 €/m<sup>2</sup> Eigenkapital) mehr - also einen Verlust von über 90% seines Eigenkapitals. Kann der Eigentümer aber nur weniger am Markt für das Grundstück erzielen, z.B. 155 €/m<sup>2</sup>, also nur den Fremdkapitalanteil, dann haben sowohl der Eigentümer E als auch die Bank ein Problem. Der Eigentümer kann die Zinsen nicht zahlen und die Bank muss einen Kredit notleidend stellen. Wenn die Bank ihn aus eigenem Geld vergeben hätte, dann fehlten ihr nur die Einnahmen für den Zinsüberschuss - also ihren Gewinn. Da sie aber selbst diesen Kredit fremd finanziert hat und Zinsen zahlen muss, ist auch dieser Kredit gefährdet. (Entweder bei der Zentralbank oder bei anderen Geschäftsbanken, bei der die Bank selbst wieder z.B. kurzfristige und daher meist billigere Kredite aufgenommen hat oder bei privaten Anleihegebern.) Nun wendet sie sich an den Kreditversicherer. Wenn es sich nur um einen Fall handelte, könnte sie diese Forderung wohl begleichen. Wenn das aber häufiger passiert, reichen die Einnahmen der Versicherung nicht mehr aus, denn sie hat die Einnahmen aus der Versicherungsprämie, die ohnehin niedrig angesetzt waren, ja verpfändet - und als Gewinn und Bonus ausgeschüttet.

Angenommen die Bank, die den Käufer E den Kredit zur Verfügung gestellt hat, hat auch Papiere der Versicherung gekauft, die den Kredit versichert und die Versicherungsprämie verkauft hat. Dann erhält sie die 2,235 € Versicherungsprämie - aber eben auf das um 40,69 € höhere Kapital. Möglicherweise zahlt auch der Verkäufer D, der die Prämie zahlen soll, nicht mehr. Dann fällt auch die Zahlung auf die Forderung der Bank gegen den Verkäufer D und seine Verpflichtung zur Prämienzahlung aus - womit ein Aktivposten der Bank wegfällt.

Also muss die Bank Eigentum / Aktiva verwerten, um ihren Zinsverpflichtungen nachzukommen. Seien das nun auch Grundstücke, dann kommt erneut ein Angebot auf den Markt und drückt möglicherweise die Preise für Grund und Boden weiter. Dies kann zu einer Lawine anwachsen. Denn nun müssen alle möglichen Kreditnehmer / Schuldner ihre Grundstücke verkaufen, weil sie rechnerisch weniger wert sind als der Kredit, mit dem sie abgesichert sind. Damit sinken die Preise am Markt. Entsprechend werden immer mehr mit Grundstücken besicherten Kredite von den Banken gekündigt, bzw. von den Kreditnehmern höhere Eigenkapitalanteile gefordert. Wenn sie das aus ihrem Guthaben nicht leisten können, dann müssen sie Grundstücke verkaufen – was die Spirale nach unten im Preis beschleunigt und immer mehr Eigentümer und dann auch Banken mit in den Strudel ziehen. Die Kreditsicherung macht das ganze kaum besser. Die Kreditversicherer haben mit massenhaften Ausfall der Kredite nicht gerechnet. Die Versicherungsprämien erwiesen sich als viel zu gering. Sie wurden als Forderungen selbst wieder beliehen und zu weiteren Geschäften, die damit fremd finanziert waren, genutzt. Die müssen jetzt schnell verkauft werden. Sie erzielen nicht den erwarteten Preis.



### 2.3.2. Investentbanking

Diese Betrachtungs- und Vorgehensweise lässt sich auf Firmenkäufe übertragen. Auch Firmen wurden mit billigen Krediten zu hohen Preisen gekauft. Bei sinkenden Zinsen und sinkendem Eigenkapital kann man enorme Preise zahlen, und jeder wird bei jeder Runde bestätigt, dass 25% Eigenkapitalrendite pro Jahr normal seien. Die Firmenkäufer handeln wie die Grundstückskäufer. Sie finanzieren die Käufe mit Krediten. Sie beleihen den prognostizierten Gewinn der nächsten 15 Jahre und belasten die gekaufte Firma mit diesem Kredit und lassen sich den Gewinn auszahlen. Wenn dann der Überschuss der Firma vor Zinsen, mit dem eben überwiegend die Zinsen auf den Kredit gezahlt werden sollen, nicht wie erwartet steigt, sondern fällt, dann sind ganz schnell die Zinszahlungen höher als der erwirtschaftete Überschuss der Firma. Dann verlangen die Banken neue Sicherheiten. Die Firmen müssen Aktiva verkaufen, verschlechtern damit aber ihre Bilanzrelationen. Der Wert der Firma sinkt am Kapitalmarkt. Die Banken, die die Kredite und bzw. oder Eigentumsanteile dieser Firma als Aktivposten in der Bilanz haben, müssen sie entsprechend abschreiben, was in der Gewinn- und Verlustrechnung zu einer Verlustposition führt und bei niedrigem Eigenkapital der Bank zu entsprechenden Problemen. Sie müssen andere Aktiva verkaufen. Sie bekommen nicht mehr so „billiges Geld“ d.h. so niedrige Zinsen für geliehenes Geld, wie sie selber einnehmen. Damit ergeben sich bei der Zinsdifferenz negative Ergebnisse. Die Bank macht in ihrem Kerngeschäft Verlust.

Die Banken sind mit ihren Geldgeschäften auch den Weg der Käufer und Verkäufer des Pachtgrundstückes gegangen: Sie haben Grundstücke und Firmen, die im Preis schon hoch getrieben waren, mit winzigem Eigenkapitalanteil beleihen. Die Kredite haben sie als Wertpapiere verkauft, die dann etwas über den Markt üblichen Zins einbringen sollten. Damit haben sie Kasse gemacht. Andererseits haben sie selber solche Wertpapiere gekauft. Mit der Behauptung guter Sicherheit konnten sie diese Papiere als Aktiva in die Bilanz nehmen.

Mit dem Kaufen und Verkaufen bei immer höheren Krediten und relativ immer geringerem Anteil an realen Werten, haben auch sie Eigenkapitalrenditen von 25% erzielt. Diese Vorgriffe auf die Gewinne der nächsten Jahre und Jahrzehnte hat die Maßstäbe verschoben, was im Durchschnitt möglich sei. Dies heißt im heutigen öffentlichem Diskurs "Gier" und "Entkoppelung von der Realwirtschaft".

### 2.3.3. Auswirkungen auf die Realwirtschaft

Diese Anspruchshaltung hat Auswirkung auf die Realwirtschaft. Ein Geschäft, das nicht 25% Rendite abzuwerfen verspricht, lohnt sich danach nicht mehr. Dafür wird nicht investiert. Ein normales industrielles Geschäft wirft aber keine 25% ab. Selbst bei den gestiegenen Rohstoff- und Ölpreisen können durch Exploration und Förderung solche Gewinne nicht erzielt werden. So sanken die Fördermengen an Erdöl trotz exorbitant hoher Energiepreise. Trotz der hohen Gewinne insgesamt hat sich daraus kein Investitionsboom entwickelt - gemessen an den Gewinnen. Ein Großteil der Gewinne wurde eben in der Finanzbranche erzielt, der den industriellen und der sonstigen Realwirtschaft entzogen wurde. Die Firmen bemühten sich immer höhere Renditen zu erzielen. Vor Jahren sagte mal der Kinobetreiber Flebbe (Cinemaxx), er würde mit 7% Rendite rechnen. Etwas später kam der Luftfahrtkonzern EADS mit dem Restrukturierungsprogramm "Dolores", dass das Unternehmen auf 11% Rendite trimmen sollte. Alle Produktionen, die weniger abwürfen, sollten geschlossen werden. Einige Runden der Erhöhung der Ansprüche weiter wurde die Brauerei Beck's verkauft. Es stellte sich heraus, dass die Eigentümer über Jahre Kapitalrenditen von 40% p.a. erzielt hatten. In der neuen Einzelhandelslandschaft hätten sie nun investieren müssen, um im Markt weiter mitmischen zu können. Damit hätten sie ihren Gewinn wahrscheinlich weiter absolut steigern aber relativ nicht so hohe Margen

erzielen können. Da haben sie lieber verkauft und sich mit ihrem Verkaufserlös auch auf den Kapitalmarkt begeben anstatt ihr viel verdientes Geld in Produktionsanlagen zu investieren.

5 Diese Verschiebung der Maßstäbe wirkt sich auch auf dem Wohnungsmarkt aus. Einfache Mietwohnungen für die breiten Schichten der Bevölkerung werden kaum gebaut. Da lassen sich solche Renditen nicht erzielen. Obwohl in England der Immobilienmarkt hohe Umsätze bei Kauf- und Verkauf brachte, wurde nicht im entferntesten entsprechend gebaut. Die Wohnungen wurden eben teurer. Wenn man auch "nur" sechs Prozent Rendite erzielen will, steigen die Mieten mit den Preisen. 10 Eine Wohnung, die einst 100.000 € gekostet hat, konnte dafür noch für 500 € monatlich vermietet werden. Wird durch Verkauf und Kauf der Preis auf 200.000 € verdoppelt, dann muss der Mieter schon 1.000 € Miete monatlich zahlen, soll er dem Eigentümer auch nur die gleiche relative Rendite verschaffen. Steigen die Einkommen der Mieter oder der Hausbesitzer ohne Eigenkapital nicht entsprechend, so 15 müssen sie einen größeren Teil ihres Einkommens für das Eigentum anderer, für die Gläubiger, abgeben. Kurz bei sonst gleichen Umständen: Der Anteil der Einkommen aus Arbeit sinkt relativ und der aus Unternehmertätigkeit und Vermögen steigt am gesamten Volkseinkommen. Das ist in den vergangenen Jahren geschehen. Mit jeweils vielen verschiedenen individuellen Ausprägungen. 20 Gleiches gilt natürlich für die im Preis hoch getriebenen Firmen. Bleibt die Belegschaft gleich, dann soll sie natürlich auf das rechnerisch vermehrte Kapital einen entsprechend höheren Überschuss erwirtschaften. Bei verkleinerter Belegschaft müssen das eben noch weniger Leute leisten. Da aber zusätzliche Sachinvestitionen in Produktivitätssteigerung selten entsprechende hohe Wirkung – wie eine Verdop- 25 pelung des Überschusses – erzielen, unterbleiben sie weitgehend. Schließlich war der Kauf des Unternehmens schon teuer genug und die Kreditlinien sind durch die Finanzierung des Kaufpreises weitgehend ausgeschöpft. Deswegen wird dann immer wieder von Restrukturierung, Schöpfung von Synergieeffekten usw. gesprochen und eben nicht von Investitionen in Sachanlagen. Wenn, dann nur, wenn dafür ein Monopol winkt. 30

**Auch deswegen stimmt unter dieser Wirtschaft der Finanzökonomie der Glaubenssatz "Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen" nicht mehr.**

35 Die einzige Kapital sparende Möglichkeit, die Gewinne zu steigern - wenn es nicht über eine Preiserhöhung des angebotenen Produktes geht - ist es, die Lohnkosten zu senken. Deswegen kam es immer wieder vor, dass trotz guter Gewinne Firmen von ihren Belegschaften Zugeständnisse verlangten, die Zahl der Beschäftigten verringerten oder sie auslagerten in andere Gesellschaften mit niedrigeren Einkommen und Sicherheiten oder sich Leiharbeiter mit niedrigeren Bedingungen holten. Die 40 Grenzen der Ausbeutung wurden und sollen weiter zu Lasten der Ausgebeuteten verschoben werden, um eine neue Runde Profit zu generieren - Lohn- und Einkommensenkungen, mehr Schicht- und ungesunde Nachtarbeit, mehr Arbeit pro Person - z.T. auf mehrere Jobs verteilt.

2.3.4. Der Besitz ist in den vergangenen Jahren massiv gewachsen.

45 Die Blase an Beispielen in Deutschland

50 Besitz /Eigentum nimmt vielfältige Formen an. Ein Teil davon - und der am besten dokumentierte – ist der Aktienbesitz. Seine Bewertung am Markt schwankt im Laufe der Zeit erheblich. Die Deutsche Bundesbank rechnet u.a. die Marktkapitalisierung der deutschen Aktien aus, indem sie die Zahl der Aktien mit deren Marktpreis zu bestimmten Stichtagen multipliziert. Dieser rechnerische Wert oder Marktpreis hat sich z.B. in der Zeit zwischen März 2003 von 589 Milliarden Euro bis Oktober 2007 auf

1512 Milliarden oder 1,5 Billionen Euro erhöht, ist also auf mehr als den zweiein-  
halbfachen Wert gestiegen. Nie und nimmer sind in der Zeit von vier ein halb Jahren  
so viele Nettoinvestitionen und Zukäufe getätigt worden, dass der Substanzwert der  
Unternehmen entsprechend gestiegen wäre<sup>10</sup>. Was der wahre Wert eines Unterneh-  
mens ist, lässt sich so nicht bestimmen. Die Besitzer gehen in ihrer Bewertung ge-  
nerell von dem einmal erreichten Höchstwert aus. Sinken die Kurse dann wieder, so  
wird davon gesprochen, dass Geld „vernichtet“ worden sei. Das gilt nur dann, wenn  
sie die Aktien auf Kredit gekauft oder auf sie Kredite aufgenommen haben. Dann  
müssen sie die Kredite im Verhältnis zum rechnerischen Wertverfall ihrer Aktien zu-  
rückzahlen. Dann schrumpft entsprechend ihr Besitz und die Geldmenge.  
Eins ist klar: Die Eigentümer erwarten Gewinn in Beziehung zu den ihnen bekannten  
Werten ihrer Kapitalanlagen. Steigen deren Preise und in der Besitzer Verständnis  
damit die Werte, müssen auch die Gewinne entsprechend steigen. (Umgekehrt gilt  
das auch: Sind die Gewinne hoch, steigen die Preise des Unternehmens, also in  
dieser Eigentumsform die Aktien.) Bei einer Erwartung von 25% Gewinn auf das ein-  
gesetzte Kapital, müssen von den Beschäftigten bei einem verdoppelten Wert eines  
Unternehmens auch doppelt so hohe Gewinne erwirtschaftet werden.  
Das Extrembeispiel war in den letzten Jahren der VW Konzern und seine Bewertung.  
Während seine Aktien Jahre lang (1999 bis 2007) zwischen 30 und 80 € schwankte,  
übersprang die Aktie im ersten Drittel 2007 erstmals 100 €. Von Oktober 2007 bis  
September 2008 schwankte sie dann zwischen 100 und 200 €, um dann im Oktober  
2008 auf 900 und kurzzeitig auf über 1000 € zu springen. Am aktuellen Rand<sup>11</sup> wird  
sie auch noch über 200 € gehandelt, obwohl auch dem VW Konzern die Aufträge  
wegbrechen. Die Marktkapitalisierung oder rechnerische Wert des VW Konzerns  
wurde in der Zeit zwischen 2004 und 2007 von 14 Mrd. € auf 62 rd. € also auf das  
Vierfache aufgeblasen. Der rechnerische Marktwert des Unternehmens verfünffachte  
sich im Oktober 2008 noch einmal auf knapp 400 Mrd. €. Das ist dann fast das  
Vierfache des Konzernumsatzes. Sollte auch darauf der Anspruch von 25 % Kapital-  
rendite erfüllt werden, so müsste der gesamte Umsatz zum Gewinn werden. Porsche  
bewies dann, dass so etwas für einzelne Zocker am Markt möglich ist, denn Porsche  
verdiente im Geschäftsjahr 2007 / 08 durch Geschäfte mit VW-Aktien mehr als sein  
Umsatz mit Sportwagen in dem Jahr hoch war, obwohl auch das Jahr besonders ho-  
he Umsätze brachte. Allerdings kennt man wenigstens einen Verlierer dieses Bör-  
senspiels: Den Unternehmer Merkle, der nach dem Verlust seines Konzerns an die  
Banken auch noch sein Leben verlor<sup>12</sup>. Entscheidend ist aber, dass die ca. 330 Tau-  
send Beschäftigte des VW Konzerns nicht plötzlich auf einen Wert von 400 Mrd. €  
einen von den Eigentümern angemessenen Gewinn erwirtschaften können. Schon  
allein 5% Rendite darauf zu erwirtschaften, erforderte einen Gewinn von ca. 20 Mrd.  
€, während der Personalaufwand des VW Konzerns sich auf ca. 14 Mrd. € pro Jahr  
summiert. Also in der Tat, die Beschäftigten müssten noch Geld mitbringen, damit  
auch nur eine minimale Dividendenrendite an die Aktionäre ausgezahlt werden  
könnte.

Dies extreme Beispiel zeigt zweierlei:

Die Zocker auf dem Kapitalmarkt sind nicht etwa von der Realwirtschaft geschiedene  
und sich über sie hermachende Finanzinvestoren und "Heuschrecken", sondern die  
Unternehmen und UnternehmerInnen selbst. Die Porsche / VW Affäre zeigt die ge-  
samte Tendenz wie in einem Brennglas: Der Preis der Kapitalgüter ist nur rechne-  
risch aufgeblasen. Einen wesentlich erhöhten Substanzwert repräsentieren diese  
Marktpreise nicht. Mehr Substanz könnte sein: Die Produktivität der Produktion ist  
stark gestiegen und bzw. oder es wird vom Unternehme sehr viel mehr Arbeit diri-  
giert und in die Produktion einbezogen und so viel mehr Mehrwert geschaffen – also  
müssten mehr Arbeitsplätze geschaffen worden sein. All das kann im allgemeinen  
nur durch hohe Investitionen erreicht werden, was aber gerade nicht der Fall ist.

Deutschland macht die fallende Tendenz bei den Investitionen im unteren Mittelfeld mit und fällt in der Produktivitätsentwicklung zurück. Die zusätzliche Zahl der Beschäftigten werfen trotz schlechter Bezahlung nicht so viel mehr Überschüsse ab, dass die Kapitalwerte sich so vervielfältigen könnten, ohne dass der relative Gewinn nicht deutlich verfiere.

Ein anderes Beispiel in Deutschland, das anhaltend Furore macht, ist die Übernahme des Reifenkonzerns Continental durch die Schöffler Gruppe. Sie gehört einer Industriellenfamilie mit Schwerpunkt Wälzellagerherstellung. Continental selbst hatte vor gar nicht langer Zeit die Armaturenfirma VDO in Manier einer "Heuschrecke" mit der entsprechend erhöhten Verschuldung geschluckt.

Auch weltweit betrachtet und nicht nur auf Deutschland bezogen gilt: Sicher erwirtschaften seit der Auflösung des Ostblocks und den kapitalistischen Reformen in China viele Beschäftigte zusätzliche Gewinne für das Kapital. Aber das wird auch z.T. in den Ländern selbst zusammengehalten und eingesetzt. Jeder kennt inzwischen die Geschichten von den Chinesischen Firmen, die solche in Europa, Afrika und Amerika aufkaufen, von den Indischen Maharadschas des Industriezeitalters, die zu den reichsten Männern der Welt gehören, von den russischen Oligarchen, die aber mehr dadurch auffallen, dass sie sich englische Fußballclubs kaufen. Aber generell sind die Bewertungen des Eigentums am Markt viel schneller gestiegen als die Gewinnmöglichkeiten, die sich aus steigender Zahl und Produktivität der Beschäftigten ergibt. Die Überbewertung der Immobilien und darauf ausgereicher Kredite und die nicht entsprechend gestiegene Zahlungsfähigkeit d.h. Einkommen der Kreditnehmer sind nur das massenhafteste und spektakulärste Zeichen dieses übermäßig aufgeblähten Besitzes und damit der untragbar gewordenen Ansprüche der Besitzenden an das Sozialprodukt.

Seit Ausbruch der Finanzkrise sind die Aktienkurse weltweit wieder eingebrochen. Die Marktkapitalisierung aller Aktien ist daher gesunken. Das Kurs – Gewinn – Verhältnis KGV bezogen auf die vergangenen Gewinne ist stark gesunken. Die Kurse liegen nun weit verbreitet unter dem „normale“ Verhältnis von zwölf- bis 14fachen des Gewinns. Die erwarteten Gewinne sinken aber auch. Insbesondere in die Gesellschaften, die Beteiligte oder Opfer im Spiel um das Kaufen und verkaufen der Unternehmen auf Kredit waren, müssen jetzt häufig mehr Zinsen zahlen als sie Überschüsse in der laufenden Produktion erwirtschaften. Bei vielen, häufig Unternehmen der Autozulieferindustrie, reichen die Überschüsse nicht einmal mehr für die Zinszahlungen. Deswegen hat es schon in dem Sektor viele Insolvenzen gegeben. Das wirkt sich dann auf die Gläubiger aus: Meist Banken plus häufig auch Inhaber von Industrieanleihen. Soweit sich die Banken durch Verkauf von Inhaberschuldverschreibungen an das vermögende Publikum das Geld für ihre Kredite beschafft haben, sind diese gefährdet. Außer bei Lehmann Brothers bürgen nun viele Staaten dafür. Damit verlieren die Besitzer von Inhaberschuldverschreibungen bei den gestützten Banken ihr Geld, ihre Forderungen nicht.

Aktienbesitzer haben rechnerisch schon massiv an Wert ihres Eigentums verloren. Dies wird aber immer gemessen an einmal erreichten Höchstständen. Aber die Aktienkurse außerhalb des Bankensektors werden nicht direkt von den Staaten gestützt – es sei denn Unternehmen wie General Motors. Sondern nur indirekt. Aktiengesellschaften z.B. Versicherungen haben selber Inhaberschuldverschreibungen von Banken gekauft. Die gehören zu deren Aktiva. Sie begründen den Wert dieser Unternehmen mit. Würden sie ausfallen, sänke der Wert der Unternehmen. Die Staaten garantieren die Zahlungsfähigkeit der Banken und damit den Wert dieser Inhaberschuldverschreibungen<sup>13</sup> auch wenn die Schuldner ausfallen. Es wird also nicht aller Besitz durch die Staaten zu 100% erhalten. Welcher erhalten wird und welcher nicht unterliegt gegenwärtig den Zufälligkeiten und damit der Willkür der politischen Entscheidungen.

## 2.4 These und Schlussfolgerung:

Die inflationäre Aufblähung der Vermögenswerte gepaart mit hohen Renditeerwartungen führt zu Forderungen an die zu erarbeitenden Überschüsse, die von den Beschäftigten dieser Welt nicht erarbeitet werden können. Entsprechend muss der Wert der Kapitalien wieder sinken. Die überbordende Menge des Geldes und die sich daraus ergebenden Ansprüche an das Sozialprodukt müssen vernichtet werden. Die aufgeblasene Geldmenge muss wieder schrumpfen.

## 2.5 Persönliche Verantwortung der Manager und sonst Beteiligter?

10 In USA, Frankreich und Groß Britannien steigt der Hass auf die Manager und weniger auf die Politiker. Ist das gerechtfertigt – tragen sie persönliche Verantwortung? Und wenn ja, bezieht sie sich nur auf die exorbitanten Einkommen, die sie bezogen haben und sich auch heute noch auszahlen lassen?

15 Die Beantwortung hängt sehr davon ab, ob die Krise in ihrem Ausmaß als unvorhersehbares Schicksal quasi wie eine Naturkatastrophe über uns gekommen ist oder absehbar war. Haben die Verantwortlichen im Rahmen ihrer Möglichkeiten das Gemeinwohl mit im Blick gehabt?

### 2.5.1 Konnten sie die Probleme kommen sehen?

20 War die Finanzkrise absehbar. Sie war nicht nur absehbar sondern wurde gesehen und zwar von den höchsten Verantwortlichen – Alan Greenspan an der Spitze: Ab 2002 und allgemein in 2005 häuften sich die Anzeichen, dass sich die Erholung der Märkte nach der „.com“ Krise 2001/2 zu einer neuen Blase entwickelten. Alle Elemente der Krise ab 2007 wurden benannt – auf gesamtwirtschaftlicher Ebene wie auch durch Reportagen über die Überbewertung von Immobilien anschaulich gemacht. Diese Warnungen standen in allen Publikumszeitungen und beschäftigte ganze Staffeln von Fachkongressen für die verschiedenen Ebenen der Handelnden. Siehe Fußnoten 13, 25 und 28  
So heißt es u.a. dort:

30 Süddeutsche Zeitung Nr.197, Samstag, den 27. August 2005, Seite 21 Meister der Risiken  
von Helga Einecke

*In Jackson Hole beleuchten Geldpolitiker die Ära Greenspan  
Jackson Hole ist ein Nest für Skifans in den amerikanischen Rocky Mountains. Aber an diesem Wochenende trifft sich dort alles, was bei Zentralbanken Rang und Namen hat. Der geldpolitische Gipfel hat Tradition und in diesem Jahr noch einen besonderen Reiz. Letztmals führt Alan Greenspan als mächtigster Notenbankier Regie, bevor er nach 18 Jahren Ende Januar sein Amt aufgeben wird. Die Geldpolitiker zollen ihm mit dem Motto Tribut: „Die Ära Greenspan - Lehren für die Zukunft“.*

.....  
40 *Man kann ihm (Greenspan) vorwerfen, er habe Ende der 90er Jahre die Aktienmärkte zu lange gewähren lassen, zu wenig gegen die Bildung der Blase getan und nur deren Folgen abgemildert. Nach Einschätzung von Joachim Fels, Volkswirt bei Morgan Stanley, wiederholt sich derzeit daselbe Muster bei den Immobilien, deren Preise in den USA und einigen anderen Teilen der Welt als überzogen gelten. Die amerikanische Notenbank pumpe zu viel Geld in die Märkte, um die Konjunktur anzukurbeln und Jobs zu kreieren. Dieses Geld sorgte für Überbewertungen an den Märkten für Aktien, Immobilien oder Rohstoffe, also eine Inflation von Vermögenswerten*

Dass es alle besser wussten zeigt der Artikel in DER SPIEGEL von 26.3.2005 S 82 ff unter dem Titel **"Eine Welt voller Blasen"**. So heißt es dort u.a.:

*"Jahrelang versuchten die Notenbanker der Welt, Greenspan voran, die Wirtschaft mit einer beispiellosen Serie von Zinssenkungen anzuheizen. Zusätzlich druckten die Amerikaner mehr Dollar-Noten, um ihr gigantisches Handelsbilanzdefizit*

zu finanzieren. Doch das viele Geld floss selten in Investitionen der Unternehmen, es suchte sich, rund um den Globus, lukrativere Anlageformen.

Und so stiegen in den vergangenen Jahren auch nicht die Verbraucherpreise, wie es bei einer derartigen Liquiditätsschwemme eigentlich zu erwarten wäre, sondern die Preise für Vermögenswerte. Das Geld floss vor allem in Anleihen, Immobilien und, seit in Folge des China-Booms die Preise anzogen, auch in Rohstoffe. Der Ölpreis hat sich binnen dreier Jahre verdreifacht. "Da steckt auch viel Geld von Spekulanten drin, die sich mit langfristigen Kontrakten eingedeckt haben", sagt ein Frankfurter Finanzexperte.

"Das größte Problem der Welt", so Andy Xie, vielbeachteter Ökonom bei Morgan Stanley, "ist zu viel Geld."

Finanzpolitiker und Notenbanker haben das Problem erkannt. Die globale Geldschwemme - und wie sie wieder kontrolliert werden kann - ist längst Thema vieler Tagungen. Der Handlungsspielraum wird jedoch immer enger. Denn je höher bestimmte Märkte bewertet sind, desto wahrscheinlicher ist der **Crash**." (Hervorhebungen von mit R.D.) Und weiter:

"Die Vermögenspreise explodieren:  
In England haben sich Firmen darauf spezialisiert, Grundstücke für Anleger zu kaufen, einige Monate zu halten - und noch vor Baubeginn mit hohem Gewinn loszuschlagen. Zwischen 1995 und 2003 stiegen die Immobilienpreise im Königreich um 150 Prozent - im Schnitt. In Irland kletterten die Gebäudepreise sogar um 193 Prozent, in den Niederlanden und in Spanien haben sie sich mehr als verdoppelt - und die USA verzeichnen ein Plus von 61 Prozent. .... \* Selbst Risikostaat wie Brasilien, Mexiko, Venezuela oder der Türkei leihen die Anleger ihr Geld derzeit für eine Rendite von gerade mal fünf oder sechs Prozent. Und das drei Jahre nach dem Bankrott von Argentinien, bei dem die Anleger über 70 Prozent ihres Einsatzes verloren. Das viele Geld sucht sich immer spekulativere, riskantere Horte, es trieb den russischen Aktienmarkt seit 2001 um 600 Prozent nach oben, der koreanische verdoppelte sich, die indonesische Börse legte um 200 Prozent zu.

Wie lange das noch gut geht, vermag momentan niemand zu sagen. An mahnenden Stimmen mangelt es nicht. Greenspan's Federal Reserve spricht von der "exzessiven Risikobereitschaft" der Anleger, sein Kollege Jean-Claude Trichet, Chef der EZB, orakelt von "nicht durchhaltbaren Preissteigerungen" am Immobilienmarkt. Mittlerweile ist die Situation so dramatisch, dass auch das Financial Stability Forum, ein internationaler Club zur Überwachung der globalen Finanzmärkte, vor den Risiken wachsender Spekulationsblasen warnt. Anfang März diskutierten die Finanzexperten und Notenbanker der G7-Staaten sowie Hongkongs, Singapur, der Niederlande und Australiens einen Tag lang ausschließlich über die Anfälligkeit des internationalen Finanzsystems durch die galoppierenden Preisanstiege bei Anleihen und Immobilien. Nüchtern stellten die Geldwächter in ihrer Abschlusserklärung fest, dass "die ausgemachten Risiken das Potential haben, die Finanzmärkte zu belasten". "

Also wenn Greenspan und Trichet 2005 schon mit drastischen Worten das Problem benennen konnten, dann sind die Äußerungen der Überraschung drei Jahre später nichts als Heuchelei.

Dennoch betonten Edmund Stoiber, ehemaliger Ministerpräsident von Bayern und für die Bayern LB verantwortlich sowie Wolfgang Clement, der ehemalige Superminister für Wirtschaft und Finanzen im Bund, am 25.3.2009 in einer Diskussion im Deutschlandfunk unter Leitung von Stephan Detjen ab 19:15 Uhr, dass sie niemand Bedeutenden kannten, die vor der Krise gewarnt hätten. Das Publikum lachte nur höhnisch auf. Herr Detjen verbog sich als unterwürfiger Journalist so weit, dass er die Schuld auf sich als Vertreter der Presse nahm: Es sei halt Schuld der Presse gewesen, die Warnungen nicht entsprechend transportiert zu haben.

Die oberen Verantwortlichen haben nicht nur gewusst, was sie taten, sondern auch nach unten durchgesetzt, dass alle mitmachten: So berichtet die **Süddeutsche Zeitung Nr.71, am Donnerstag, den 26. März 2009, auf Seite 26** vom „Whistleblower“ Moore, der in der Pleitebank HBOS rechtzeitig gewarnt hat, aber dafür gefeuert wurde:

„Einen Job mit ... Risiken hatte Moore bei der angeschlagenen britischen Großbank HBOS, die vor kurzem vom Konkurrenten Lloyds übernommen wurde. Moore sah das Desaster bei HBOS, einem der größten Bau- und Immobilienfinanzierer auf der Insel, schon vor drei Jahren voraus. Als Leiter eines Teams für Risikomanagement warnte er seine Vorgesetzten vor einer allzu laxen Kreditvergabe. Die Bank prüfte die Bonität ihrer Kunden offenbar nur unzureichend. Doch die Vorstände ignorierten den Querulanten und feuerten ihn. .... Immer wieder sei versucht worden, ihn zum Schweigen zu verdonnern, erzählt der Dissident. Risikocontroller Moore fing 2002 bei HBOS an. Schon bald stellte er fest, dass das Institut seine Kreditvergabe über alle Maßen ausweitete. .... „

„2005 warnte Moore in einem internen Bericht an den Vorstand, dass die in der Bank gepflegte "aggressive Verkaufskultur" unverantwortlich sei. Zuvor hatte er 145 Beschäftigte in

den Kreditabteilungen interviewt, um ihre Meinung zu erfahren. Dabei kam heraus, dass viele unter dem massiven Druck ihrer Vorgesetzten litten, die Umsatzzahlen zu erhöhen. Doch der Vorstand wollte von Moores kritischen Ergebnissen nichts wissen. Stattdessen erhielt er die Kündigung. ....“

5 „Eine anschließende Prüfung der Wirtschaftsprüfer-Gesellschaft KPMG verteidigte die Entscheidung des Bankvorstands. Nach Meinung Moores war dies jedoch nur ein Versuch der "Weißwaschung", ebenso wie eine schlampig geführte Untersuchung der Finanzaufsicht FSA. "Sie tat alles, um dem Vorstand nach dem Mund zu reden", sagt Moore.“

10 In diesem Bericht kommt das Verhalten und die Verantwortlichkeit aller Beteiligten zum Ausdruck. Die Ratingagenturen und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften geben Gutachten nach dem Wunsch der sie bezahlenden Auftraggeber ab. Die staatlichen Aufsichtsbehörden stoppen ungern einen scheinbar gut funktionierendes System. Wenn sie es vor der Pleite stoppen, könnten sie ja zu Schadenersatz verklagt werden. Und beim Kundenkontakt finden sich immer wieder Leute, die sich als Drückerkolonnen missbrauchen lassen. Dies kennen wir aus Anfang der 90er Jahre zur Genüge, als Drückerkolonnen Anlegern Eigentumswohnungen in Plattenbauten in der ehemaligen DDR auf Kredit verkauften, die sich allein durch Steuerersparnisse bezahlt machen könnten. Es wurden Mietgarantien usw. gegeben – die dann das Papier nicht wert waren, auf denen sie standen. Gleichzeitig hatte der Staat die Gesetze erlassen, die solche Aneignung von Eigentum allein auf Kosten der Allgemeinheit rechnerisch möglich machten. Und es gab genügend Käufer, die diese legale aber nicht legitime Möglichkeit ergriffen. Viele klagten später gegen die Banken, von denen sie schlecht beraten worden waren und bekamen recht. Aber auch da erwies sich: Die Ostdeutschen konnten und wollten die Mieten nicht zahlen, die den Verträgen zugrunde lagen. Das System war von Anfang bis Ende unverantwortlich – gegenüber den Mietern, den Käufern der Allgemeinheit. Alle wussten es. Alle machten mit. Es ging von oben bis unten. So auch jetzt.

25 Jetzt entwickelt sich Volkszorn oder er wird geschürt: In Frankreich gibt es Berichte davon, dass Manager als Geisel genommen werden, in Großbritannien werden den Beschäftigten des Finanzsektors geraten, aus Sicherheitsgründen unauffällig und unkenntlich in der Öffentlichkeit sich zu bewegen<sup>14</sup>. In Deutschland schürt die Bild Zeitung Volkszorn auf die Gier der Manager der Dresdner Bank<sup>15</sup>, in den USA werden die Manager der AIG Versicherung für ihre Boni aus der Staatskasse öffentlich an den Pranger gestellt<sup>16</sup> – und verzichten daraufhin zu großen Teilen darauf.

30 Dennoch: Auch wenn die Verantwortlichen wirklich die „Schuldigen“ sind, es hülfe nichts, sie zu bestrafen. Es bräuchte vielleicht einigen das Gefühl der Genugtuung. Und die Verurteilung von Wirtschaftskriminalität in Deutschland scheint auch besonders milde auszufallen. Sicher muss man solchen Menschen das Handwerk legen. Dies ist auch nach gegenwärtiger Rechtslage möglich. Bei Unzuverlässigkeit kann die Finanzaufsicht Verbote aussprechen, in entsprechend leitender Funktion im Finanzsektor tätig zu werden. Entscheidend aber bleibt: Die exorbitanten Gewinnmöglichkeiten führen zu den Verhaltensweisen und finden immer neue Akteure. Diese Möglichkeiten müssen verringert und auf die Bereiche eingeschränkt werden, wo sie zur Entwicklung der Menschheit beitragen.

### 3 Krisenauslöser in den westlichen Industrieländern

#### 45 **3.1 Arbeitnehmer, Hausbesitzer, die über ihre Verhältnisse gelebt haben**

Was soll nun all das Gerede von Ausbeutung? Die Finanzkrise ist doch als "Subprimenkrise" in den USA losgebrochen. Dort haben – und wie sich später zeigte auch in England, Spanien, Island, Lettland usw. - "die Leute" sich doch Häuser oder Wohnungen gekauft, die sie sich nicht leisten konnten. Sie haben Kredite aufgenommen, deren Zinsen sie nicht tragen konnten. Sie haben Kredite auf Wohnungen aufgenommen, um das Geld nicht in Werterhöhungen der Wohnung zu investieren, son-

dern um das Geld zu konsumieren. Und der Fehler der Banken war eben auch, dass sie diese wackeligen Kredite ausgegeben haben.

5 Wieso sollen das Ausgebeutete sein, die ihre Immobilien mit Hypotheken belastet haben, um mehr zu konsumieren, anstatt fleißig ihre Schulden abzutragen? Sie haben einfach über ihre Verhältnisse gelebt und sich selbst schuldhaft in die Lage gebracht. War mehr Arbeit – z.B. im Wohnungsbau in Spanien – bei der hohen Arbeitslosigkeit nicht ein Segen für die Arbeitslosen?

10 Was heißt, dass sie "über ihre Verhältnisse" gelebt haben sollen? Schauen Sie sich einmal die Einkommens- und Auskommensverhältnisse einfacher Arbeitnehmer in London<sup>17</sup>, Madrid<sup>18</sup> oder New York an. Dort, wo die Yuppies Eigentumswohnungen für Millionen kaufen und mit ihren Porsches oder anderen Luxuskarossen vor bzw. in die Tiefgaragen drunter fahren. Siehe Beispiel London. Sicher gab es auch die Spekulationsgewinner. Und in den USA haben viele anscheinend ihren Konsum mit Bodenspekulation finanziert. Aber seit 30 Jahren stagnieren die Realeinkommen der Masse  
15 der Amerikaner. Man mag den Lebensstil in den Suburbs für Energieverschwendung halten. Das ist er sicherlich<sup>19</sup>. Aber er stellt seit 30 Jahren die Normalität des amerikanischen Mittelstandes, der Angestellten und Arbeiter, dar. Früher konnten die Amerikaner sich den Lebensstil einschließlich Kranken- und Alterssicherung und Ausbildung der Kinder mit einem Arbeitseinkommen leisten, dann musste die Frau  
20 mit zur Erwerbsarbeit gehen, dann mussten sie zweite Jobs annehmen, dann mussten immer mehr auf ihre betriebliche Altersversorgung verzichten<sup>20</sup> und sie privat finanzieren. Sie mussten ihren gleich bleibenden Lebensstandard zunehmend mit Krediten finanzieren - sowohl durch Hypothekendarlehen, als auch Studentendarlehen als auch Kreditkartenschulden<sup>21</sup>. Und jetzt brechen über ihnen die Schuldenberge  
25 zusammen. Ohne diese zusätzliche Arbeit und Schuldenaufnahme wären die normalen Amerikaner schon früher verarmt. Und das obwohl die Produktivität der Arbeit unablässig gestiegen ist.<sup>22</sup> Aber es ist klar, wenn man Schulden abbauen muss, ohne dass das Einkommen steigt, sinken die Ausgaben für den eigenen Verbrauch und die Investitionen.<sup>23</sup> Dies ist dann aber kein "Sparen" in dem Sinne einer freiwilligen  
30 Kaufzurückhaltung.

Sicher hat es viel Wohnungsbau in den USA relativ zu Deutschland gegeben. Aber die Zahl der Einwohner der USA ist auch rapide gestiegen – auf inzwischen über 300 Millionen – also in den letzten 28 Jahren um 76 Millionen d.h. um mehr als die Einwohner-  
35 schaft der alten Bundesrepublik. Die Wohnfläche pro Kopf hat sich dabei seit dem Zweiten Weltkrieg verdreifacht – ebenso wie in Deutschland – aber von einem höheren Niveau kommend und daher im Durchschnitt auch auf ein absolut höheres Niveau von über 60m<sup>2</sup> pro Person (in BRD West etwa 45m<sup>2</sup> pro Person). Wie in Deutschland werden die Unterschiede auch immer größer. Die Wohnflächenausweitung findet vornehmlich bei den Besserverdienenden kleinen Haushalten ohne Kinder  
40 statt. Bei den Familien mit Kindern und mit mittlerem bis sinkendem Einkommen gehen auch die durchschnittlichen Wohnflächen je Person zurück. Sicher haben sich die technischen Geräte, die Autos usw. im Durchschnitt verbessert. Dieser Zunahme des Konsums beansprucht dennoch nur einen unterdurchschnittlichen Anteil am Zuwachs des Sozialproduktes, das auch pro Kopf viel stärker gewachsen ist als in  
45 Deutschland. Und dieser Zuwachs ging eben einher mit einem starken Zuwachs der privaten Verschuldung.

Das was als Vermögen galt, die Kapital gedeckte Altersversorgung, häufig an betriebliche Rentenfonds gebunden, bricht für viele<sup>24</sup> zusammen und sie müssen weit jenseits des 66. Lebensjahres arbeiten. Im Verhältnis zur eingesetzten Arbeit und  
50 zum insgesamt gestiegenen Sozialprodukt in den USA hat der Konsum der großen Mehrheit doch eher stagniert oder ist gar gesunken. Die Amerikaner können kaum zusätzlich Arbeit anbieten, außer eben länger im Alter zu arbeiten, - und deswegen gibt es kein entsprechend wachsendes Einkommen, das sie für die Kreditschulden



aufwenden können. Jetzt wird die rechnerische Verarmung manifest, indem deutlich wird, dass all die genutzten Güter eben nicht den Käufern, sondern den Banken gehören. Die Verarmung kommt damit in der Realwirtschaft an: Die Häuser und Wohnungen fallen an die Banken zurück, die Autos, Kühlschränke und Fernseher an die Kreditkarten-Unternehmen oder Konsumentenkreditgeber. In den Extremfällen wohnen die Haushalte in Zelten auf Dauercampingplätzen oder sie schlafen in einem nicht gepfändeten Auto auf wechselnden Parkplätzen und erreichen von dort möglicherweise noch ihren Arbeitsplatz.

Jeder kann lesen, dass der gewachsene Reichtum an Besitz statistisch überwiegend bei den "oberen 10.000" angekommen ist. Die normalen Verdienner sind praktisch zu Mietern im eigenen Haus geworden: Sie haben es zu 100% - manchmal noch höher - fremd finanziert. Der Hypothekenzins ist und war daher praktisch ein Mietzins.<sup>25</sup> In den USA scheint nach verschiedenen hiesigen Berichten in vielen Bundesstaaten das Hypothekenrecht anders geregelt zu sein als bei uns: Ein Hypothekenkredit wird nur mit dem Haus, nicht aber mit dem Einkommen des Käufers gesichert. Wenn der Käufer und Kreditnehmer / Schuldner seine Zinsen nicht mehr zahlen kann / will, dann kann er das Haus an die den Kredit gebende Bank zurück geben. Das Haus gehört dann zwar der Bank, aber der Kreditnehmer nimmt keine Schulden aus dem Hypothekenkredit mit in sein neues Leben. Auch das ähnelt eher den Miet- als Eigentumsverhältnissen.<sup>26</sup> Wer allerdings schon viel Eigenkapital eingebracht oder angesammelt hat, also solide finanziert oder abbezahlt hat, der verliert mit der Rückgabe auch diesen Eigenanteil<sup>27</sup>. Wer wenig getilgt hat, kann jetzt bei fallenden Hauspreisen sein Haus wechseln. Findet jemand in der Nachbarschaft ein gleichartiges Haus, das leer steht, weil z.B. ein Schuldner es an seine Bank zurück gegeben hat, kann er es bei der Bank zu sehr viel niedrigeren Kosten kaufen, finanzieren und sein Haus, das er bewohnt und für das er Zinsen auf einen viel höheren Wert bezahlt, zurück geben.<sup>28</sup> Das ist dann wie eine Mietminderung durch fallende Wohnungsmieten. Auf der Grundlage scheint die US Regierung oder der künftige Präsident zu versuchen, die Banken dazu zu bewegen, die Zinszahlungen der Hypothekennehmer generell zu senken. Da die US Regierung einen großen Teil der US Banken und Kreditversicherer mit hohen öffentlichen Aufwendungen unter ihre Kontrolle gebracht hat, scheint die US Regierung das auch weitgehend durchsetzen zu können - zu Lasten der öffentlichen Haushalte. Denn dadurch würden alle entsprechenden Hypotheken entsprechend weniger wert. Sie müssten wertberichtigt werden. Die Differenz zum ursprünglichen Wert müsste als Verlust abgeschrieben werden.

Die Wohnungen und Häuser wurden in den vergangenen Jahren seit der Wirtschaftskrise 2001/2 in weiten Bereichen zu immer höheren Preisen verkauft oder vermietet. Diese Entwicklung ist an eine Grenze gekommen. An die Grenze der Zahlungsfähigkeit der Bewohner. Das war seit langem absehbar und wurde auch von höchster Stellen gesehen und es wurde rechtzeitig warnend darauf hingewiesen.<sup>29</sup>

Den Schuldner stehen natürlich immer die Gläubiger gegenüber. Die haben vielfältige Formen angenommen. Bei uns ist es üblich, dass die Banken ihre Kredite an Häuslebesitzer verbriefen. Das sind dann Pfandbriefe. Die gelten gemeinhin als besonders sicher. Sogar "mündelsicher". D.h. jeder Vormund, der das Vermögen für ein Mündel sicher anlegen soll, darf auch Pfandbriefe kaufen. In Deutschland werden nach hiesigem Hypothekenrecht erststellige Hypotheken nur bis zu 60% des Marktwertes eines Hauses beliehen. Und es steht neben diesem Wert des Hauses auch das persönliche Einkommen des Schuldners als Sicherheit dem Gläubiger zur Verfügung. In Amerika scheinen also Hypotheken verbrieft worden zu sein, die 100% des aktuellen Hauspreises finanziert haben und bei denen die Einkommen der Käufer nicht sicher zur Begleichung der Schulden heran gezogen werden können. Bei sinkenden Hauspreisen stehen dann dem Kredit sofort keine dem Nominalwert ent-

sprechende sachlichen Werte gegenüber und auch keine eintreibbaren Forderungen an den Schuldner.

**These und Schlussfolgerung:**

5 Also die Mainstreet, wie der einfache Mann im Präsidentenwahlkampf genannt wurde, verarmte, weil er für die Aufrechterhaltung seines Lebensstandards immer höhere Verpflichtungen auf sich nahm und immer mehr arbeitete, während die Wallstreet die Reichtümer scheffelte<sup>30</sup>. Aber diese Reichtümer waren eben z.T. nur rechnerische: Für die Schuldner war es Lebensstandard auf Kredit, für die Gläubiger sind sie Forderungen an die Leistung der Arbeitnehmer Amerikas und der ganzen Welt. Diese Forderungen wie z.B. die Hypotheken oder die Kreditkartenschulden wurden bewertet und gehandelt als seien sie Tatsachen, Waren, feste Größen in jedem Falle einbringbar. Die Gläubiger haben ja einen Rechtstitel darauf. Jetzt erweist sich, dass es eine Grenze der Belastbarkeit gibt. Wenn die Hypothekenzinsen ein Großteil des Gehalts auffressen, die Kreditkartenfirma sagt, man müsse erst die Schulden 10 reduzieren, bevor man neu die Karte belasten könnte - man also beim Supermarkt nichts mehr bekommt, man nicht mehr tanken und so mangels Alternative an Öffentlichen Verkehrsmitteln nicht mehr zur Arbeit kommen kann usw., bricht das ganze Gebäude aus Krediten und Forderungen zusammen. Was die Gläubiger als sicher glaubten und nicht hinterfragt haben, stößt an die Grenzen der Belastbarkeit der 20 Schuldner.

Dieses Überschreiten der Belastbarkeit gibt es nun auch schon für ganze Nationen: Sie haben riesige Infrastrukturprojekte (manchmal auch nur riesige Korruption) finanziert - mit ausländischen Krediten. Es wurden Glitzerpaläste in den Metropolen hochgezogen und die Einkommen des Landes in der Zukunft verpfändet. Bei Ländern, in denen begehrte Rohstoffe gefördert und exportiert wurden und werden, erschien das plausibel: Erdöl, Eisenerz, gefragte Agrarprodukte wie Sojabohnen etc. 25 schienen ja sichere Überschüsse und damit sichere Zahlung von Kreditzinsen zu gewährleisten. Die Geldgeber ließen sich gerne blenden. Sie mussten es eigentlich besser wissen und taten es auch weit verbreitet.<sup>31 32</sup> Gerade auch wegen ihres besseren Wissens versuchten sie, die vergebenen Kredite so schnell wie möglich in unmittelbare Gewinne zu verwandeln. Wenn sie ihre Forderungen verbriefen und dann verkaufen konnten, hatten sie ihre Gewinne gemacht. Den letzten beißen die Hunde.<sup>33</sup> 30

**3.2 Nicht investierende Unternehmen**

35 Die typische Krise entsteht daraus, dass die Unternehmen weniger investieren als sie Gewinn machen - und nicht, dass die Arbeitnehmer weniger konsumieren, als sie verdienen.<sup>34</sup> Der typische Verdienst der Unternehmen ist der Gewinn. Die für Unternehmen typisch zu kaufende Waren sind Investitionsgüter bzw. Dienste für Forschung und Entwicklung zur Vorbereitung künftiger Angebote. Die Investitionen zum Ersatz oder zur Aufrechterhaltung der Produktion werden nicht aus dem Gewinnen, sondern aus den "Abschreibungen" bezahlt. Die gehören zu den Kosten. Wenn die 40 nicht verdient werden, macht das Unternehmen keinen Gewinn, sondern Verlust. Mit Gewinne werden neue Investitionen (Gebäude, Maschinen, Fahrzeuge, Anlagen, Forschung etc.pp) gekauft. Wie viel der Gewinne<sup>35</sup> und der Abschreibungen für Investitionen ausgegeben werden, das ist die entscheidende Frage der Konjunktur.

Anfang der 1970er Jahre wurden in Deutschland noch 2/3 (ca. 65%) der Gewinne investiert (die Abschreibungen sowieso). Dieser Anteil an den Gewinnen, also die Nettoinvestitionen, im Unterschied zu den Bruttoinvestitionen, die auch die Ersatzinvestitionen umfassen, ist inzwischen auf 14% (2007) gesunken. In den beiden vorangegangenen Jahren 2004 und 05 sogar unter 10% und 2008 wieder auf 19% gestiegen, was dieses Gefühl der Belebung am Anfang des Jahres vermittelte und den 50

höchsten Beschäftigungsstand seit 1993 herbeiführte. Ca. 80 bis 90% der Gewinne werden also nicht mehr investiert. Und das in der Hochkonjunktur! Diese Nachfrage fällt aus. Und das, obwohl der Anteil der Gewinne am Volkseinkommen in der Höhe Anfang der 1970er Jahre liegt. Absolut also ein Vielfaches davon erreicht.

5 Der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Bruttonationalprodukt<sup>36</sup> steigt also ständig – auf inzwischen über 40%. Der Anteil, der für Investitionen ausgegeben wird, schrumpft auf lächerliche Anteilswerte von z.B. 2005 nur noch 7% der Gewinne und Vermögenseinkommen. Die Unternehmen sind es also, die die Nachfragekrise verursachen. Sie eignen sich einen immer größeren Anteil am gemeinsamen Produkt an – aber sie erfüllen ihre Aufgabe<sup>37</sup> immer weniger, durch Investitionen die Wirtschaft weiter zu entwickeln und Verdienstmöglichkeiten oder eben Arbeitsplätze zu schaffen. Würden die Unternehmen und Vermögenseinkommensbezieher wie Anfang der 70er Jahre die Abschreibungen und 2/3 ihrer Einkommen aus Gewinnen und Vermögen investieren, dann würden sie allein in Deutschland Jahr für Jahr ca. 300 Mrd. € mehr für Investitionen ausgeben, also zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Wären das alles so kapitalintensive Arbeitsplätze wie bei VW, die ca. 400.000 € je Arbeitsplatz kosten, dann würden jährlich 600.000 bis 700.000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen. In den Jahren 2003 bis 2007 also ca. 3,5 Millionen Arbeitsplätze. Also wäre rechnerisch damit die Arbeitslosigkeit in Deutschland beseitigt, bzw. wäre nie entstanden, wenn die Unternehmen das getan hätten, was ihre Aufgabe ist: Ihre Gewinne für Investitionen zu verwenden. Sie tun das nicht, weil sie sich von den Finanzspekulationen auf den Kapitalmärkten mehr erhoffen – siehe Schaeffler, Merkle, Porsche und Co.

25 Auch das gilt natürlich volkswirtschaftlich gesehen - und bei unserem Thema sogar weltwirtschaftlich. Da wird deutlich, dass zwar in China und den aufstrebenden Ökonomien Asiens, Osteuropas sehr viel (um die 20% der Einkommen) und in Deutschland auch noch deutlich (um 10% der Einkommen, aktuell 11%) gespart wird - aber nun wirklich nicht von den unteren Einkommensgruppen. Deren Sparrate ist negativ, das heißt sie leben jetzt schon auf Pump. Die US amerikanischen Arbeitnehmer und Volkswirtschaft ziehen drei Viertel der Ersparnisse der Erde über Kredite an sich. Also die produzierten Waren und Dienstleistungen werden schon abgenommen. Dass das eine Schieflage ist, ist jedem klar. Aber an mangelnder Nachfrage der Konsumenten weltweit liegt die Krise offensichtlich nicht. **Es ist die Verweigerung produktiver Investitionen durch die Unternehmen, die zu Arbeitslosigkeit und Armut führt. Die Unternehmer und ihre Helfershelfer sind diejenigen, die überzogene Einkommenserwartungen entwickelt haben – sie oben, mit 25% Renditen und mehr – unterhalb dessen sie sagen, eine Investition "rechnet sich nicht mehr". Und die einbrechende Konjunktur liegt genau daran: Die Käufe der Unternehmen gehen massiv zurück, obwohl sie das Geld ja gehortet haben. Das sieht man an dem abrupten Abbruch der Aufträge für Maschinen – dem typischsten Investitionsgut. Gerade Deutschland ist von diesem weltweiten Nachfrageeinbruch besonders stark betroffen.** Als Beispiel möge die Erdölindustrie herhalten. Obwohl immer mehr Ölquellen versiegen, und die Ölkonzerne im Geld schwimmen, fahren sie ihre Investitionen zurück, weil ihnen die aktuellen Renditen zu niedrig sind.<sup>38</sup> Die nächste Krise ist daher vorprogrammiert.

## 4 Erklärungen der Krise und Wirtschaftspolitik

### 4.1 Grenze der Zahlungsfähigkeit der Schuldner überschritten

50 Die Finanzkrise ist zur Wirtschaftskrise geworden. Ist eine Krise nur einfach schlecht? Nein. In einer Marktwirtschaft wird die Wirkung des wirtschaftlichen Handelns der einzelnen Unternehmen nur im Spiegel der Ergebnisse in Geldgrößen ge-

messen. Fehlentwicklungen können vornehmlich durch Krisen erkannt und bereinigt werden.<sup>39</sup> Dies war so bei der "dot.com" Krise 2001, ebenso in Deutschland nach dem Vereinigungsboom, bei den Ölkrisen 1974 ff, 1983 ff, bei der Immobilienkrise in Japan Ende der 1980er Jahre, der Südost Asienkrise 1997 usw. Übertreibungen wurden korrigiert. Überbeanspruchung von Ressourcen erst durch Preiserhöhungen realisiert. Aufgeblasene Preise fielen in sich zusammen. Forderungen, die nicht erwirtschaftet werden konnten, wurden abgeschrieben. Sie belasteten die künftige Produktion und das Wirtschaften nicht mehr. Die Krisen schufen damit wieder realistischere Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung mit zum Teil veränderten Grundlagen. Mit der geschrumpften Wirtschaft schrumpfte auch die Geldmenge. Die gegenwärtige Finanzkrise erfasst zwar größere Teile der Weltwirtschaft, hat aber prinzipiell keinen anderen Charakter. In seinen Folgen wird eine Verschiebung der wirtschaftlichen Gewichte zwischen den alten Industrieländern – hauptsächlich Anrainerstaaten des Atlantiks und seiner Nebenmeere – und Asien realisiert werden.

Im Kapitalismus mit unserer Rechtsordnung gibt es Grenzen der Ausbeutung von Menschen. Bei der Verschuldung sind es die unpfändbaren Bestandteile des Einkommens und des Besitzes eines normalen Haushaltes. Die Grenze ist die Privatinsolvenz. Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung der Eigentümer, dazu gehören auch die Aktiengesellschaften, sind die Grenzen der Schuldensicherung die in die Unternehmen eingebrachten Kapitalien, Werte und Forderungen. Ein Kreditgeber / Gläubiger, der höhere Forderungen an einen Schuldner hat, wird um den überschießenden Betrag enteignet. Er muss diese Forderung abschreiben. Entsprechend hat er weniger "Geld".<sup>40</sup> Geld und anderer Besitz in Form von Anrechtsscheinen – Geld und Verbrauchsartikel im privaten Gebrauch ausgenommen – sind eigentlich nur Forderungen an die Leistungskraft der Gesellschaft. Ob ein Gläubiger seine Forderung an einen Schuldner zu "Geld" machen kann, hängt von der Sicherheit seiner Forderung ab. Gut gesicherte Forderungen, wie z.B. Wechsel, den der Schuldner einer Leistung unterschreibt, kann der Gläubiger an die Zentralbank einreichen und bekommt dafür auf begrenzte Zeit Geld<sup>41</sup> im Sinne von gesetzlichen Zahlungsmitteln. In dieser begrenzten Zeit muss der Schuldner seine versprochene Leistung erbringen. Sonst hat er empfindliche Strafen zu gewärtigen.

Schlecht gesicherte Forderungen nehmen die Zentralbanken generell nicht an, um dafür Geld auszugeben.

Forderungen, die die Leistungskraft der Gläubiger überfordern oder wenn die Leistungsträger die Forderungen nicht anerkennen oder die Leistung oder entsprechende Abgaben verweigern, dann werden die Forderung nicht zu Geld und der Besitz wird abgewertet.

Dies ist nun massenweise in den USA, Großbritannien, Spanien usw. geschehen. Das Geld der Gläubiger ist futsch, es sind im Prinzip uneinbringbare Forderungen. Jetzt werden die Häuser und Wohnungen wieder billiger – und die Menschen können sie sich mit ihren Einkommen vielleicht auch wieder leisten. Das bezieht sich darauf, dass die Bewohner der Häuser sie sich vielfach gemessen an ihren Einkommen nicht leisten konnten – und jetzt die Hauspreise eben fallen – und zwar schneller und dauerhafter als die Einkommen. In der Realität werden aber gerade in den USA Häuser eher abgerissen und die Einwohner obdachlos, als sie in den Wohnungen zu lassen und die Preise für das Bewohnen zu senken. Eines der Programme von Präsident Obama scheint zu sein, diese Teufelsspirale zu durchbrechen. Die Bewohner sollen in ihren Häusern bleiben und die Banken mit niedrigeren Zinsen – d.h. im auf Deutschland übertragenen Sinne mit niedrigeren Mieten – zufrieden sein, insbesondere wo Staffelzinsen – Staffelmieten – vereinbart worden waren.

## **4.2 Staat als Retter in der Not der Gläubiger**

Die Besitzenden, deren Eigentum sich in den vergangenen Jahren so wundersam über die Schaffung neuer Werte hinaus aufgebläht hat, wollen es aber nicht wahr haben, dass die Kurve jetzt in die andere Richtung geht. Sie können nach bisherigen Regeln von Wirtschaft und Gesellschaft nicht so viel aus der Weltproduktion abschöpfen, wie die Ziffern des Geldes auf den Papieren der Konto- und Depotauszüge versprochen. Sie waren einer Geldillusion aufgesessen. Nach den selben Regeln müssten sie jetzt genauso die Forderungen an die Gesellschaft vermindern, wie sie sie bisher erhöht haben. Das tun sie aber nicht. Sie können die Forderungen aber nicht mehr selber mit den alten Regeln des privaten Vertrages durchsetzen. Die Schuldner leisten eben nicht mehr. Und deswegen kommen jetzt die Staaten. Sie können auf viele und vieles mehr zugreifen als der private Gläubiger. Sie können die Grenzen der Ausbeutung verschieben. Sie können die allgemeinen Abgaben z.B. die Mehrwertsteuer erhöhen und mit den Einnahmen die Guthaben, die Zinsforderungen usw. der Gläubiger bedienen. Eigentlich wären die Guthaben weg oder weniger wert. Jetzt sollen alle dafür zahlen, auch diejenigen, die die Schulden nicht aufgenommen haben.<sup>42</sup> Wer es konkret sein wird, darüber wird das politische Gezerre noch lange anhalten<sup>43</sup>. Die Diskussionen über Erleichterungen bei der Einkommenssteuer gerade bei der amerikanischen Wirtschaftspolitik machen das wieder deutlich. Auch in Deutschland dreht sich die Diskussion um die Einkommenssteuer- und Unternehmenstarife. Dabei machen einige Redner darauf aufmerksam, dass die Hälfte der Haushalte gar keine Einkommenssteuer abführt, weil ihr Einkommen unter der durch das Bundesverfassungsgericht festgelegten Untergrenze des zu steuernden Einkommens liegt. Aber Mehrwert- und andere Verbrauchssteuern zahlen alle. Die kapitalistischen Länder haben einheitlich deutlich gemacht, dass sie die ganze Gesellschaft zu Gunsten der Gläubiger ausbeuten werden. Die Staaten haben dafür gesorgt, dass die Blase nicht geplatzt ist. Sie wird vielmehr verwandelt in einen riesigen Betonklotz, der auf der Zukunft lastet und sie ganz wesentlich mitbestimmen wird und jeden weiteren Aufschwung niederdrückt bzw. nicht als Wohlstandsmehrung bei der Mehrheit der Menschen ankommen wird. Die Staaten werden mehr denn je Steuerstaaten werden. Sie treiben ihre Steuern mit zunehmenden Anteil nur ein, um den Gläubigern, Besitzenden oder wie die Forderungsinhaber alle heißen, ihre eigentlich uneinbringbaren Forderungen zu befriedigen. Für alle konkreten Leistungen des Staates wird man extra zahlen müssen: Bildung, Sicherheit, Recht, Infrastruktur usw. Aber das sind eigentlich die Aufgaben, aus denen demokratische Staaten ihre Daseinsberechtigung ableiten.

**Der Staat zeigt sich als ein Instrument der Besitzenden<sup>44</sup>. Er tut so, als würde die Welt einstürzen, wenn die Welt der Besitzenden Dellen bekommt. Das ist aber nicht so.**

## **4.3 Rettung der Banken**

### **4.3.1 „Systemisches Risiko“, z.B. bei der Bank Hypo Real Estate, HRE**

Die Größenordnung, in der die Staaten sich in die Position des Schuldners gegenüber den Gläubigern begeben, ist Atem beraubend und sprengt alle bisher gekannten Dimensionen staatlicher Verschuldungspolitik – mit Ausnahme von Kriegsanzleihen vielleicht. In Deutschland gibt es eine gesetzliche Grenze, bis zu der die Banken und Sparkassen Geldeinlagen ihrer Kunden und damit Gläubiger zu 100% absichern mussten: 20.000 Euro. Dafür gab es einen Einlagesicherungsfond und dafür stand auch der Staat als letzte Sicherung in der Pflicht. Also der „kleine Sparer“ wurde geschützt. Die Kanzlerin Merkel erklärte für die Bundesregierung, dass darüber hinaus alle Einlagen in beliebiger Höhe – also auch die Forderungen von Mul-

timillionären durch den Staat und das Steueraufkommen aller Bürger gesichert würde. Also Gewinn ohne Risiko – so lange die Staaten nicht selber pleite gehen.

Was von dieser und all den anderen Zusagen zu welcher Höhe von Zahlungen werden wird, kann heute anscheinend niemand abschätzen. Es wird mit Zahlen in einer Größenordnung – Milliarde, Billionen usw. – hantiert, die in Deutschland bisher eigentlich nur als letzte alberne Übertreibung aus der Inflation 1923 bekannt waren, als das Geld jeden Wert verloren hatte. Die Notenbanken nehmen jetzt auch ungesicherte Papiere, das heißt Forderungen von Gläubigern, entgegen und geben dafür Geld heraus, obwohl absehbar ist, dass die Forderungen nicht erfüllt werden. Das ist im Prinzip das Gleiche: Geld ohne Gegenwert. Dadurch hat der Gläubiger nicht mehr eine Forderungsposition gegenüber dem Schuldner in der Hand, sondern eine gegenüber dem Staat. Dadurch, dass er Geld hat, kann er sich erst einmal damit wieder reale Werte kaufen – und der Staat hat nur wertloses Papier in seinen Händen. Eine Zeitung nannte es den Übergang von Schrottanleihen zu Altpapier, für das die staatliche Zentralbanken nun Geld ausgaben. Angekündigt ist schon, dass die Staaten für die übernommenen Verpflichtungen ja zahlen müssen. Das Geld, das sie dafür brauchen, sollen sie sich auf dem Kapitalmarkt durch Staatsanleihen beschaffen. Wenn sie darüber aber nicht genügend Geld erhalten, sollen die Zentralbanken diese Staatsanleihen übernehmen und der staatlichen Administration Geld dafür geben. Kurz: Die Notenpresse wird angeworfen und druckt Geldscheine. Das schiere Inflationsprogramm. Erste Auswirkungen gibt es bei der Abwrackprämie für Autos zu besichtigen: Der Staat in Deutschland prämiert mit 2.500 € Zuschuss eine teure Vernichtung von Werten – d.h. funktionierenden Gebrauchsgütern, die z.B. in weniger entwickelten Ländern noch mit Kuschhand genommen würden – und fördert den Neuwagenkauf. Die Anbieter von Kleinwagen nehmen darauf hin ihre Rabatte zurück, erhöhen im Effekt also die Preise. Dafür nimmt der Staat über eineinhalb Milliarden Euro Kredit auf.<sup>45</sup> Den bekommen im Effekt die Automobilanbieter. Trotzdem sind natürlich auch die Automobilarbeiter und Angestellten in den Autohäusern erfreut, deren Kurzarbeit darauf hin aufgehoben wurde. Auch sie denken natürlich nicht in erster Linie daran, wer die neu gekauften Autos bezahlt, und wie lange alle an dem kurzfristigen Effekt zu tragen haben.

Konkrete Ausgaben des Staates sind erst einmal seine Einlagen bei den Banken, sei es als stille Beteiligungen oder als Übernahme von Aktien – bis zur vollen Verstaatlichung, wie in Großbritannien, Island usw. Dies wird mit dem Argument vertreten, sonst würden die Zahlungsströme und damit die Wirtschaft zusammenbrechen. Bzw. ohne Sicherung der Einlagen bis zur beliebigen Höhe würden die Sparer die Banken und Sparkassen stürmen und ihr Geld abheben. Dadurch geriete der normale Geldkreislauf ins Stocken. Das sei das „systemische Risiko“. Als ob es so viele Menschen mit vielen Zigtausend bis mehreren Millionen Euro gäbe, die einfach so viel Geld auf dem Girokonto haben und es abheben könnten. Gerade bei den Sparbüchern gibt es ja enge Grenzen der monatlichen Verfügbarkeit. Sicher wabern auf den Geldmarktkonten einig Milliarde kurzfristig abrufbare Gelder hin und her. Aber die sind doch kein systemisches Risiko. Und alle normalen Beschäftigten bekommen ihren Lohn / ihr Gehalt auf ein Konto und geben einen Großteil davon auch über das Konto wieder aus – wie Mieten, Kosten für Wasser, Erdgas, Müllabfuhr, Telefon, Versicherungen, Kfz-Steuer usw. Sie können heute gar nicht wie 1929 einfach auf Bargeld umsteigen. Wenn die Gefahr bestünde, dass die Firmen massenweise ihre Rechnungen nicht mehr beglichen, dann müssten Gesetze solch willkürliche Zurückhaltung von Zahlungen unter Strafe stellen, für die die Prokuristen in den Firmen haftbar gemacht werden könnten. Den normalen Geldfluss könnte auch ein Konkursverwalter sicher stellen, der ja Weisungsrechte hat. Die HRE spielt aber im täglichen Zahlungsfluss keine große Rolle.

Bei der Bank Hypo Real Estate, HRE, wird das drohende „systemische Risiko“ und die Notwendigkeit der Rettung durch den Staat in der Öffentlichkeit ausführlicher begründet. Deswegen kann man sich mit den vorgebrachten Argumenten auseinandersetzen: Für dieses relativ unbekanntes Institut wurden nun schon 102 Mrd. € (Stand 20.2.2009) staatlich verbürgt. Täglich droht die Summe zu steigen. Das Institut hat gerade einmal ca. 1.800 Beschäftigte. 1.800 Leuten wird man mit 102 Mrd. € wohl nicht den Job retten wollen. Das wäre weit billiger zu haben. Mit den verpfändeten Milliarden könnte man jedem Beschäftigten ein ganzes Berufsleben von vierzig Jahren jährlich ein fürstliches Gehalt in Höhe von 1,4 Millionen € zahlen – Zinseinnahmen gar nicht gerechnet. Allein wenn diese 102 Mrd. € zu 4% Zinsen angelegt würden, würden die Zinsen für ein Gehalt von 2,3 Mio € jährlich für jeden Beschäftigten ausreichen. Können die paar Leute wirklich einen so großen Schaden angerichtet haben? Die Notwendigkeit der Staatsgarantien wird z.B. in der Süddeutschen Zeitung am 20.2.2009 mit fünf Argumenten in Anlehnung an die Folgen der Pleite der Bank Lehman Brothers in den USA begründet<sup>46</sup>: (Zitate in *Kursiv* geschrieben.)

*Der Fall Lehman zeigte, was geschieht, wenn doch eine Großbank fällt:*

1. *Erstens verloren etliche Banken, Versicherungen und andere Finanzdienstleister, die Geschäfte mit Lehman gemacht hatten, einen Großteil ihrer Forderungen gegenüber der Bank.*  
Die Bank hat sich das Geld ja nicht von den Geldgebern geliehen, um es bei sich zu zerreißen. Die Bank hat das geliehene Geld selbst weiter verliehen. In konkrete Projekte. Das waren bei der HRE nicht Subprime-Kredite an Hauslehaber in den USA. Also sind diese Aktiva der Bank doch irgendwie werthaltig und könnten an die Gläubiger der Bank weiter gereicht werden. Es handelt sich nur um eine Zinsdifferenz. Das Tochterinstitut Depfa hat langfristige Kredite zu relativ hohen Zinsen vergeben und sich das benötigte Geld bei anderen Banken oder Versicherungen kurzfristiger und damit billiger geliehen. Jetzt bekommt sie zwar die Zinsen von ihren Schuldnern – häufig staatliche Institutionen – aber sie muss selbst die gesamten Schulden zurück zahlen oder neu – zu neuen Bedingungen – aufnehmen. Letzteres gelingt ihr nicht. Na und?! Dann treten die Gläubiger – Banken der HRE eben nicht mehr als Gläubiger der HRE auf, sondern direkt bei den Schuldnern der HRE. Das mag gegenüber den Konditionen, die sie der Depfa oder der HRE nach heutiger Marktlage abverlangen wollten, etwas weniger sein. Aber es ist jedenfalls mehr als sie vorher von der Depfa an Zinsen bekommen hatten – sonst wären für die Depfa diese Geschäfte nicht lukrativ gewesen. Natürlich gibt es eine unterschiedliche Fristigkeit der Kredite und Schulden zwischen den jeweiligen Instituten. Aber das wird sich wohl schon managen lassen. Das ist schließlich die Aufgabe eines Konkursverwalters. Jedenfalls sind dadurch nicht die auch langfristigen Lebensversicherungen prinzipiell gefährdet. Es handelt sich nur darum, dass die jetzigen Gläubigerbanken gegenüber der Depfa mehr hofften ´rausholen zu können. Da die HRE selbst die erhöhten Zinserwartungen der Gläubigerbanken nicht erfüllen kann, soll es der Staat – der Steuerzahler tun.
2. *Zweitens liehen sich Banken weltweit aus diesem Grund untereinander kaum noch Geld.* Wenn der Staat selber Geld – mit seinen Banken – an Firmen leihen würde, dann müsste das niemanden schrecken. Jeder hat ja schon mal gelesen, dass täglich Bankgeschäfte von einem Vielfachen dessen gemacht werden, die für die normale Produktion und in den normalen Kundenbeziehungen notwendig sind. Diese wilden Spielchen über Nacht und über Stunden muss der Staat ja nicht finanzieren und absichern. Anders als die Banker behaupten, bricht eben die Wirtschaft nicht zusammen, wenn ihnen der Roulettisch umgestoßen wird.

3. *Drittens mussten sich Kreditinstitute von heute auf morgen mehr Eigenkapital beschaffen, um als kreditwürdig zu gelten. Da zugleich die Risikoscheu der Anleger sprunghaft stieg und diese sich von der Börse im Allgemeinen und aus Bankaktien im Besonderen zurückzogen, war es für Banken praktisch unmöglich, sich frisches Kapital zu holen.*

In der Tat schränken höhere Eigenkapitalanforderungen die Möglichkeiten, Kredite zu vergeben, ein bzw. machen sie für sie teurer – und damit schlechter rentierlich. Es ist ja richtig vom Publikum, dass es eine Scheu entwickelt, die luftigen Spielchen ohne realwirtschaftliche Grundlage am Kapitalmarkt zu finanzieren. Sie sind bereit für mehr Sicherheit geringere Zinsen hinzunehmen. Für höhere Risiken wie z.B. Industriefinanzierungen, müssen eben höhere Zinsen bezahlt werden. Also müssen die Banken und Firmen wieder mehr auf Eigenkapital setzen. Und nicht alle Geschäftsvorfälle und Investitionen auf Kredit finanzieren. Aber Geld der Anleger ist genügend vorhanden. Die Anleger haben die Banken und Sparkassen nicht gestürmt und ihr Geld unters Kopfkissen gelegt. Wenn es jetzt vermehrt der Staat bekommt – zu niedrigen Zinsen wegen der erwarteten Sicherheit, kann er erst recht mit den Geldern Kredite vergeben – und die Kreditbelastung der realen Wirtschaft würde sogar sinken.

4. *Viertens schränkten die Banken in der Folge auch die Kreditvergabe an Firmen ein und verschärften so die Rezession.*

Die pleiten Geschäftsbanken bräuchte man für die Kreditvergabe nicht unbedingt. Es gibt mit der KfW, den Sparkassen und Genossenschaftsbanken, mit den Landesbanken und den Dependancen der Bundesbank in den Ländern genügend Kanäle und fachkundiges Personal, um die für die normalen Geschäfte erforderlichen Kredite an die Kreditnehmer zu bringen. Im Wirtschaftsteil der Zeitungen kann man immer wieder lesen, dass der Mittelstand nicht über eine Kreditklemme klagt. Das tun vielmehr die, die in der Vergangenheit sich an dem Spiel am Kapitalmarkt beteiligt haben mit Kaufen und Verkaufen von Firmen auf Kredit – die sich als Heuschrecke betätigt haben oder deren Opfer wurden. Das ist ja der Zweck einer Krise, dass diese überbordenden Forderungen nicht auf Ewigkeit weiter kreditiert werden. Sie müssen abgeschrieben werden – und damit werden eben auch die Forderungen der Banken hinfällig. Wenn auf den realen Produktionsstätten weniger Kredite lasten – z.B. durch eine Insolvenz entlastet – dann kann die reale Produktion, vielleicht mit neuen Eigentümern, flott und unbelastet fortgeführt werden. Die Konkursverwalter müssten verstärkt dazu angehalten werden und einen größeren Zeitraum dafür erhalten, Betriebe als tätige Unternehmen fort zu führen und die Forderungen der Gläubiger nachrangig zu befriedigen – so dass die Geldlast genommen wird und das Unternehmen wieder frei aufspielen kann.

5. *Eine fünfte und vielleicht die gravierendste Folge war, dass durch die Insolvenz von Lehman Brothers Wertpapiere im Volumen von 600 Milliarden Dollar auf den Markt kamen. Allein dadurch sanken die Kurse etlicher Papiere, von soliden Anleihen bis zu riskanten Derivaten. Das löste eine Kettenreaktion aus. Investoren wie Hedgefonds und Banken mussten angesichts der Kursverluste ihre riskanten Anlagen reduzieren und drückten die Preise so noch weiter. Die Banken mussten auch die Preise von Wertpapieren in ihren Bilanzen an die gesunkenen Marktpreise anpassen, was neue Verluste und neuen Kapitalbedarf auslöste. Diese Abwärtsspirale war gemeint, als im Herbst das Wort von der drohenden Kernschmelze die Runde machte.*

Das ist ein Problem der Bilanzrichtlinien. Wenn die Aktiva nicht nach dem Niederstwertprinzip in den Büchern stehen, sondern mit dem Marktwert, dann schwanken die Werte jeweils mit der Marktbewertung. Deswegen müsste man wieder zum Niederstwertprinzip bei der Bewertung von Firmeneigentum übergehen. Dann würden die Banken auch weniger im sogenannten Eigenhandel mit Wertpapieren zocken, sondern sich wieder ihrer Aufgabe zuwenden, die normalen Investitionen zu finanzieren.



6. An anderer Stelle wird noch hinzugefügt: Die Deutschen Pfandbriefe kämen in Verruf. Die HRE hätte bisher fast 10% der Pfandbriefe ausgegeben. Sie seien anders als die in den USA verbrieften Kommunal- und Hypothekenanleihen so sicher, dass es seit 200 Jahren keinen Ausfall gegeben habe. Als Finanzierungsinstrument der öffentlichen Haushalte und des Hypothekenmarktes seien sie unverzichtbar. Sie dürften nicht in Verruf geraten. Also dürfe die HRE als einer der großen Emittenten / Ausgabeinstitute dieser Wertpapiere auch nicht pleite gehen.<sup>47</sup>

Diese Herstellung einer Beziehung ist völlig kurios: Die Pfandbriefe gehören, wenn sie sie noch besitzen, zu den Aktiva und nicht zu den Schulden einer Bank, Versicherung oder Privatperson. Wenn die Bank, die sie einst ausgegeben hat, pleite ginge, dann wären weder die Schuldner noch die Gläubiger der Pfandbriefe davon betroffen. Die Schuldner würden weiter wie vereinbart ihre Zinsen an die Eigentümer der Pfandbriefe zahlen. Besäße die HRE noch Pfandbriefe und ginge pleite, so gehörten diese Pfandbriefe zu den vom Konkursverwalter zu verwertenden Aktiva / den Guthaben, die an die Schuldner der HRE weiter gereicht würden. Das ist ein Vorgang, als würde ein Haus den Besitzer wechseln. Der Mieter bezahlt seine Miete weiter, vielleicht auf ein anderes Konto.

7. An anderer Stelle wird sogar behauptet, Straßen, Brücken, Schulen und andere öffentliche Infrastruktur, die mit Pfandbriefen finanziert seien, würden zu Schrott, wenn die HRE als ausgebende Bank Insolvenz anmelden müsste.

Das ist noch weiter von der Wirklichkeit entfernt. Die Infrastruktur steht und wird in ihrer materiellen Substanz von irgend welchen eigentumsrechtlichen Bewegungen um sie herum in keiner Weise in ihren materiellen Grundfesten erschüttert. Geht die Kredit gebende Bank pleite, dann werden die öffentlichen Bauwerke deswegen nicht abgerissen. Der Staat zahlt seine Zinsen dann eben an einen anderen Gläubiger, der seine Forderungen an die HRE auf den Staat überträgt.

Gerade in Deutschland kann nicht überzeugen, dass eine Pleite der HRE eine „systemische“ Krise heraufbeschwören würde. Das gilt auch für die anderen Banken, mit ihren „vergifteten“ Papieren, die sie in eine oder mehrere „Bad Bank“ einbringen, und für deren Schulden die Staaten haften sollen.

Abwechselnd wird behauptet, einerseits die Banken würden sich untereinander schon kein Geld mehr leihen. Sie trauten einander nicht. Andererseits: Wenn der Staat keine Bürgschaften gäbe, dann würden die Banken sich nicht trauen und keine Kredite mehr geben. Dann bräche die Wirtschaft zusammen. Wenn sie es schon nicht mehr tun und keine Kredite mehr vergeben, dann gäbe es ja schon keinen Zahlungsverkehr mehr – wie vielleicht in Island. Aber auch da geht das Leben ja weiter – und es wird nicht nur bar bezahlt. Island erfüllt einfach seine – auch die garantierten – Verpflichtungen der Banken nicht. Die Gläubiger werden enteignet und die materielle Produktion geht weiter: Es wird gefischt und die Wohnungen werden mit heißem Geysirwasser beheizt ...<sup>48</sup>

Aber natürlich, die Geschäftsbanken, die sich am Börsenspiel, dem Investmentbanking usw. beteiligt haben und schon die anderen Säulen des Kreditwesens in Deutschland einreißen wollten, würden dadurch sehr geschwächt. Neben den Aktien- und Privatbanken als eine Säule gibt es die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken als zweite und dritte Säule des Kreditwesens mit einem großen Anteil am Zahlungsverkehr und den Geschäftsvorfällen. Darüber hinaus brauchen gut geführte Unternehmen auch nicht dauernd riesige Kredite, denn sie haben in den guten Zeiten ihre Eigenkapitalbasis gestärkt - und sie nicht an die "Heuschrecken" ausgeschüttet. Der Staat hat auch Filialen der Zentralbank in den großen Wirtschaftszentren. Gerade in der Bundesrepublik könnte der Staat mit den intakten Zweigen der Kreditwirtschaft und mit den Filialen der Bundesbank die Kreditversorgung der Wirt-

5 schaft organisieren. Wenn viele Banken pleite gingen, dann gäbe es auch genügend  
qualifizierte Bankangestellte und genügend leere Bankgebäude mit der entspre-  
chenden Infrastruktur, um solche Bankgeschäfte zu tätigen und die Geldseite der  
Produktion und Verteilung aufrecht zu erhalten. Unter den Landesbanken gibt es  
z.B. die Nord LB und die Helaba, die auch nicht in den Strudel der anderen Landes-  
10 banken hinein gezogen wurden. Für die Fehler der andere Landesbanken bürgen die  
Länder und anderen Eigentümer ohnehin mit Milliarden Steuergeldern. Dann kann  
man sie auch zur staatlichen Säule einer neuen soliden Kreditvergabe machen, äh-  
nlich wie die KfW es schon ist. Es gibt keine Notwendigkeit, dafür allen verwirkten  
15 Illusionen der Eigentümer neue Nahrung zu geben.

Nun wird beschwichtigt: Vielleicht kommt es ja gar nicht so weit, dass der Staat für  
alle seine übernommenen Garantien zahlen muss. Erstens bekommt er ja etwas da-  
für: Die Forderungen selbst. Die Zentralbanken nehmen jetzt für die Ausgabe des  
Geldes ja die Forderungen als Sicherheit an, die ihnen bisher als zu unsicher galten  
15 und die die Banken selbst eben los werden wollten. Sie wurden bisher unter Banken  
und Inkassofirmen mit Abschlägen gehandelt, weil im Durchschnitt die Schuldner die  
Forderungen nur zum Teil beglichen. Dieser Anteil verfiel immer mehr bis die Ban-  
ken diese Sicherheiten schließlich für so unsicher einstufte, dass sie darauf hin  
keine Kredite untereinander mehr gewährten. Nun nimmt die Zentralbank, d.h. der  
20 Staat diese Schrottpapiere als Sicherheit. Aber einen Teil wird man ja wohl noch  
eintreiben können – insbesondere wenn die Wirtschaftslage wieder besser wird.

Des weiteren bürgt der Staat für Kredite der Banken untereinander. Für die Bürg-  
schaften berechnet er Gebühren – ob sie schließlich gezahlt werden, das hängt von  
deren Rangfolge in der Sicherheit ab. Wer als letzter seine Ansprüche eintragen  
25 lässt, der bekommt meist auch nur den Rest, was nach einer Pleite übrig bleibt. Und  
die staatlichen Stellen wollen ja die Banken wieder flüssig machen. Also werden sie  
kaum vorrangige Gläubiger Positionen einnehmen – wie es sich der Staat mit seinen  
Steuern und Abgaben eigentlich immer vorbehält. Trotzdem werden nicht alle Kre-  
dite notleidend und alle Bürgschaften in voller Höhe fällig und nicht alle Gebühren-  
30 zahlungen bleiben aus, so dass der Staat nicht völlig leer ausgehen wird. Und bzw.  
oder der Staat bekommt für seine Beteiligung am Grundkapital der Banken insbe-  
sondere in den angelsächsischen Staaten Eigentumsanteile. Die können später wie-  
der verkauft werden - wenn die Kurse gestiegen sind vielleicht sogar mit Gewinn.  
Das sind die Beschwichtigungen.

35 Die Probe aufs Exempel haben wir schon bei der IKB, der ersten Pleitebank dieser  
Pleitewelle in Deutschland beobachten dürfen. Diese privatwirtschaftliche Tochter  
der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW verspekuliert sich mit illegalen  
Unternehmungen außerhalb ihrer Bilanzen, in sogenannten Zweckgesellschaften.  
Vor der Pleite wird sie mit acht Milliarden Euro Staatsgeldern gerettet – die Gläubi-  
40 ger erhalten das Geld, das sie eigentlich verloren haben. Sie wurde vom Staat sa-  
niert und ist so dann für 0,1 Mrd. € an eine amerikanische „Heuschrecke“ verkauft  
worden. Der Staat nimmt also 0,1 Mrd. € ein d.h. ein 80stel der von der öffentlichen  
Hand aufgebrachten Kosten – und zahlt allein für Rechtsberatung, Notargebühren  
usw. etwa einen solchen Betrag. So dürfen wir uns getrost die Einnahmen des  
45 Staates am Abschluss der Sanierung bei den anderen geretteten Banken und An-  
sprüchen der Gläubiger vorstellen.

Aber die Grundlage bleibt: Die Summe der Forderungen an das Sozialprodukt ist  
schneller gestiegen als die Leistungsfähigkeit und Bereitschaft der Leistungsträger  
50 unter gegebenen Umständen diese gestiegenen Forderungen im Rahmen der beste-  
henden Ordnung zu erfüllen. Kurz, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und  
Vermögen können gegenwärtig mit den im Kapitalismus üblichen Mitteln nicht stär-  
ker gesteigert werden. Nun übernimmt der Staat diese Aufgabe. Er hat die zusätzli-

chen Mittel der Steuereintreibung. Er kann die unsicheren Forderungen aus Privatverträgen der Gläubiger gegen die Schuldner durch sichere Staatsanleihen ersetzen. Die Zinsen zahlt der Steuerzahler. Eine Stagnation der Staatsverschuldung oder gar ein Abbau ist daher auf den St. Nimmerleinstag verschoben worden<sup>49</sup>. Für die im  
5 Grundgesetz zu verankernde „Schuldenbremse“, die ab 2020 gelten soll, hat ein Kommentator den schönen Vergleich vom Säufer herangezogen, der seinen wilden Entschluss, in zwölf Jahren mit dem Saufen auf zu hören damit feiert, dass er sich eine neue Flasche hochprozentigen Schnaps genehmigt.

Abgesehen von den kuriosen Szenen dieses Schauspieles werden jetzt die Rechtspositionen geschaffen, die den Bürgern in den nächsten Jahren entgegen gehalten werden: Sie müssen zahlen und der Staat hat trotzdem kein Geld mehr. Die Einkommen z.B. der Studenten und Rentner werden verfallen. Wir können uns auf Lebenssituationen vorbereiten, wie sie Rentnern in Russland nach der Wende und der Inflation oder Argentinien und Island nach dem Staatsbankrott erlebt haben – ihre Lebensbedingungen und Lebensplanung waren zerstört. Sie nagten am Hungertuche. Es gab Hungerrevolten und Plünderungen von Lebensmittelmärkten.

#### **4.4 Konsumenten als Verursacher oder Retter in der Krise?**

Ein Teil der Wirtschaftspolitik vermittelt den Eindruck, als würden die normalen Einkommensbezieher zu wenig konsumieren. Diese Kaufzurückhaltung des durchschnittlichen Verbrauchers sei die Ursache der Krise.<sup>50</sup> Sie würden zu viel sparen. Auch die Ausgaben der öffentlichen Hände müssten angeregt werden.<sup>51</sup> Besonders in Deutschland werden in der öffentlichen Diskussion widersprüchliche Argumente vorgebracht: Einerseits: Die Arbeitnehmer in Deutschland würden wieder mehr sparen. Die Sparquote steige. Also würden sie nicht so viel Waren und Dienste abnehmen,  
25 wie sie könnten. Deswegen gäbe es in der wirtschaftlichen Entwicklung diese Nachfrageschwäche. Gleiches wird von den Chinesen gesagt. Sie sollten mehr konsumieren – nicht damit es ihnen gut gehe, sondern damit die Wirtschaft wieder brumme. Bisher hätten sie ihr Geld, das sie nicht selbst konsumiert hätten, ja den Amerikanern geliehen, die damit ihren Konsum finanziert und die Nachfrage und damit die  
30 Produktion stimuliert hätten. Andererseits wird den US Amerikanern vorgeworfen, sie hätten auf Kredit zu viel gekauft, eine zu geringe Sparrate gehabt, sich zu sehr verschuldet. Jetzt müssten sie sparen. Daher rühre die Wirtschaftskrise. Ebenso der Staat, er habe zu sehr auf Kredit gekauft – also Güter und Dienstleistungen abgenommen, ohne das Geld dafür zu haben. Jetzt auf einmal soll er wieder mehr auf  
35 Kredit kaufen, damit die Nachfrage wieder die Produktion anreizt. Diese gleiche Widersprüchlichkeit ist ganz besonders auf die USA gemünzt.

Ist wirklich die Zunahme der Sparrate der Deutschen von 9,5 auf 11 % oder ähnliche Werte ursächlich für die Wirtschaftskrise? (Die Sparrate bezieht sich übrigens nicht auf die Arbeitnehmereinkommen, sondern die Einkommen insgesamt, also auch auf  
40 die Einkommen aus Vermögen.) Wohl kaum<sup>52</sup>, denn in der Zeit des Wirtschaftswunders lag die Sparrate der Deutschen bei 20% und es herrschte Vollbeschäftigung. Aktuell wird als Erfolg der Wirtschaftspolitik gepriesen, dass die Verbraucher zumindest in Deutschland weiter konsumieren und kein Kaufzurückhaltung oder Angstsparen an den Tag legen.

#### **4.5 Konjunkturpakete**

Die Bundesregierung hat ein zweites „Konjunkturpaket“ zur Stabilisierung und Behebung der Konjunktur durch die parlamentarischen Gremien gebracht. Es umfasst Ausgaben bzw. Mindereinnahmen von 50 Mrd. €. Mit dem „Konjunkturpaket I“ summieren sich die Maßnahmen auf 75 Mrd. € in zwei Jahren. Um diese Beträge werden  
50 die öffentlichen Schulden zumindest steigen.<sup>53</sup> Gibt es Chancen, dass dieses „Deficit

Spending“ nach den Lehren des Ökonomen der Weltwirtschaftskrise John Maynard Keynes wirksam die Krise bekämpfen wird?

5 Zunächst einmal etwas zur Größenordnung: Das Bruttoinlandsprodukt BIP in der Bundesrepublik betrug im Jahr 2008 ca. 2.500 Milliarden Euro. In zwei Jahren mithin ca. fünf Billionen Euro. Davon sind 75 Milliarden Euro 1,5 Prozent. Die Größenordnung erweckt nicht den Anschein, als könnte das zu einer deutlichen Wirkung führen. Jeder möge sich daran erinnern, wie sehr eine Lohn- oder Gehaltserhöhung in dieser Größenordnung innerhalb von zwei Jahren ihn zu mehr Käufen stimulieren würde. Solch ein Tarifabschluss verleitet einem eigentlich zur Konsequenz, man müsse mehr sparen.

10 Dann zur Frage des Ansatzpunktes: Die dramatischen Absatzeinbrüche liegen im Bereich der Investitionsgüter und des Exportes. Da handelt es sich um Nachfrage- rückgänge in der Größenordnung von 25 Prozent. Bei den Konsumgütern aber nur in der Größenordnung von fünf Prozent. Nur bei der Abwrackprämie für Autos kompensieren die Hilfen an Inländer etwas die wegfallende Nachfrage in einem Segment – dem der Klein- und Mittelklassewagen – aus dem Ausland.

15 Steuererleichterungen: In Deutschland werden die Einkommenssteuern gesenkt und erhalten Eltern für ihre, Kinder 100 € einmalig zusätzlich. Ausgaben für bestimmte häusliche Dienstleistungen bis zu einer Obergrenze können diejenigen, die Lohn- oder Einkommenssteuer zahlen, mit ihrem persönlichen Steuersatz von der Steuer absetzen<sup>54</sup>. Dies mag zu entsprechenden zusätzlichen Konsumausgaben führen. Entscheidend ist dabei, dass diese dann im Prinzip Konsum auf Kredit sind. Zwar nimmt der Konsument den Kredit nicht selber auf, aber der Staat tut es für ihn. Denn die Steuersenkungen und Auszahlungen werden auf Staatskredit finanziert. Damit setzt der Staat das wirtschaftliche Verhalten fort, das zur Ursache der Krise erklärt wurde: Die Leute hätten über ihre Verhältnisse gelebt und sich zu sehr verschuldet. Es wirkt ein bisschen wie Zwangskredit. Man kann sich ja nicht dagegen wehren, indem man nicht konsumiert oder die Steuererleichterung zurückweist, um dann künftig an den entsprechenden Staatsschulden nicht beteiligt zu sein. Auf dieses kurzfristige Zuckerli werden die Bürger in den nächsten Jahrzehnten hingewiesen werden, wenn sie unter den Staatsschulden stöhnen. Sie hätten ja selbst davon profitiert und zahlten nur zurück, was sie in Anspruch genommen hätten, wird ihnen dann vorgehalten werden.

35 In den Konjunkturpaketen sind sicherlich von der Sache her Maßnahmen enthalten, die zu den Aufgaben des Staates gehören und sinnvoll sind. So z.B. in Bildung und Ausbildung zu investieren. Mit der baulichen Sanierung von Schulen wird aber nur ein grundsätzlicher Fehler der vergangenen Dekaden abgemildert: Die Bildungsinfrastruktur teilweise verkommen zu lassen. In den vergangenen Jahren sind die öffentlichen Haushalte eigentlich überall von der Kameralistik auf das betriebswirtschaftliche Rechnungswesen umgestellt worden. Dazu gehört, dass der Verschleiß von Einrichtungen durch Gebrauch als laufende Kosten in den Rechnungen auftauchen. Sie werden dann als Abschreibungen auch bewertet. Den Haushaltsstellen müssen entsprechend finanzielle Mittel zugewiesen werden, um die entsprechenden Reparaturen durchzuführen und Ersatz zu beschaffen. Nach kaufmännischem Rechnungswesen sind das laufende Kosten des Betriebes und dürfen eigentlich nicht mit Krediten finanziert werden, weil es keine Investitionen sind. Das scheint in den Ländern und Gemeinden aber weit verbreitet nicht geschehen zu sein. Man hat die Einrichtungen verfallen lassen – und nennt jetzt die Reparaturen Investitionen. Wie in der Regel werden im Zuge von Erhaltungsmaßnahmen auch Erneuerungen durchgeführt. Dadurch nennt man diese Maßnahmen jetzt Investitionen. In Wirklichkeit werden weitgehend laufende Ausgaben jetzt über Kredit finanziert. Das sind dann aber einmalige Anstrengungen auch noch vom Bund weitgehend bezahlt, der eigentlich

keine Zuständigkeit für die Bildung hat. Die Länder werden sich künftig darauf verlassen, dass der Bund immer mal wieder Sonderprogramme auflegt und dann die laufenden Aufgaben der Länder finanziert. Dadurch ist der erneute Verfall der Bildungsinfrastruktur vorprogrammiert. Man braucht ja nur auf die nächste Gelegenheit zu warten, bei der man dann wieder stinkende Schülerklos präsentieren kann, um Bundesgelder locker zu machen. Also spart man sich, die laufenden Ausgaben aus dem ordentlichen Haushalt zu finanzieren. Man nennt das dann Pragmatismus. In der Realität rutschen wir dadurch immer weiter in den Schuldenstaat auch bei den Ländern. Es soll zwar ab 2020 ein Verbot für die Schuldenaufnahme geben. Dies führt bei diesen Haushaltsgebahren aber dazu, dass man die Infrastruktur verfallen lässt. Öffentliche Investitionen dürfen ja auch dann weiterhin zu 100% über Kredite finanziert werden – und nicht wie ein Häuslebauer zum erheblichen Teil mit angespartem Guthaben. Also wartet man, bis man die Infrastruktur gleich ganz neu bauen muss. So lange rottet sie vor sich hin. Und die sie nutzen und in bzw. mit ihr arbeiten, haben ständig zunehmende Probleme. Darüber hinaus gilt natürlich auch, dass der Mangel in der Bildungspolitik ja viel mehr in dem Mangel an guten Lehrern, Ausbildern, Erziehern usw. besteht, um individuelle Förderung möglich zu machen. Davon ist aber bei dem Konjunkturpaketen keine Rede und nichts dafür vorgesehen. Gehälter für Lehrer und Erzieher gelten nicht als Investition, sondern als „konsumtive Ausgabe“ und dürfen nicht über Kredite finanziert werden. Deswegen wird diese Einordnung um so mehr auf die Zahl, das Gehalt und die Arbeitsbelastung der entsprechenden Berufstätigen drücken. Dennoch ergeben diese Maßnahmen vielleicht momentan eine kleine Linderung der Belastungen.

Ähnliches wird man für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sagen können.

Was die Wirkung auf die Konjunktur betrifft, werden diese kurzfristig sehr gering positiv dafür langfristig anhaltend belastend sein: Wie oben schon bemerkt haben die Unternehmen pro Jahr 300 Mrd. € zu wenig investiert und ihre Gewinne aus den Unternehmen abgezogen und in das Zocken auf dem Kapitalmarkt oder in Luxuskonsum gesteckt. Jetzt brechen die Aufträge für die Investitionsgüter – insbesondere Maschinen, Fahrzeuge (Schiffe, Flugzeuge, Lastwagen usw.), elektronische Ausrüstung, Programm usw. – zusammen. Offensichtlich investieren die Unternehmen nicht einmal mehr die Abschreibungen in voller Höhe z.B. für Ersatzbeschaffungen. Der Nachfragemangel wird also weit über diese Größenordnung von 300 Mrd. € allein in der Bundesrepublik hinaus gehen. Deutschland spürt dieses Verhalten der Unternehmen und Besitzenden besonders stark, weil die Investitionsgüterindustrie und die damit zusammen hängenden Dienstleistungen einen besonders großen Teil der Ökonomie ausmachen. So verfällt die wirtschaftliche Grundlage auch für einen Aufschwung. Es werden nicht einmal die bestehenden Arbeitsplätze erhalten, sondern im Gegenteil abgebaut. Die Unternehmer wollen sich einfach nicht daran gewöhnen, dass man auch für eine Rendite von sieben Prozent investieren muss. Lieber verpassen sie die Abschreibungen, die sie aus den Unternehmen ziehen – siehe z.B. die Zahlung von Dividende trotz Verlusten. Dies wird ausdrücklich damit begründet, dass sonst die Anleger = Eigentümer dem Unternehmen den Rücken kehren würden.

## 5 Was ist zu tun?

Grundsätze:

Die Wirtschaft soll so geordnet werden, dass die Bedarfsdeckung im Vordergrund steht. Die allseitige Entwicklung des Menschen und dabei die Bewahrung der Erde ist Zweck des Wirtschaftens. Überschüsse sollen Investitionen zugeführt werden. Geld und Wettbewerb unter dem Gesichtspunkt, Gewinne zu erwirtschaften, sind nicht Zwecke der Volkswirtschaft. Sie sind Instrument in einem eng einzugrenzenden

Gebiet des gesellschaftlichen Bereichs, den man Wirtschaft nennt. Die Wirtschaftsfunktionen Geld, Sparen und Kredit sind so zu ordnen, dass die darin enthaltene Krisenmöglichkeiten nicht zur Krisenrealität werden. Vorräte sollten nur für schlechte Zeiten und für Investitionen gebildet werden. Leistungsüberhänge sollten verbraucht werden und nicht zu Geldblasen auf der einen und Arbeitslosigkeit und Verarmung auf der anderen Seite führen.

Das überschüssige Geld und damit die Ansprüche ihrer Inhaber an das Sozialprodukt müssen vernichtet werden. Geschützt sollten die Positionen werden, die der sozialen Vorsorge dienen.

Diejenigen, die Geld besitzen, sehen die Gefahren und suchen nach sicheren Horten für ihr Geld. Sie fliehen in Gold oder Sachwerte. Sie dienen dem Staat ihr Geld z.T. zu null Prozent Zinsen an, wenn er es doch nur vorm Verfall bewahren möge – obwohl sie da möglicherweise als Rotkäppchen dem Wolf ihren Futterkorb darreichen. Anscheinend werden nur diejenigen als systemisches Risiko in Watte gepackt, die hemmungslos die Allgemeinheit erpressen<sup>55</sup>.

Die Banken, die sich verzockt haben, sollten pleite gehen. Den Zahlungsverkehr wickeln die Sparkassen und Genossenschaftsbanken und staatliche Institutionen ab. Es müsste der staatliche Sektor im Bankenwesen wieder vergrößert werden<sup>56</sup>. Diese staatlichen Banken müssten den jetzt allenthalben angedachten strengeren Regeln für die Tätigkeit von Bankgeschäften unterworfen werden. Das gilt natürlich dann auch für die Vergütungsregeln für die entscheidenden Personengruppen in den Banken und Unternehmen.

Der neuen Blasenbildung ist vorzubeugen. Geldüberschüsse, die nicht produktiv investiert werden, sollen abgeschöpft werden.

Die Geldbewegungen, die der Spekulation dienen, sollen abgeschöpft werden. Nur etwa zehn Prozent der Geldbewegungen sind mit der realen Produktion verbunden. 90% bewegen sich im Bereich der Spekulation, dienen dem Versuch, mehr Geld aus Geld zu machen, ohne die Zwischenschaltung realer Produktionsvorgänge. Das Bankwesen ist auch bei pleite gegangenen Banken groß genug, um den Zahlungsverkehr der Realwirtschaft abzuwickeln.

Die Unternehmen und das Kapitaleinkommen müssen wieder auf seine gesellschaftliche Funktion und Aufgabe zurückgeführt werden: Das Investieren in produktive Anlagen und die Produktion von Wohlstand für die Welt.

Nicht investierte Gewinne müssten daher erheblich höher besteuert werden als investierte. Gewinnausschüttung auf Kredit müsste verboten werden.

Produktive Unternehmen, die durch die unverantwortliche Verschuldungspolitik ihrer Eigentümer pleite zu gehen drohen, sollten in einer Form insolvent werden, in der die produktiven Funktionen an Anlagen und sozialer Organisation erhalten bleiben, die Ansprüche der Eigentümer und Gläubiger aber vernichtet werden.

Die Politik, die jetzt allenthalben die Beschäftigten von Unternehmen zu Lohn- und Gehaltzugeständnissen veranlassen, sollte aufgegeben werden. Die Arbeitnehmer haben keine übermäßigen Ansprüche aufgehäuft. Allerdings: Produktionen oder Dienstleistungen, bei denen die am Markt erzielten Einkommen die Kosten der Leistungserstellung nicht decken, sollten nicht mit Subventionen aufrecht erhalten werden.<sup>57</sup>

Die Bilanzierungsrichtlinien müssten wieder so umgeschrieben werden, dass die angeschafften Wirtschaftsgüter, Beteiligungen usw. mit ihrem niedrigsten Wert in den Büchern stehen. Damit werden die Gläubiger ausreichend geschützt und der Staat wird nicht veranlasst, zu ihren Gunsten einzuspringen. Die erratischen Schwankun-

gen der Unternehmenswerte durch Bewertung von Beteiligungen nach Marktwert würden dadurch stark abgemildert.

Die Maßstäbe der Kapitalrendite müssen zurückgeführt werden auf maximal sieben bis zehn Prozent pro Jahr. Die Rendite von Geldanlagen sollen drei bis vier Prozent pro Jahr nicht übersteigen<sup>58</sup>.

Die jetzt übernommenen Staatsschulden sollten von denen bezahlt werden, zu deren Gunsten sie eingegangen wurden: Den Gläubigern, also den Besitzern von Anrechtsscheinen an das Sozialprodukt. Das sind überwiegend „Die Reichen“. Dem diene z.B. eine wieder eingeführte Vermögenssteuer<sup>59</sup>.

Zu den Staatsaufgaben gehören in vermehrtem Maße die technische Infrastruktur, also nicht nur Straßen, sondern auch Leitungen, Satelliten<sup>60</sup>. Der Staat hat auch die Lagerhaltung von Rohstoffen und Lebensmittelvorräten zu regulieren – eine im Grunde klassische Staatsaufgabe – und damit der Rohstoffspekulation vorzubeugen. Strategische Reserven, die es schon gibt, sollten nicht nur im Kriegs- und Katastrophenfall, sondern auch zur Beruhigung der Marktschwankungen eingesetzt werden.

Die Staatsausgaben dürfen nicht auf Kredit finanziert werden. Auch nicht über „Public Private Partnership“ oder Leasing<sup>61</sup>. Wenn es bei den Unternehmen nicht investierte Gewinne gibt, dann sollten sie zu Staatsinvestitionen herangezogen werden. Der Begriff der Investitionen ist bei Bildung und Ausbildung auf die Bildungstätigkeit auszuweiten.

Die Produktivität ist hoch genug, um einen breiten Wohlstand zu erzeugen. Mit dem wirtschaftlichen Überschuss stehen auch genug Mittel zur Verfügung, um diesen kontinuierlich zu verbreitern – immer mehr Menschen in die Produktion und die Teilhabe am Wohlstand einzubeziehen – und ihn zu erhöhen.

Die Zwecke des Wirtschaftens liegen außerhalb der Zwecke der Betriebswirtschaftslehre.<sup>62</sup> Der Bereich der Wirtschaft innerhalb der Gesellschaft hat eine dienende Funktion für die Gesamtgesellschaft. Gesamtgesellschaftlich dreht sich das Wirtschaften nicht um die Produktion von Gewinnen, sondern um die Versorgung und den Wohlstand der Bevölkerung – oder sollte es doch zumindest. In einem begrenzten Bereich kann man Gewinnstreben kontrolliert so einsetzen, dass es diesem Ziel dient. Man muss aber darauf achten, dass ein Nutzfeuer nicht zum unkontrollierten zerstörerischen Brand wird.

## 6 Abschlussbemerkungen

Natürlich wird die „Systemfrage“ gestellt. Die Antwort lautet im Sinne von Radio Eriwan: Im Prinzip ja. Die steht eigentlich spätestens im Raum, seit sich die Unternehmen von der realen Produktion und Investitionen ab- und immer mehr dem Kasino-kapitalismus zuwandten, die Produktivkräfte immer weniger entwickelten und die sozialen Klüfte sich national und international immer weiter vertieften.

Aber es fehlt der subjektive Faktor: Nirgendwo ist erkennbar, dass die Menschen in ihrem Denken und realen Verhalten sich anders orientieren<sup>63</sup>. Ein „gegen ...“ reicht für eine neue Perspektive nicht. Ebenso wenig der Ruf nach einer Politik, die einfach alles anders macht als der gegenwärtige. Ein Obama als Retter und Heilsbringer wird es nicht allein richten können.

- Die Gewerkschaften werden immer schwächer und können immer weniger Beschäftigte organisieren.
- Die sozialdemokratischen Parteien sind in der Krise und verlieren Anhänger und Wähler.

- Sozialistische Parteien lassen in ihrem internen Umgang nicht die Hoffnung auf ein solidarischeres Miteinander aufkommen. Sie vertreten öffentlich wahrnehmbar nur ökonomische Forderungen. Damit verstärken sie nur den (falschen) Eindruck und die falsche Orientierung, als ginge es nur ums Geld. Sie fordern: Die Reichen sollen zahlen. Sogar viele Beschäftigte mit höherem Einkommen fühlen sich dadurch bedroht, weil sie fürchten, sie werden die Sozialkassen füllen müssen, aus denen dann die Klientel der Linksparteien schöpft und ihre Funktionäre mästet.
- Sozialistische Modellvorstellungen sind durch den einst „real existierenden Sozialismus“ auf lange Zeit diskreditiert. Neue Ansätze werden nicht oder nur in so kleinen Zirkeln glaubwürdig vorgelebt, dass sie kaum wahr genommen werden und Strahlkraft und Vorbildfunktion entwickeln. Auch die neuen linken Mehrheiten in Lateinamerika entfalten keine Ausstrahlungskraft in die nördliche Hemisphäre.



## 7 Fußnoten

<sup>1</sup> Erneut fordert das Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Eichhorn in der Süddeutschen Zeitung vom 27.3.09 in seinem Beitrag auf S. 20. Auch die Sparkassen sollen zu Aktiengesellschaften werden. Dabei schildert er richtig, dass die meisten Landesbanken gerade wegen des Verlustes ihrer öffentlich rechtlichen Stellung ihre besondere Aufgabe und damit ihren Kompass verloren haben. Dadurch haben sie sich erst zu diesen windigen Geschäften verleiten lassen.

<sup>2</sup> Die Süddeutsche Zeitung berichtete am 18.3.2009 auf S. 17 unter anderem über Boni, die der Versicherungskonzern AIG seinen Managern ausgezahlt hatte, obwohl dieser Konzern die größte Pleite in der Geschichte der USA hingelegt hatte und mit öffentlichen Geldern von mehreren 100 Mrd. US \$ gerttet worden war:

*„AIG hatte den Zorn Washingtons auf sich gezogen, als der Konzern am Wochenende Gehaltszuschläge für Mitarbeiter der Finanzsparte bekanntgab - jener Abteilung, deren waghalsige Geschäfte 2008 für einen 100-Milliarden-Dollar-Verlust verantwortlich waren. Am Freitag hatte AIG die Boni über 165 Millionen Dollar ausgezahlt. 73 Personen habe der Konzern zu Millionären gemacht, darunter elf, die nicht mehr für AIG arbeiteten, ....“ und weiter*  
*„Allerdings befürchten Regierungsexperten, dass die Großkonzerne ihre Spitzenkräfte an kleine Investmenthäuser verlieren, wenn der Staat zu tief in die Gehaltsstrukturen eingreift. So rechtfertigt auch AIG die Prämien. Sollte das die Spezialisten vertreiben, drohe das Vorhaben zu scheitern, die komplexen Transaktionen abzuwickeln und die Finanzsparte zu schließen, argumentiert AIG-Chef Edward Liddy. Die Sorge um Nachteile im Wettbewerb um die besten Köpfe führt dazu, dass das Interesse der Wall Street an Staatshilfen abnimmt.“*

Anderswo – auch in Deutschland – geschieht ganz Ähnliches.

<sup>3</sup> Manchmal wird über Wirtschaft diskutiert, als handele es sich nur um ein Null-Summen-Spiel: Was der eine gewinnt, das verliert der andere. Gerade auch bei der Diskussion über Konkurrenz mit anderen, aufstrebenden Volkswirtschaften. Es wird so getan, als würden die Schwellenländer den eher stagnierenden Volkswirtschaften nur etwas wegnehmen. Gerade gegenüber China wird diese Gefahr unausgesprochen wieder mit dem Wirtschaftsmodell des Topfes, aus dem nur eine bestimmte Menge Arbeit vergeben werden könnte, argumentiert. Kurz, "die Chinesen" nehmen uns die Arbeit weg. Das kennen wir schon aus der Zeit des Aufstiegs der japanischen Ökonomie besonders in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Auch da hat der Aufstieg der japanischen Wirtschaft zu erheblichen Veränderungen in der Welt, in Deutschland und auch in Bremen geführt. Aber in der Summe hat Japan zusätzlich Leistung in die Weltwirtschaft gebracht. Dass z.B. die Werften in Bremen nieder konkurriert wurden, lag nicht an Japan, den "Subventionen" in Südkorea oder dem ungünstigen Standort Bremens für Schiffbau, sondern an der Nicht-Investition in die Bremer Werften durch die Eigentümer. Sie fielen in der Produktivität je Arbeitsstunde zurück und bauten schließlich schlechtere Containerschiffe, weil sie pro Rauminhalt weniger Containerstellplätze anboten als die in Korea gebauten, und dafür auch noch mehr Arbeitsstunden aufwenden mussten. Die Meyer-Werft in Papenburg beweist ja bis heute, wie man an einem wahrlich ungünstigen Standort in Deutschland erfolgreich Schiffe für den Weltmarkt bauen kann, während in Bremerhaven eine Werft (SSW) trotz dauernder öffentlicher Subventionen schon zum x-ten mal pleite gegangen ist.

<sup>4</sup> Die Kriegsbefürworter behaupten meistens, sie könnten siegen – und die Kosten des Krieges nachträglich dem Gegner und Verlierer als Reparationen aufbürden. Selbst Reparationen führen meist zu wirtschaftlichen Verwerfungen wie nach den Zahlungen Frankreichs an das Deutsche Reich. In Folge der Inflation auf Grund der Reparationen gab es im Deutschen Reich eine lang anhaltende Krise.

<sup>5</sup> ohne den Wertverfall der Erschließungsanlagen wie Straßen, Kanalisation, Elektrizitäts- und Wasserversorgung und laufende Kosten wie Steuern abzurechnen.

<sup>6</sup> Hier ist nicht die Stelle um über die Bestimmung des Wertes von Grund und Boden nach den verschiedenen volkswirtschaftlichen Schulen zu diskutieren. Es werden hier auch keine Abschreibungen auf die Erschließungsanlagen rechnerisch vorgenommen.

<sup>7</sup> Alle sonstigen Kosten wie Unterhalt der Erschließungsanlagen, Steuern und Abgaben usw. mal außen vor gelassen. Es ist nur ein theoretisches Rechenmodell.

<sup>8</sup> Unter dem Titel: Das gefährlichste Unternehmen der Welt steht am 7.3.2000 ein Artikel über die American International Group AIG in der Süddeutschen Zeitung. Darin ist von dem größten Kreditversicherer der Welt, der American International Group AIG die Rede. Darin wird allerdings davon ausgegangen, dass der Kreditgeber für den Kauf des Käufers der Immobilie diesen Kredit versichert. In dem Artikel kann man u.a. lesen: Der Chef der AIG Greenberg traf im Jahr 1997 „eine verhängnisvolle Entscheidung. Sie machte aus dem AIG-Bereich für Finanzprodukte jenen "Hedgefonds", der Ben Bernanke noch heute so erbittert. Greenberg begann damit, einen neuen Typ hochkomplexer Wertpapiere zu versichern. Bei den Papieren mit Namen Collateralized Debt Obligations (CDO) handelte es sich um Anleihen, die von Hypothekenkrediten unterschiedlicher Qualität gedeckt waren. Um die Papiere gegen das Risiko zu schützen, dass Schuldner nicht mehr zahlen, bot Greenberg den Emittenten - darunter Merrill Lynch, Lehman Brothers und Citi - keine normale Versicherung an, sondern wiederum Wertpapiere, so genannte Credit Default Swaps (CDS). Heute sind diese CDS berüchtigt als eine der Hauptursachen der globalen Krise, damals aber galten sie als der letzte Schrei an der Wall Street. Wer ein CDS erwarb, zahlte eine hohe Gebühr (also als Beispiel dieses 14fache der Versicherungsprämie – R.D), dafür versprach AIG einzuspringen, wenn Kredite faul wurden. CDS hatten eindeutige Vorteile: Sie ließen sich, anders als eine normale Versiche-

rung, binnen Minuten am Telefon vereinbaren. Der Vorteil war aber auch der Nachteil: Viele Chefs verstanden gar nicht, welche Risiken ihre Mitarbeiter in ein paar Augenblicken eingingen. Aber die Vorstellung, dass einmal Millionen Hausbesitzer ihre Hypotheken nicht mehr bedienen würden, erschien damals ohnehin abwegig. Den Leichtsinn förderte, dass niemand den Handel mit CDS beaufsichtigte. Im Jahr 2000 hatte die in Amerika mit dem Terminhandel befasste Behörde CFTC zaghaft versucht, ihre Zuständigkeit auf CDS auszuweiten. Aber der Kongress blockierte das Vorhaben, mit ausdrücklicher Rückendeckung durch Notenbank-Chef Greenspan und Finanzminister Larry Summers, heute Wirtschaftsberater von Präsident Obama.

Der Markt kannte nun keine Grenzen mehr. .... Ende 2007 überstieg der Nominalwert aller CDS mit 62 Billionen Dollar den des Weltsozialprodukts. Nach Marktschätzungen standen zwischen 400 und 500 Milliarden Dollar davon in den Büchern von AIG.“

Welche Summen allein bei Grundstücksgeschäften schnell zusammen kommen, lässt sich an dem Beispiel leicht überschlägig ausrechnen: Bei einem bebauten Grundstück erreichen die Preise pro m<sup>2</sup> leicht das Zehnfache der angenommenen 60 € also 600€/m<sup>2</sup>. Ein bebautes Grundstück mit 300m<sup>2</sup> Größe wäre dann 180.000 € am Markt wert. In den Ländern mit der Immobilienblase verdoppelte bis verdreifachte sich der Wert am Markt auf angenommene 500.000 €. Würden jetzt in dieser Größenordnung eine Millionen Haus und Grund mit Krediten und Versicherungen verkauft, dann reichte die entsprechende Summe Geldes / der Forderungen schon nahe von 500 Mrd. oder an einer halben Billionen €. Es sind von Lettland über Madrid und London bis Los Angeles natürlich ein Vielfaches an solchen Geschäften getätigt worden – auch eben auf dem Feld der Firmenkäufe. Und so kommen eben solch unbegreiflichen Summen zusammen. Die eine Millionen Kreditnehmer müssten dann bei einem moderaten Kreditzins von 6% p.a. und 2% Tilgung schon 40.000 € Annuitätjährlich für Zins und Tilgung aufbringen. Das übersteigt natürlich die Zahlungsfähigkeit der meisten Haushalte weil solch eine Belastung höher liegt als das normale, durchschnittliche Jahresnettoeinkommen in den meisten Ländern.

<sup>9</sup> Diese kleine Modellrechnung ist noch insofern schöner als die Wirklichkeit des Kapitalmarktes, weil die Geschäfte noch an einen realen Wert und das Vorhanden Sein von Eigenkapital - wenn auch in sinkenden Anteilen - gebunden sind. Inzwischen haben sich die Finanzmärkte davon gelöst und handeln nur noch Anrechtsscheine. Dies vervielfacht diese Kreditkartenhäuser. Man kann am Kapitalmarkt „Leerverkäufe“ tätigen. Sachen wie Rohstoffe oder Anrechtsscheine wie Aktien verkaufen, ohne sie zu besitzen. Solch ein Geschäft lautet nicht auf sofortige Lieferung, sondern zu einem späteren Termin. Der Leerverkäufer erwartet, die Ware oder Anrechtsscheine zu einem späteren Termin billiger erwerben zu können, als den abgemachten Preis. Erfüllt sich die Erwartung nicht, muss er häufig an den Käufer gar nicht die Ware wirklich liefern. Er überweist nur den Differenzbetrag zu vereinbarten Preis. Umgekehrt: Wenn der Käufer auch ein Zocker ist und die Ware gar nicht haben will, so zahlt er dem Verkäufer zum Zeitpunkt, zu dem er die Lieferung erhalten müsste, nur den Differenzbetrag zum Marktpreis. Es muss bei diesem Roulette nicht mal eine Kugel rollen, geschweige denn eine Tonne Rohstoffe oder ein Wertpapier bewegt werden oder den Besitzer wechseln. So können die Ölpreise nach oben getrieben werden während der Verbrauch zurück geht. So kann sich ein Unternehmer Merkle mit Leerverkäufen von VW – Aktien verspekulieren.

<sup>10</sup> Die Nettoinvestitionen in diesem Zeitraum in ganz Deutschland betragen ca. 250 Mrd. € und zwar für alle Werte einschließlich Wohnungsbau. Der rechnerische Wertzuwachs nur der Aktiengesellschaften in Deutschland betrug in der Zeit fast eine Billionen €, also das Vierfache der Nettoinvestitionen der Gesamtwirtschaft.

<sup>11</sup> Im März 09

<sup>12</sup> Dieser Selbstmord, wie andere im Zusammenhang mit der Finanzkrise zeigt, dass darin verwobene Personen glauben, die Welt bräche zusammen, wenn ihre Welt in Trümmern fällt.

<sup>13</sup> Pfandbriefe sind in Deutschland anders konstruiert. S. u. zu HRE

<sup>14</sup> Siehe Süddeutsche Zeitung Nr.72, Freitag, den 27. März 2009 , Seite 12

<sup>15</sup> Siehe Bild-Zeitung vom 28.3.2009 Ausgabe Bremen S. 1. Im Internet Organisieren eines suggestiven Kampagne der Ablehnung für deren Abfindungen.

<sup>16</sup> Siehe Süddeutsche Zeitung Nr.64, Mittwoch, den 18. März 2009 , Seite 17

<sup>17</sup> Reportage aus dem Weser Kurier vom 12.03.2002

Stapelbare Appartements sollen Londons Nöte lindern

Von unserem Korrespondenten

Ulrich Schilling-Strack

London. Die britische Metropole ist immer eine Reise wert, aber wohnen will dort kaum noch einer. Horrende Mieten haben eine fluchtartige Massenbewegung in Gang gesetzt, den Unterhalt für eine Wohnung können sich viele nicht mehr leisten. Erschwinglich werden dagegen die neu entwickelten „Micro-Wohnungen“ sein.

Steven Ferguson ist Lehrer und verdient nach Tarif. Knapp 2500 Pfund (rund 4125 Euro) beträgt sein monatliches Gehalt. Nach Abzug der Steuern bleiben etwa 1700 Pfund übrig. Nicht schlecht, ist man versucht zu denken. Steven Ferguson sieht das anders. Wenn er Miete, Heizung und Strom bezahlt hat, bleiben nämlich nur noch 800 Pfund übrig. 1320 Euro für den ganzen Monat – das ist

*knapp bemessen für die extremen Londoner Verhältnisse, und deshalb hat der Geschichtslehrer die Konsequenzen gezogen. Zum Ende des Schuljahres hängt er den Job an den Nagel.*

*Der Abschied des beliebten Geschichtsdozenten ist kein Einzelfall. Lehrer, Polizisten, Krankenschwestern – ganze Berufsgruppen kehrten London in den letzten Jahren den Rücken, weil sie sich die Hauptstadt nicht mehr leisten wollen oder können. Vor allem Wohnen ist unbezahlbar geworden.*

*Auch Steven Fergusons Bleibe ist kein Palast. Eine Zweizimmer-Wohnung im Vorort Wandsworth, allerdings mit guten Verkehrsverbindungen, was den Preis auf die ortsüblichen 700 Pfund (1155 Euro) treibt. Die Immobilienpreise sind in vielen Vierteln durchs Dach geschossen und haben die Mieten immens verteuert.*

*Doppelverdiener mit guten Einkommen kämpfen inzwischen um die letzten bezahlbaren Unterkünfte. Singles teilen sich notgedrungen eine Wohnung – oder kehren der Stadt gleich ganz den Rücken. Der Exodus ganzer Berufsgruppen hat inzwischen Alarm ausgelöst.*

*Londons Bürgermeister Ken Livingstone ist nun auf eine interessante Lösung gestoßen. „Micro-Wohnungen“ sollen die ärgste Not lindern. Tausende dieser mobilen Appartements werden in den nächsten Monaten überall in London aus dem Boden schießen.*

*Das Prinzip ist einfach: In einen Stahlrahmen wird eine Mini-Suite eingelassen. Kombierter Wohn-Schlafraum sowie Küche und Dusche sind im Angebot, alles auf 26 Quadratmeter säuberlich verteilt und voll eingerichtet. Die Luxusversion bietet sieben Quadratmeter mehr. Der Clou: Die Micro-Wohnung wird nach dem Baukasten-Prinzip produziert und ist daher preiswert. Außerdem können die „Module“, wie sie von den Experten getauft wurden, gestapelt werden und sind so bei Bedarf problemlos von einem Standort zum nächsten zu transportieren.*

*Sie sollen in der Herstellung je nach Ausstattung ab 65000 Pfund (107000 Euro) kosten. Zuschüsse werden die monatliche Miete auf 260 Pfund drücken – ein unglaubliches Schnäppchen für Londoner Verhältnisse. Für Ferguson kommt die Initiative aber zu spät – er kehrt lieber zurück in seine Heimatstadt Birmingham. Dort verdient er zwar rund 20 Prozent weniger. Aber nach Abzug der Miete bleiben ihm dennoch 30 Prozent mehr Geld übrig als in London – eine wundersame Rechnung, die typisch ist für die teuerste Stadt Europas.*

*Immobilienmärkte in Zentren der Europäischen Union: London*

*Süddeutsche Zeitung vom 16.08.2002 - Immobilien  
„Die Leute kaufen auf Teufel komm raus“*

*Bislang verlief die Hochkonjunktur auf dem Häusermarkt inflationsneutral, doch ein Trend zur Normalität ist noch nicht in Sicht*

*Von Werner Sabiers, London*

*Die Häuser werden immer teurer, doch die Kaufwut der Bevölkerung lässt nicht nach. „Wir haben uns total verkalkuliert“, erklärte Alex Bannister, Chefökonom der Bausparkasse Nationwide, „Anfang dieses Jahres rechneten wir mit einer Preissteigerungsrate von fünf Prozent, im April haben wir unsere Voraussage auf sieben Prozent erhöht, und jetzt sagen wir nicht weniger als 20 Prozent voraus.“ Wie sich aus einer Untersuchung der Marktforschungsfirma Hometrack entnehmen lässt, hat die Hauspreisinflation den höchsten Stand seit dreizehn Jahren erreicht. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres stiegen die Preise um 9,8 Prozent, und wie John Wrigglesworth, Hometracks Häusermarktspezialist, sagt, sei vor Mitte nächsten Jahres keine Trendwende in Sicht.*

*Der Verband der Immobilienprofis, die Royal Institution of Chartered Surveyors, hat wiederholt vor einer Überhitzung gewarnt, und der Verband der Hypothekenkreditgeber hat an die Bank von England appelliert, endlich die Kreditzinsen zu erzwingen. Doch die Bank von England schreckt vor diesem Schritt zurück. Sie befürchtet negative Auswirkungen auf die Industrie und weist darüber hinaus auf den Umstand hin, dass die Hochkonjunktur auf dem Häusermarkt bisher inflationsneutral gewesen sei. „Solange die Bank von England nicht handelt, bleibt der Wohlfühlfaktor intakt“, sagte Bridget Rosewell von der Bausparkasse Britannia, „und solange der Wohlfühlfaktor intakt bleibt, kaufen die Leute auf Teufel komm raus.“ Bridget Rosewell führt die Kaufwut auf die niedrigsten Hypothekenzinsen seit 38 Jahren und auf die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 30 Jahren zurück, doch sie ist gleichzeitig überzeugt, dass normale Marktverhältnisse erst dann zu erwarten seien, wenn es zu einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage kommt.*

*London und der englische Südosten leiden am stärksten unter den negativen Auswirkungen der Hauspreisinflation. Selbst einfache Wohnungen sind für Busfahrer, Krankenschwestern, Lehrer oder Eisenbahner unerschwinglich geworden. Viele von ihnen ziehen in andere Landesteile um und hinterlassen klaffende Lücken auf dem Arbeitsmarkt. „Der Arbeitskräftemangel nimmt bedrohliche Formen an“, sagte der Londoner Bürgermeister Ken Livingstone, „wir brauchen eine Woh-*

nungspolitik, die nicht nur die Abwanderung bremst, sondern auch neue Leute nach London bringt.“ Livingstone sieht die Antwort in einem extensiven Wohnungsbauprogramm, das die so genannte Erschwinglichkeit in den Mittelpunkt stellt. Bereits jetzt ist die Erteilung einer Baugenehmigung in einigen von der Labour Party regierten Londoner Stadtbezirken mit der Auflage verbunden, mindestens 25 Prozent der neuerrichteten Wohneinheiten Erstkäufern oder Personen mit niedrigen Einkommen vorzubehalten. Livingstone strebt nun nicht nur eine Verdreifachung des gegenwärtigen Bauvolumens auf 23000 neue Wohneinheiten im Jahr an, sondern auch eine Ausweitung des Erschwinglichkeitsprinzips auf 50 Prozent. Dickson Robinson, Direktor des Peabody Trust, der größten gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft in London, hält diese Pläne für schlecht durchdacht.

Wichtige „Profitfähigkeit“

„Die Erfahrung hat gezeigt, dass die zwangsweise gebauten Wohnungen nur deshalb erschwinglich sind, weil sie erhebliche Mängel aufweisen und in den schlechtesten Wohngebieten errichtet werden.“ Graeme Dodds, Geschäftsführer der Baufirma George Wimpey Central London, sagt sogar einen Rückgang der Bautätigkeit voraus. „Der Bürgermeister erweist den Londonern einen Bärendienst“, sagte er, „wenn er den Baufirmen die Profitfähigkeit nimmt, wird nicht mehr, sondern noch weniger gebaut.“ Erste Anzeichen zeigen sich bereits. Die Anzahl der beantragten Baugenehmigungen ging einer Untersuchung der Immobilienberaterfirma FPD Savills nach Verkündung des Livingstone-Plans bereits leicht zurück, und wie ein Sprecher des Verbands der Wohnungsbauunternehmen sagte, dürften viele seiner Verbandsmitglieder ihre Londoner Neubauprojekte in der Hoffnung auf Eis legen, dass Livingstone bei der Bürgermeisterwahl in zwei Jahren von einem wirtschaftsfreundlicheren Kandidaten geschlagen wird.

Wohnungsbauminister Lord Rooker hat die geringe Bautätigkeit in Großbritannien, die auf den niedrigsten Stand seit 1924 gesunken ist, als nationalen Skandal bezeichnet. Statt der benötigten 220000 neuen Wohneinheiten im Jahr werden nur etwa 160000 gebaut. „London und Südostengland sind am schlimmsten betroffen“, sagte er, „wir müssen dafür sorgen, dass das Angebot wächst und dass mehr Häuser gebaut werden, die auch für Normalverdiener erschwinglich sind.“ Lord Rooker ist sich mit dem Verband der Wohnungsbauunternehmen darin einig, dass der Mangel an erschwinglichen Objekten nur mit Hilfe von staatlichen Subventionen behoben werden kann. „Der Minister schätzt die Lage realistisch ein“, sagte Verbandssprecher Pierre Williams, „im Gegensatz zum Londoner Bürgermeister.“

Pierre Williams ist überzeugt, dass der Schatzkanzler die notwendigen Mittel bereitstellen wird. Schon deshalb, weil die Gewerkschaften die Hauspreisexplosion bereits zum Anlass genommen haben, inflationstreibende Tarifabschlüsse anzudrohen, um auch ihren schlecht bezahlten Mitgliedern den Zugang zum Wohneigentum zu ermöglichen.

London zählt zu den hochpreisigen Städten Europas. Das gilt für alle Sektoren des Immobilienmarktes. Die Hauptstadt sowie der englische Südosten leiden am stärksten unter den negativen Folgen der derzeitigen Hauspreis-inflation.

<sup>18</sup> Im Dokumentarfilm „Let’s make Money“ 2008 wird eine ganze Passage über den Bauboom in Spanien gezeigt. Es handelt sich bei den Wohnungen nicht um Häuser für die Arbeiter und Angestellten. Sondern es sind Spekulationsobjekte für Anleger. Die ganze „Costa del Sol“ ist zugebaut worden mit Anlagen für Besserverdienende, die meist auch noch Golf spielen. Zigtausende von Wohneinheiten. Sie stehen leer, weil die, die sich diese Häuser oder Appartements leisten könnten, es in der Vielzahl nicht gibt, bzw. die wo anders wohnen. Und die die Wohnungen brauchen, sie nicht dort gebrauchen können und sie sich auch nicht leisten können. Schon die Nebenkosten der Eigentumswohnungen in diesen Anlagen übersteigen die Mieten einer Wohnung, die sich der normale Einkommensbezieher leisten könnte, bei weitem.

<sup>19</sup> Auch wir in Deutschland kennen ein ähnliches Verhalten: In Ostdeutschland gibt es viele Plattenbausiedlungen, die energetisch – weitgehend mit öffentlichen Krediten – saniert wurden. Die Mieten der Wohnungen darin sind dadurch stark gestiegen. Daneben gibt es nicht sanierte Plattensiedlungen. Deren Mietwohnungen sind erheblich billiger. Die nicht sanierte Platte mit den niedrigeren Preisen wird weitgehend besser vermietet als die teureren energetisch sanierten Plattenbauten. Aber nicht etwa nur die Ostdeutschen verhalten sich so. In Westdeutschland ist das nicht anders. In Bremen gibt es die Großwohnsiedlung Osterholz-Tenever, heute kurz Ote genannt. Darin wurden einige Hochhäuser u.a. auch energetisch saniert. Die in ihnen liegenden Wohnungen lassen sich nur schlecht vermieten. Daraufhin hat die Wohnungsbesitzerin, die mehrheitlich der Stadt gehörende Gewoba umgeschaltet. Die anderen Hochhäuser, die nicht abgerissen werden / wurden, lässt sie nicht energetisch sanieren. Die Mieten bleiben niedriger und sie werden leichter vermietet – es gibt weniger Leerstand. – Sicher spielt bei den deutschen Beispielen einen Mechanismus eine Rolle, der mit den Zahlungen von Alg II und Sozialhilfe zu tun hat. Während es eine Mietobergrenze für die von Alg II Empfänger gibt, werden die Heizkosten unabhängig davon zusätzlich bezahlt.

Laut Pressemitteilung der Sozialsenatorin vom 18.8.2008

„Sozialdeputation beschließt Anhebung der Richtwerte

Zum 1. September wird die swb AG die Gaspreise um rund 20 Prozent anheben. Die Sozialsenatorin hat aus diesem Grund der Deputation vorgeschlagen, die Heizkostenzuschüsse für jene Menschen anzuheben, die Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder eine Altersgrundsicherung beziehen. „Menschen, die Sozialleistungen bekommen, müssen auch nach den Energiepreiserhöhungen in der Lage sein, ihre Wohnungen zu heizen. Das ist kein Luxus, sondern eine Selbstverständlichkeit!“, so Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter.

Die Sozialdeputation, die heute (28.08.2008) dem Vorschlag der Senatorin gefolgt ist, hebt damit die Obergrenzen (= Nichtprüfungsgrenze) für die Heizkostenzuschüsse bei Beheizung mit Erdgas und Fernwärme von 1,10 Euro auf 1,35 Euro pro qm an. Für einen erhöhten Wärmebedarf, also wenn beispielsweise kleine Kinder im Haushalt leben, sind nunmehr 1,60 Euro pro qm vorgesehen. Da die Heizölpreise noch drastischer angestiegen sind, wird für diese Beheizungsart eine neue Obergrenze eingeführt. Sie liegt zukünftig bei 1,80 Euro pro qm (2 Euro bei erhöhtem Wärmebedarf).

Die Anhebung der Richtwerte für die Heizkostenzuschüsse wird ca. 8,5 Mio. Euro pro Jahr kosten. Die Sozialsenatorin appellierte in der Sitzung der Deputation außerdem an die Vermieter, vor allem die Wohnungsgenossenschaften, in die Dämmung und energetische Sanierung ihrer Wohnungen zu investieren. Nur so könnten die Energiekosten langfristig für alle Bürgerinnen und Bürger im Rahmen gehalten werden.“

Selbst in einem alten Reihnhaus mit hohen Zimmerdecken und z.T. zugigen Fenstern aber nach Osten und Westen gut gedämmt, liegen die Heizkosten bei erhöhtem Gaspreis bei nur ca. 0,6 €/m<sup>2</sup>/Monat. Und die beschlossene Heizkostenpauschale ist keine Obergrenze, sondern nur eine Nachprüfbarkeitsgrenze. Das heißt, auch in Deutschland wird auf dem Wohnungssektor massiv Energievergeudung prämiert.

<sup>20</sup> Das sollen nun auch die Beschäftigten der Automobilindustrie in den USA. Das war offensichtlich Bedingung der Abgeordneten des USA Kongresses, um den Firmen öffentliche Kredite zuzusagen.

<sup>21</sup> Unter dem Titel „*Der Kaufrausch ist beendet*“ veröffentlicht die Süddeutsche Zeitung – andere Zeitungen mit gleichem Inhalt – am 14.11.08 folgenden Artikel:

*Immer mehr Amerikaner können ihre Kreditkartenschulden nicht begleichen*

*Von Moritz Koch*

*New York - Der gerade gekürte Nobelpreisträger Paul Krugman nennt es die Kapitulation der Konsumenten. Die Ausgaben der amerikanischen Verbraucher sind zwischen Anfang Juli und Ende September so stark gesunken wie seit den 1980er Jahren nicht mehr.*

*Die Experten sind sich einig: Der Abschwung hat gerade erst begonnen. Die Banken werden die Bürger dazu zwingen, sich noch weiter zu beschränken. Schon beschneiden sie das Lieblingsfinanzierungsmittel der Konsumenten. Die Kreditkarte, bisher die schärfste Waffe der Amerikaner im Kampf um einen höheren Lebensstandard, wird für viele zu einem wertlosen Stück Plastik. Die Banken handeln aus Furcht. Noch immer können sie die Verluste aus der geplatzten Spekulationsblase am Immobilienmarkt nicht bemessen. Die Kapitaldecke der meisten Banken ist bedrohlich dünn. Neue Ausfälle würden die Institute kaum verkraften.*

*Meldungen, wonach immer mehr Amerikaner ihre Kreditkartenschulden nicht begleichen, haben die Finanzbranche alarmiert. Etwa 900 Milliarden Dollar beträgt die Summe der ausstehenden Kredite. Rund 5,5 Prozent davon sind faul und selbst optimistischen Prognosen zufolge werden es schon bald mehr als sieben Prozent sein. Das Problem: Anders als Hypotheken sind Kreditkartenschulden nicht mit Vermögen besichert. Jeder Ausfall bedeutet einen Totalverlust.*

*Kreditkarten haben in Amerika eine andere Funktion als in Europa, wo sie meist als Zahlungsmittel eingesetzt und Ausgaben direkt vom Konto abgebucht werden. In den USA sind Kreditkarten ein Mittel der Verschuldung. Was heute gekauft wird, kann später in Raten abbezahlt werden. Der Markt wird von Visa, Mastercard und American Express beherrscht. Bei Visa und Mastercard sind die Banken in der Pflicht, wenn Schulden nicht bedient werden. American Express trägt das Risiko dagegen selbst - und stöhnt unter dieser Last. Erst vor wenigen Tagen verkündete der Finanzkonzern, eine Geschäftsbank werden zu wollen, um besseren Zugang zur Zentralbank zu erhalten. Außerdem will American Express den 700-Milliarden-Dollar-Fonds zur Stabilisierung des Finanzsystems anzapfen.*

*Am Mittwoch signalisierte Finanzminister Henry Paulson seine Zustimmung. Zudem will die Regierung 50 Milliarden Dollar in ein neues Programm investieren, das die Vergabe von Konsumentenkrediten stimulieren soll. Anders weiß sich Washington nicht mehr zu helfen. Der private Konsum ist der Motor der US-Wirtschaft. Gerade jetzt braucht das Land seine Verbraucher. Doch die Banken scheuen jedes Risiko. Selbst wer seine Rechnungen stets pünktlich begleichen hat, muss vielfach hinnehmen, dass sein Kreditrahmen kleiner wird. Konsumenten, die schon einmal in Zahlungsschwierigkeiten steckten, bekommen oftmals gar keine Kredite mehr. Nicht viel besser stehen die Chancen für jene, die in Gegenden wohnen, in denen die Immobilienpreise stark gefallen sind. Denn dort ist das Pleiterisiko besonders hoch.*

*Die Furcht der Gläubiger beendet einen Kaufrausch, der kein Ende zu kennen schien. Seit Anfang der 1990er Jahre stieg der Konsum in den USA ohne Unterbrechung. Selbst während der Rezession, in die das Land nach den Terrorangriffen des 11. September 2001 rauschte, marschierten die Bürger tapfer in die Läden, angetrieben von Präsident George W. Bush, der das Shopping zur patriotischen Pflicht erklärt hatte. Doch in Zeiten stagnierender Löhne mussten der Neuwagen, das Heimkino und die Urlaubsreise nach Mexiko auf Pump finanziert werden. Warum auch nicht? Kredite waren günstig und für jeden zu haben.*

*Viele Haushalte konnten sich vor der Flut an Kreditkarten-Angeboten kaum retten. Fast wöchentlich flatterte Werbung in die Briefkästen, versprach günstige Zinsen und großzügige Boni. Wer fleißig mit Karte zahlte, konnte Rabattpunkte und Flugmeilen sammeln. Von solchen Lockangeboten verführt, gaben zehntausende Familien jahrelang wie selbstverständlich mehr aus, als sie verdienten. Relativ zum Vermögen blieb der Schuldenstand ja konstant: In Zeiten des Aufschwungs stieg*

---

*auch der Wert ihrer Häuser und ihres Aktiendepots. Wie riskant es war, so zu wirtschaften, merkten die Amerikaner erst, als die Spekulationsblase am Immobilienmarkt platzte und die Aktienkurse in die Tiefe stürzten.*

Aus den Nöten der Schuldner sind nun die Probleme der Gläubiger geworden. Wie Hypotheken wurden auch Kreditkartenschulden zu Finanzkonstrukten verschürt und als Wertpapiere in alle Welt verkauft - auch nach Deutschland. Ob sich die Krise zu einem zweiten Kredit-Tsunami auswächst, dem eine neue Pleitewelle in der Finanzwelt folgen wird, ist gegenwärtig kaum abzuschätzen. Alles hängt davon ab, wie stark im kommenden Jahr die Arbeitslosigkeit in Amerika steigt und wie viele Konsumenten noch kapitulieren müssen.“

<sup>22</sup> In den letzten zehn Jahren ist die Produktivität der Beschäftigten in der EU der 27 Staaten stark gestiegen, weil die neuen Mitglieder schnelle Fortschritte in der Beschäftigtenproduktivität erreicht haben. Gemessen an diesem steigenden Durchschnitt hat die Beschäftigtenproduktivität in den USA mitgehalten und lag immer etwa 40% über diesem oder 30% über dem Durchschnitt der zwölf westeuropäischen alten Mitgliedsstaaten der EU. Deutschland dagegen, das mit Ostdeutschland seit 1997 ja auch ein ehemaliges Ostblockland in seinem Territorium hat und die Wirtschaft dort mit hohen Subventionen und geförderten Investitionen modernisiert, fällt in der Beschäftigtenproduktivität relativ zurück. Und zwar in diesen zehn Jahren von 1997 bis 2008 von 113,8 % auf 103,3 % also um zehn Prozentpunkte - relativ zu Europa der 27. Seine Produktivität gegenüber Europa der zwölf alten Mitglieder liegt dagegen schon unter deren durchschnittlichen Niveau - wobei in dieses Niveau das geringe Produktivitätsniveau der Bundesrepublik schon gewichtig mit ein geht. (Quelle: Statistisches Amt der europäischen Gemeinschaften - Internet)

<sup>23</sup> Hier möchte ich ein paar Worte zu Schulden im volkswirtschaftlichen Sinne einflechten. Volkswirtschaftlich und von der materiellen Güterseite her gesehen gibt es keine Eigentümer, sondern nur Funktionen wie Produktion, Konsum und Investitionen. Der Kreislauf oder besser die Spirale der Güter und Dienstleistungen ist für die Menschen entscheidend. Der Gegenstrom in Form von Geld ist nur eine Rechengröße. Eine geschlossenen Volkswirtschaft kann man sich nicht gegen sich selbst verschulden. Zumindest gesamtwirtschaftlich gesehen. Zwar können einzelne Mitglieder der geschlossenen Wirtschaft sich gegeneinander verschulden und der Staat gegenüber den Bürgern. Das bleibt gesamtwirtschaftlich aber ein Nullsummenspiel. Es steht nur das aktuelle Sozialprodukt und die vielleicht gebildeten Lager an Gütern zur Verfügung. Der Großteil diese erzeugten Güter und Dienste werden jeweils aktuell auch verbraucht. Ein wenig wird netto investiert. Oder es wird brutto so wenig investiert, dass netto die früher getätigten Investitionen nicht mehr ganz erhalten werden – also tendenziell verfallen bzw. die Lager sich vermindern bzw. aufgelöst werden. Kredite und Schulden sind nur Eigentumstitel, stellen nur Ansprüche bzw. Verpflichtungen dar, zum vereinbarten Zeitpunkt ein entsprechenden Teil des Sozialproduktes, aus den Lagern, oder den erhaltenen materiellen Investitionsgütern sich anzueignen bzw. zu liefern. Der ganz überwiegende Teil des materiellen Sozialproduktes, der aktuelle erstellten Güter und Dienstleistungen werden auch aktuell verbraucht. Das gilt natürlich für die Lebensmittel, die verbrauchte Energie, die aktuellen Dienstleistungen wie Haare Schneiden usw. und sie dienen der Aufrechterhaltung des unmittelbaren Lebens. Nur was Schuldner über ihre Lebensnotwendigkeiten und die Aufrechterhaltung der Infrastruktur hinaus produzieren, können sich Gläubiger oder sonstige Inhaber von Rechtstiteln aus dem Sozialprodukt aneignen. Wenn die Rechtstitel und Ansprüche an das Sozialprodukt höher sind als das Sozialprodukt, so stellen sich diese Rechtstitel buchstäblich als gegenstandslos heraus. Der Anteil der Ansprüche an das Sozialprodukt, der es übersteigt, verfällt.

<sup>24</sup> Siehe z.B. Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 28.2.2009 auf S. 30. Der übliche Renten in den USA soll danach mit 66 Jahren beginnen.

<sup>25</sup> Wir kennen das aus der Baugeschichte Bremens. Da gab es vor 1918 statt der Hypothek die "Handfeste". Der Käufer eines Hauses bekam den Kaufpreis vom Verkäufer geliehen zu einem festen oder variablen Zinssatz. Es wurde keine Tilgung vereinbart. Wenn der Käufer mit seinen Zinszahlungen in Verzug geriet, konnte er nach damaligen Bremischen Recht innerhalb kürzester Frist auf die Straße gesetzt werden. Die Schulden blieben ihm dann dennoch.

<sup>25</sup> "In den Vereinigten Staaten wurden Hypotheken bis zu 110 Prozent des Verkehrswerts vergeben. Zudem waren diese Hypotheken mit variablen Zinssätzen und einer Beschränkung der Haftung des Hypothekennehmers auf den Wert des Hauses ausgestattet.

<sup>26</sup> "In den Vereinigten Staaten wurden Hypotheken bis zu 110 Prozent des Verkehrswerts vergeben. Zudem waren diese Hypotheken mit variablen Zinssätzen und einer Beschränkung der Haftung des Hypothekennehmers auf den Wert des Hauses ausgestattet.

<sup>27</sup> Vorausgesetzt, die Bank erlöst beim Verkauf der Immobilie nicht einen Preis, der über die Deckung ihrer Schulden hinaus geht, die dann dem Eigentümer zustünde. Das ist bei den sinkenden Immobilienpreisen eher unwahrscheinlich.

<sup>28</sup> Ganz so leicht entschließt sich aber keiner für ein solches Wohnungshopping. Und das nicht nur wegen der Belastungen durch einen Umzug. Es gibt in den USA noch viel stärker als in Deutschland die Schufa Kreditauskunftsagenturen. Wer nicht nur bar einkaufen will, braucht gute Werte bei diesen Kreditauskunftsagenturen.. Schon wer mit geringen Zahlungen für eine im Versandhandel erworbenen Waren in Rückstand kommt, kann heftige Schwierigkeiten bekommen, irgend eine Leistung anders als gegen Vorkasse zu bekommen. Da Barzahlung manchmal gar anrühlich wirkt ist eine solche schlechte Auskunft durch Kreditauskunftsagenturen ein großes Beschwernis für ein normales Leben in den USA.

<sup>29</sup> Artikel.

*Süddeutsche Zeitung Nr.198, Montag, den **29. August 2005**, Seite 19*

*Thema des Tages*

### **Greenspan's Vermächtnis**

*Von Andreas Oldag*

*Es klingt schon so wie der Auftrag an seinen Nachfolger: Eindringlich hat der Chef der amerikanischen Notenbank, Alan Greenspan, vor einem Einbruch am US-Immobilienmarkt gewarnt. Zwar können sich die USA in einem beeindruckenden Konjunkturaufschwung sonnen, von dem die wachstumsschwache Wirtschaft Europas nur träumen kann. Doch in der weltgrößten Volkswirtschaft zeichnen sich gefährliche Ungleichgewichte ab, welche zu einem abrupten Ende des Booms führen könnten.*

*Angetrieben von billigem Geld und immer noch relativ niedrigen Zinsen steigen die Immobilienpreise von einem Rekord zum nächsten. Sie haben nicht nur die jährliche Inflationsrate weit überholt, sondern auch die durchschnittliche Steigerung der Haushaltseinkommen in den vergangenen fünf Jahren. Da ist es kein Zufall, dass der Hauskauf für viele Amerikaner zu einem Geldautomaten geworden ist.*

*Viele verkaufen ihre Immobilie schon kurz nach dem Erwerb, ohne jemals dort eingezogen zu sein, und streichen bislang satte Gewinne dabei ein. Etwa 30 bis 35 Prozent der Konsumausgabensteigerung ging im vergangenen Jahr auf das Konto von solchen lukrativen Immobilienverkäufen zurück.*

*Doch was passiert, wenn der Glaube an die Immobilienhausse plötzlich einen Knacks erhält - sei es durch eine weitere Zinserhöhung, oder einfach nur, dass sich die hoch verschuldeten Immobilienkäufer zurückziehen und der Markt mit Angeboten überschwemmt wird? Eine von einem abrupten Verfall der Immobilienpreise ausgehende Kettenreaktion ist ein Alptraumszenario für den amerikanischen Präsidenten George W. Bush, der in seiner zweiten Amtszeit alles daran setzt, als Präsident des Wirtschaftsaufschwungs in die Geschichtsbücher einzugehen.*

*Das Wort Spekulationsblase hat Greenspan aus triftigen Gründen noch nicht in den Mund genommen. Er weiß nur zu gut, dass er damit Spekulationen schüren würde. Die Finanzwelt achtet sehr genau auf jedes Wort von Alan Greenspan und legt es auf die Goldwaage. So verkauft der gewiefte Notenbanker denn auch seine Strategie als „konstruktive Zweideutigkeit“: Er warnt vor negativen Folgen des Immobilienbooms, hält die Konjunktur jedoch für robust genug, um die Gefahren zu umschiffen. Die Notenbank wird deshalb auch an ihrer Politik der Zinserhöhungen in kleinen Schritten festhalten. Dies ist ein Balanceakt, der allerdings nur dann aufgeht, wenn die Inflation in Schach gehalten wird - eine schwierige Aufgabe für Greenspan's Nachfolger.*

Und zwei Tage früher steht ein Bericht über die Gespräche in Jackson Hole in der Zeitung, einem Austausch von allen, „was bei Zentralbanken Rang und Namen hat“:

Süddeutsche Zeitung Nr.197, Samstag, den 27. August 2005 , Seite 21 Meister der Risiken  
von **Helga Einecke**

*In Jackson Hole beleuchten Geldpolitiker die Ära Greenspan*

*Jackson Hole ist ein Nest für Skifans in den amerikanischen Rocky Mountains. Aber an diesem Wochenende trifft sich dort alles, was bei Zentralbanken Rang und Namen hat. Der geldpolitische Gipfel hat Tradition und in diesem Jahr noch einen besonderen Reiz. Letztmals führt Alan Greenspan als mächtigster Notenbankier Regie, bevor er nach 18 Jahren Ende Januar sein Amt aufgeben wird. Die Geldpolitiker zollen ihm mit dem Motto Tribut: „Die Ära Greenspan - Lehren für die Zukunft“.*

.....

*Man kann ihm(Greenspan) vorwerfen, er habe Ende der 90er Jahre die Aktienmärkte zu lange gewähren lassen, zu wenig gegen die Bildung der Blase getan und nur deren Folgen abgemildert. Nach Einschätzung von Joachim Fels, Volkswirt bei Morgan Stanley, wiederholt sich derzeit dasselbe Muster bei den Immobilien, deren Preise in den USA und einigen anderen Teilen der Welt als überzogen gelten. Die amerikanische Notenbank pumpe zu viel Geld in die Märkte, um die Konjunktur anzukurbeln und Jobs zu kreieren. Dieses Geld sorge für Überbewertungen an den Märkten für Aktien, Immobilien oder Rohstoffe, also eine Inflation von Vermögenswerten.*

<sup>30</sup> Das gilt in ähnlicher Weise auch für England, Spanien usw. zu. In jedem Land nimmt es natürlich andere Formen an. In Deutschland ist die Ursache nicht so sehr mit dem Immobilienkredit verbunden, sondern mehr mit der Überbewertung der Unternehmen, die in der Hochkonjunktur - statt ihr Eigenkapital zu stärken - durch Firmenkäufe, Aktienrückkaufprogramme usw. immer mehr Schulden aufgehäuft haben. Die Konzerne Merkle, Schäffler, Continental sind die aktuellen Beispiele, die jetzt auch noch öffentlich Finanzen verlangen, um ihre Fehlspekulationen sich bezahlen zu lassen.

<sup>31</sup> Gerade Länder, deren Wirtschaft und Außenhandel von Rohstoffexporten geprägt sind, leiden meistens unter dem Verfall der übrigen Wirtschaftsbereiche. Diese Länder importieren immer mehr Fertigwaren. Sie hängen ab von den Wechselkursen ihrer Währungen, die mit dem Preis der Rohstoffe steigen und fallen. Bei hohen Rohstoffpreisen verdienen sie viel und können bei hohen Wechselkursen ihrer Währungen in der Welt billig einkaufen und sich billig verschulden. Die einheimische Industrie ist der durch hohen Wert der einheimischen Währung billig gemachten Importen nicht gewachsen und verschwindet weitgehend. Beim Verfall der Rohstoffpreise sinkt meist auch der Wert der eigenen Währung. Alles Importierte wird teurer. Aber die eigene Produktion ist verschwunden. Die Inflation galoppiert. Die Zinsen auf die Auslandsschulden müssen jetzt mit abgewerteten heimischen Währungen - also häufig um ein Vielfaches teurer - aufgebracht werden. Angelegte Währungsreserven schmelzen schnell dahin. Solche Länder stehen schnell vor dem Problem, die Auslandsschulden in fremden Währungen nicht mehr bedienen zu können. Seltene Ausnahmen wie Norwegen, Holland (Gas) u.a. zeigen, dass das nicht Schicksal sein muss, sondern der politischen Steuerung bei einem klugen und nicht so gierigen Volk und einer nicht korrupten politischen Klasse zugänglich ist.

<sup>32</sup> Dass es alle besser wussten zeigt der Artikel in DER SPIEGEL von 26.3.2005 S 82 ff unter dem Titel "Eine Welt voller Blasen". So heißt es dort u.a.:

*"Jahrelang versuchten die Notenbanker der Welt, Greenspan voran, die Wirtschaft mit einer beispiellosen Serie von Zinssenkungen anzuheizen. Zusätzlich druckten die Amerikaner mehr Dollar-Noten, um ihr gigantisches Handelsbilanzdefizit zu finanzieren. Doch das viele Geld floss selten in Investitionen der Unternehmen, es suchte sich, rund um den Globus, lukrativere Anlageformen.*

*Und so stiegen in den vergangenen Jahren auch nicht die Verbraucherpreise, wie es bei einer derartigen Liquiditätsschwemme eigentlich zu erwarten wäre, sondern die Preise für Vermögenswerte. Das Geld floss vor allem in Anleihen, Immobilien und, seit in Folge des China-Booms die Preise anzogen, auch in Rohstoffe. Der Ölpreis hat sich binnen dreier Jahre verdreifacht. "Da steckt auch viel Geld von Spekulanten drin, die sich mit langfristigen Kontrakten eingedeckt haben", sagt ein Frankfurter Finanzexperte.*

*"Das größte Problem der Welt", so Andy Xie, vielbeachteter Ökonom bei Morgan Stanley, "ist zu viel Geld."*

*Finanzpolitiker und Notenbanker haben das Problem erkannt. Die globale Geldschwemme - und wie sie wieder kontrolliert werden kann - ist längst Thema vieler Tagungen. Der Handlungsspielraum wird jedoch immer enger. Denn je höher bestimmte Märkte bewertet sind, desto wahrscheinlicher ist der Crash." (Hervorhebungen von mit R.D.) Und weiter:*

*"Die Vermögenspreise explodieren:*

*In England haben sich Firmen darauf spezialisiert, Grundstücke für Anleger zu kaufen, einige Monate zu halten - und noch vor Baubeginn mit hohem Gewinn loszuschlagen. Zwischen 1995 und 2003 stiegen die Immobilienpreise im Königreich um 150 Prozent - im Schnitt. In Irland kletterten die Gebäudepreise sogar um 193 Prozent, in den Niederlanden und in Spanien haben sie sich mehr als verdoppelt - und die USA verzeichnen ein Plus von 61 Prozent. .... \* Selbst Risikostaat wie Brasilien, Mexiko, Venezuela oder der Türkei leihen die Anleger ihr Geld derzeit für eine Rendite von gerade mal fünf oder sechs Prozent. Und das drei Jahre nach dem Bankrott von Argentinien, bei dem die Anleger über 70 Prozent ihres Einsatzes verloren. Das viele Geld sucht sich immer spekulativere, riskantere Horte, es trieb den russischen Aktienmarkt seit 2001 um 600 Prozent nach oben, der koreanische verdoppelte sich, die indonesische Börse legte um 200 Prozent zu.*

*Wie lange das noch gut geht, vermag momentan niemand zu sagen. An mahnenden Stimmen mangelt es nicht. Greenspans Federal Reserve spricht von der "exzessiven Risikobereitschaft" der Anleger, sein Kollege Jean-Claude Trichet, Chef der EZB, orakelt von "nicht durchhaltbaren Preissteigerungen" am Immobilienmarkt. Mittlerweile ist die Situation so dramatisch, dass auch das Financial Stability Forum, ein internationaler Club zur Überwachung der globalen Finanzmärkte, vor den Risiken wachsender Spekulationsblasen warnt. Anfang März diskutierten die Finanzexperten und Notenbanker der G7-Staaten sowie Hongkongs, Singapur, der Niederlande und Australiens einen Tag lang ausschließlich über die Anfälligkeit des internationalen Finanzsystems durch die galoppierenden Preisanstiege bei Anleihen und Immobilien. Nüchtern stellten die Geldwächter in ihrer Abschlusserklärung fest, dass "die ausgemachten Risiken das Potential haben, die Finanzmärkte zu belasten". "*

*Also wenn Greenspan und Trichet 2005 schon mit drastischen Worten das Problem benennen konnten, dann sind die Äußerungen der Überraschung drei Jahre später nichts als Heuchelei.*

<sup>33</sup> Zu den letzten gehört offensichtlich der Manager der Investmentbank Richard Fuld nicht. Laut SZ vom 31.1.09 konnte er von seinen geschätzten 500 Mio. US \$ Einkommen noch 350 Mio. über die Krise retten. Zum Schutz vor noch auftauchenden Forderungen gegen ihn hat er gerade seinen hälftigen Anteil an der 13 Mio. teuren Luxusvilla in Florida für 100 \$ an seine Frau überschrieben. Einen solchen Wertverlust des Hauses und Grundstückes würde den Abschreibungsbedarf auf Immobilien in den USA doch erheblich übertreiben. Aber welcher Angestellte hat schon einen Vermögensverlust von 150 Mio. \$ zu beklagen.

<sup>34</sup> Die Unternehmen haben auch in Deutschland in den letzten Jahren so gut verdient wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Das gilt auch für die Einnahmen aus der "gewöhnlichen Geschäftstätigkeit". Sie haben einen großen Teil der Gewinne an die Eigentümer ausgeschüttet. Andere Teile haben sie für die nun beklagten Finanzoperationen verwendet. Aber die entscheidende gesellschaftliche Funktion der Unternehmen besteht darin, ihren Gewinn produktiv zu investieren in Maschinen, Anlagen, Gebäuden, Forschung und Entwicklung usw. Das haben sie in immer kleineren Anteilen getan. Nur damit ent-



wickeln sie die Gesellschaft weiter. Sie können investieren, weil sie über den gesellschaftlichen Überschuss, der über den Konsum hinaus geht, verfügen. Und dieser Überschuss ist eben in den vergangenen Jahren weltweit und auch in Deutschland enorm gestiegen. Also die Unternehmen und Unternehmer verfügen mit ihren "Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen", wie das in der Sprache der Statistiker heißt, über den größten Teil des frei verfügbaren Geldes. Darüber hinaus verfügen sie auch über die verdienten Abschreibungen. Das sind die Beträge, die rechnerisch für früher getätigte Investitionen zurück gelegt werden. Sie gelten als Kosten. Sie haben den Zweck bei Abnutzung eines Wirtschaftsgutes, es gleichwertig ersetzen zu können. Ob diese Rückstellungen tatsächlich auch für Wirtschaftsgüter ausgegeben werden, ist nicht sicher. Jeder Haushalt, der teure technische Gebrauchsgüter wie Auto oder Wohnung besitzt, weiß, dass er mit dem Tag der Anschaffung auf den Tag hin sparen sollte, an dem Reparaturen oder Ersatzbeschaffungen notwendig werden. Bei Eigentumswohnungen sind diese Rücklagen ein fester Bestandteil der Wohnungsnebenkosten. Unternehmen und Privatpersonen können die Ausgabe dieser Abschreibungen auch unterlassen und die Abschreibungen verfrühstückten. Es handelt sich volkswirtschaftlich dabei um enorme Summen. Im Begriff "Bruttoinlandsprodukt" BIP sind die Abschreibungen noch enthalten, im Begriff "Volkseinkommen" aber nicht mehr. Und in der Tat schwanken die Ausgaben für Investitionen, seien sie nun Ersatzinvestitionen oder neue Investitionen viel stärker als die Konsumausgaben der Privathaushalte. Die Schwankungen der Nachfrage und damit der Konjunktur werden viel stärker beeinflusst durch das Auf und Ab an Aufträgen für Investitionsgütern als durch Schwankungen der Nachfrage nach Konsumgütern.

<sup>35</sup> In den volkswirtschaftlichen Statistiken gibt es immer miteinander im Prinzip nicht vergleichbare Größen: Einerseits die "Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen". Das ist eine funktionale Größe. In sie gehen alle Sparginsen, Miet- und Pachtüberschüsse und eben auch Unternehmensgewinne ein, egal wer sie erhält - ob Unternehmer, Arbeitnehmer, Kinder oder Rentner. Andererseits gibt es Statistiken über die Einkommen der Arbeitnehmer als Lohn- und Gehaltsempfänger. Das ist aber nicht deren Familieneinkommen. Denn die erhalten als Personen vielleicht noch Sparginsen und haben Mieteinnahmen oder Dividenden aus Volksaktien oder sind am Betriebsgewinn beteiligt. Aber in der Realität überlappen sich die Einkommensarten und die Personengruppen nicht so sehr. Diejenigen, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen beziehen gehören meist zu den wohlhabenderen Haushalten. Wenn nicht, verkaufen sie meist ihr Eigentum, um besser zu leben. Entsparen also. Die das Eigentum halten und die Gewinne einstreichen können, könnten meistens auch direkt oder indirekt investieren.

<sup>36</sup> Das Bruttonationaleinkommen umfasst im Gegensatz zum Volkseinkommen auch die Abschreibungen. Aber die Käufe für Ersatzinvestitionen sind ja auch nachfragewirksam. Und manche Unternehmen investieren nicht einmal die Ersatzinvestitionen. Das gilt auch für die Unternehmen in ganzen Regionen - z.B. in Bremen über mehrere Jahre. Damit verfallen die wirtschaftlichen Grundlagen - und natürlich fällt auch lokale Nachfrage z.B. bei Bauten aus. Über die Einnahmen aus Abschreibungen bestimmen jedenfalls die Unternehmen - und nicht die Arbeitnehmer.

<sup>37</sup> Gerade in Deutschland ist nach dem Zweiten Weltkrieg intensiv über die Funktion von Unternehmen diskutiert worden. Gerade weil die Unternehmen sich in der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 durch Bildung von Trusts und Monopolartigen Strukturen, beim Aufstieg des Nationalsozialismus, während des Nationalsozialismus durch Bereicherung am Besitz jüdischer Mitbürger, am Krieg und an der Zwangsarbeit die Hände schmutzig gemacht hatten, galt in Deutschland nach dem Krieg der Konsens, dass ein einfacher Wiederaufbau einer kapitalistischen Wirtschaft nicht in Frage käme. Das Ahlener Programm der CDU war ein Ausdruck dafür. Das Grundgesetz mit seiner Verpflichtung des Eigentums auf das Gemeinwohl und die Kontrolle wirtschaftlicher Macht ein anderer. Dass man sich damals entschloss, doch wieder das Unternehmertum als zentrale Institution des Wirtschaftens zuzulassen, lag daran, dass man den Unternehmen, die einen Überschuss verwalteten, zutraute, zu investieren und damit schneller als die hungrigen Massen wieder die materiellen Grundlagen für Wohlstand herzustellen. Der Begriff "Soziale Marktwirtschaft" drückte diesen Kompromiss aus. Die Wirtschaft hat der Gesellschaft zu dienen. Die Zwecke des Wirtschaftens liegen außerhalb des gesellschaftlichen Bereichs Wirtschaft. Jedenfalls gilt: die Gewinne der Unternehmen sind zwar als gesellschaftlicher Anreiz akzeptiert, aber es ist ein politisches Zugeständnis der Gesellschaft an die Unternehmen und Unternehmer. Sie sollen dafür investieren in produktive Anlagen. Bei besonders wichtig erscheinenden Investitionen, wurden den Unternehmen dafür auch Zuschüsse gezahlt wie z. B. für die Wiederherstellung und Ausbau der Elektrizitätsversorgung. Eine einfache Rückkehr zu dem Satz des Französischen Königs: "Bereichert Euch" war nicht vorgesehen und der schlichte Maßstab des Wirtschaftens nach dem Motto "Shareholder Value" steht danach im Widerspruch zu unserer Grundordnung, die auf den schrecklichen Erfahrungen

<sup>38</sup> Chef der Internationalen Energieagentur warnt vor Engpass  
"Die nächste Ölkrise kommt"

Knappheit des Rohstoffs beschwört nächste Weltrezession um 2013 herauf. Preis wird 2010 auf Rekordhoch steigen  
Von Michael Kläsgen Paris - Die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris warnt vor einer neuen, noch schlimmeren Weltwirtschaftskrise um das Jahr 2013. Grund dafür sei, dass die Ölkonzerne zu wenig in neue Förderprojekte investieren. Ziehe die Nachfrage 2010 wieder an, könnte der Ölpreis massiv ansteigen, die Inflation befeuern und das Weltwirtschaftswachstum gefährden.

"Uns besorgt, dass die Ölfirmen ihre Investitionen zurückfahren. Denn wenn die Nachfrage wieder anzieht, könnte es zu einem Versorgungsengpass kommen. Wir prophezeien sogar, dass dieser Engpass 2013 eintreten könnte", sagte Nobuo Tanaka, Chef der Internationalen Energieagentur, der Süddeutschen Zeitung. Der Japaner ist alarmiert, weil ihm Daten

vorliegen, die zeigen, dass die weltweiten Ölförderkapazitäten sinken und auch die Ölreserven sich bis 2013 voraussichtlich stark reduzieren werden. Je stärker die globale Ölnachfrage bei einem Aufschwung ab 2010 sein wird - vor allem in den USA, China und Indien -, desto früher könnte der Engpass eintreten und das Weltwirtschaftswachstum abwürgen. Laut IEA könnte der Ölpreis dann den Höchststand vom Sommer 2008 noch übertreffen und bis zu 200 Dollar pro Barrel erreichen. "Wir könnten auf eine neue Krise zusteuern, deren Ausmaß die gegenwärtige übertreffen könnte", warnte Tanaka. "Deswegen mahnen wir die Ölgesellschaften, zu investieren", fügte Tanaka hinzu. Trotz Milliardengewinnen im vergangenen Jahr stornieren die Ölkonzerne ihre Investitionen, weil sie sich bei dem gegenwärtigen Preis von etwa 40 Dollar pro Barrel kaum noch rentieren. Um ein Viertel reduzierten sie ihre Investitionen weltweit binnen Jahresfrist. Die erdölexportierenden Länder (Opec) wiederum drosseln ihre Produktion, weil sie gegenwärtig keine ausreichende Nachfrage sehen. 35 von 130 größeren Ölförderprojekten seien bis Anfang Februar eingefroren oder eingestellt worden, sagte Opec-Generalsekretär Abdullah al-Badri.

Diese Investitionen sind jedoch notwendig, um den Bedarf zu decken, wenn die Nachfrage wieder steigt. ....

Quelle: Süddeutsche Zeitung

Nr.49, Samstag, den 28. Februar 2009, Seite 25

<sup>39</sup> Es gibt auch andere Wohlstandsindikatoren als solche, die nur Geldgrößen messen. Vor Jahrzehnten schon gab es die Versuche Lebensqualität zu messen. Auch die UNO praktiziert nicht monetäre Methoden. So werden Einhaltung der Menschenrechte, der Freiheit, Bildung, Gesundheit, innere und äußere Sicherheit, Aussichten auf ein langes Leben usw. neben materiellen Versorgungsstandards verglichen.

<sup>40</sup> Die gesetzliche Sicherung der Sparguthaben bei Banken und Sparkassen belief sich in Deutschland auf 20.000 € je Konto und Privatperson. Das machte klar, dass Geldforderungen nicht grenzenlos garantiert sind. Die Einlagesicherungsfonds der Banken und Sparkassen garantierten zwar rechnerisch sehr viel höhere Summen je Kontoinhaber. Aber diese Garantien galten nur so lange der Vorrat reicht - was bei der Pleite einzelner Bankhäuser immer ausgereicht hätte. Wenn aber mehrere Banken gleichzeitig insolvent geworden wären und die Bankkunden ihre Einlagen abgezogen hätten, dann wäre der Topf vielleicht schnell leer gewesen. Bei den offenen Immobilienfonds, bei denen viele Anleger ihr Geld heraus ziehen wollen, zeigt sich, dass es schnell Grenzen gibt. Bei einigen ausländischen Banken werden auch die gesetzlichen Sicherungen nicht mehr erfüllt - z.B. bei der Isländischen Kaupthing Bank, die bis Ende Januar 09 den gesetzlich gesicherten Betrag hätte auszahlen müssen, es aber nicht getan hat.

<sup>41</sup> bei uns Euro, dem sprichwörtlichen Geld und damit dem liquidesten flexibelsten und allgemein gültigsten Zahlungsmittel im Geltungsbereich dieser Währung - und dort wo man Euro in konvertierbare Währungen tauschen kann.

<sup>42</sup> In Island verfällt der Lebensstandard in Atemberaubendem Tempo. Auch in Lettland stürzte jüngst die Regierung über den wirtschaftlichen Niedergang, weil all die aufgebauten Forderungen an das Nationalprodukt durch die realen Leistungsmöglichkeiten nicht gedeckt werden können. Auch dort sind viele Bauten mit Krediten finanziert worden, die völlig irrealer Mietpreise zur Kalkulationsgrundlage nahmen. Ich erinnere mich an die betretenen Gesichter einiger Projektentwickler aus Riga bei ihrem Besuch in Bremen, als sie Büromieten von vier bis acht Euro je m<sup>2</sup> und Monat öffentlich angeschlagen sahen - sie aber mit weit jenseits von zehn Euro als Minimum für ihre Wirtschaftlichkeitsberechnung kalkulierten. Der jüngst (26.2.09) designierte Ministerpräsident Dombrovskis kündigt an, dass die Steuern für alle erhöht werden müssten, um die Zinsen auf die explosionsartig gestiegenen Staatsschulden - auch wegen der Stützungskredite von IWF und EU - zu bedienen.

<sup>43</sup> Die Demonstrationen und Unruhe artigen Erscheinungen in Island und Lettland werden nicht die letzten Tumulte bleiben bei diesen Auseinandersetzungen.

<sup>44</sup> Wo sich der Staat anschickt, produzierende Unternehmen vor der Insolvenz zu bewahren z.B. General Motors in den USA, da klappt er nicht die Schulden der Gläubiger. Er will vielmehr die Profitabilität so wieder herstellen, dass die Gläubiger ihr Geld bekommen, aber nicht die Arbeiter und Rentner ihren vertraglichen Leistungen. Die sollen auf die Krankenversicherung und andere Lohnbestandteile verzichten. Das waren ausdrückliche Bedingungen des amerikanischen Kongresses, damit er Kredite für GM und Chrysler bewilligte. Von einem entsprechenden Verzicht der Gläubiger war nicht die Rede. Auch von den Opel - Beschäftigten werden entsprechende Zugeständnisse verlangt - und sie haben sich dazu auch bereit erklärt.

<sup>45</sup> Die Anbieter von größeren Wagen werben darauf hin, dass sie noch zusätzlich 2.500 € Rabatt aus eigener Schatulle beim Kauf eines Neuwagens anbieten würden. Die genauen Rabatte oder Aufschläge lassen sich so natürlich nicht ermitteln. Es wird auch vielfach argumentiert, ab 13.500 € für einen Neuwagen nähme der Staat aus der Mehrwertsteuer mehr ein als er für die Abwrackprämie zahle. Das ist zwar rechnerisch richtig. Steuern auf Produkte werden aber auch deswegen eingezogen, weil die Produktion dieser Produkte allgemeine Kosten verursacht, die der Nutzer des Produktes nicht unmittelbar zahlt. Hier z.B. die Verkehrsinfrastruktur, die bei der Produktion eines Autos in Anspruch genommen wird. Werden diese Kosten von den Käufern dieser Produkte nicht gezahlt, so müssen sie von anderen aufgebracht werden.

<sup>46</sup> Der Fall Lehman zeigte, was geschieht, wenn doch eine Großbank fällt:

*Erstens verloren etliche Banken, Versicherungen und andere Finanzdienstleister, die Geschäfte mit Lehman gemacht hatten, einen Großteil ihrer Forderungen gegenüber der Bank.*

*Zweitens litten sich Banken weltweit aus diesem Grund untereinander kaum noch Geld.*

*Drittens mussten sich Kreditinstitute von heute auf morgen mehr Eigenkapital beschaffen, um als kreditwürdig zu gelten. Da zugleich die Risikoscheu der Anleger sprunghaft stieg und diese sich von der Börse im Allgemeinen und aus Bankaktien im Besonderen zurückzogen, war es für Banken praktisch unmöglich, sich frisches Kapital zu holen. Viertens schränkten die Banken in der Folge auch die Kreditvergabe an Firmen ein und verschärften so die Rezession. Eine fünfte und vielleicht die gravierendste Folge war, dass durch die Insolvenz von Lehman Brothers Wertpapiere im Volumen von 600 Milliarden Dollar auf den Markt kamen. Allein dadurch sanken die Kurse etlicher Papiere, von soliden Anleihen bis zu riskanten Derivaten. Das löste eine Kettenreaktion aus. Investoren wie Hedgefonds und Banken mussten angesichts der Kursverluste ihre riskanten Anlagen reduzieren und drückten die Preise so noch weiter. Die Banken mussten auch die Preise von Wertpapieren in ihren Bilanzen an die gesunkenen Marktpreise anpassen, was neue Verluste und neuen Kapitalbedarf auslöste. Diese Abwärtsspirale war gemeint, als im Herbst das Wort von der drohenden Kernschmelze die Runde machte*

<sup>47</sup> Aus einem Kommentar des „Tagesspiegel“ im Internet am 22.2.2009: *Außerdem gehört sie zu den größten Emittenten auf dem deutschen Pfandbriefmarkt. Pfandbriefe, besonders sichere Anleihen, haben bei der HRE eine ganze Reihe von Krankenkassen, Kommunen, Landkreisen und Berufsgenossenschaften gezeichnet. Im Insolvenzfall wäre deren Geld – und damit das Geld von Versicherten und Steuerzahlern – zumindest teilweise verbrannt.*

<sup>48</sup> Klar, so einfach liegen die Dinge nicht. Ausländische Gläubiger könnten jede Fischladung, die von Island anderswo angelandet wird, beschlagnahmen, den Trawler an die Kette legen usw. Island wird sich dem internationalen Druck schlecht entziehen können. Wenn der Druck auf die Lebensverhältnisse aber zu groß wird, werden die paar Hunderttausend Isländer auswandern. Und wo niemand ist, hat der Kaiser sein Recht verloren. Damit die Gläubiger die Insel mit ihren Schätzen in Besitz nehmen könnten, müssten sie ja Beauftragte auf die leere Insel schicken. Die müssten auch bezahlt und könnten nicht mit den Schulden, die auf Island ruhen, belastet werden. Also, die Forderungen müssen so oder so abgeschrieben werden. Dann kann man die Isländer gleich im Land lassen und ihnen die Schulden erlassen und die Gläubiger im Regen stehen lassen.

<sup>49</sup> In Deutschland weigern sich die meisten Vorstände von Banken bisher, die "Hilfen" des Staates anzunehmen. Das liegt einerseits wohl daran, dass sie ihre Forderungen, die höher verzinst sein werden als Staatsanleihen für überwiegend noch sicher halten und andererseits, weil die Vorstände bei der Annahme von Staatshilfen persönliche Einkommensnachteile befürchten. Ein Punkt des Planes ist, dass die Vorstände der Banken, die staatshilfen in Anspruch nehmen, ihren Vorständen pro person nicht mehr als 500.000 Euro pro Jahr an Gehalt auszahlen dürfen.

<sup>50</sup> Der „Wirtschaftswoche“ Professor Straubhaar in einer Diskussion im Deutschlandradio am 11.12.08 zwischen 19:15 und 20:00 Uhr ging auf die vollen Geschäfte in der Vorweihnachtszeit ein. Dieser sich dort zeigende Konsumwille sei Ausdruck für die Kaufzurückhaltung in großen Dingen. Man kaufe sich eben einen wärmenden Schal in der Innenstadt anstatt eines Autos.

<sup>51</sup> In der selben Diskussion waren sich alle eingeladenen Fachleute einig, dass der Staat jetzt sehr viel mehr Geld ausgeben müsse. - Obwohl die öffentlichen Haushalte doch auch in der Hochkonjunktur weiter zusätzliche Schulden aufgehäuft haben.

<sup>52</sup> Auch noch im Frühjahr 2009 konsumieren die Haushalte anscheinend, was sie können. Die Krise ist bei ihnen noch nicht so angekommen, wie sie in Auftragsrückgang sich schon bemerkbar macht. Da wesentliche Güter des täglichen Bedarfs billiger geworden sind, wie z.B. viele Lebensmittel und Kraftstoffe, und einige Masseneinkommen sich aktuell erhöhen – Löhne und Gehälter, Renten, Rückzahlungen wegen Pendlerpauschale, Steuererleichterungen, Kindergeld etc. gibt es ein verbreitetes Gefühl real wieder mehr kaufen zu können. Der Weser Kurier meldet daher wie andere Medien am 27.3.2009 das Ergebnis der Umfrage über den Konsumklimaindex der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in der Bundesrepublik mit der Überschrift:

*„Konsumklima erstaunlich robust“*

Darin heisst es u.a.: *„Vor allem die Kauflust halte sich auf einem guten Niveau.“*

<sup>53</sup> Das zweite Konjunkturprogramm:

Mit einem Volumen von 50 Milliarden Euro für 2009 und 2010 ist es das größte in der Geschichte der Bundesrepublik. Das Programm, das über eine höhere Staatsverschuldung finanziert wird, enthält viele verschiedene Einzelmaßnahmen, die die Bürger zum Teil auch bei Steuern und Sozialabgaben entlasten. So wird der steuerliche Grundfreibetrag rückwirkend zum 1. Januar von 7664 auf 7834 Euro (2010: 8004) Euro angehoben. Gleichzeitig sinkt der Eingangssteuersatz, der vom Grundfreibetrag an gilt, von 15 auf 14 Prozent.

Der Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung wird zum 1. Juli 2009 von 15,5 auf 14,9 Prozent gesenkt. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird auf 2,8 Prozent stabilisiert. Familien können sich über einen einmaligen Bonus von 100 Euro für jedes Kind freuen. Das Geschenk ist aber vor allem für Besserverdiener nur eine Art "Vorschuss": Denn die 100 Euro pro Kind verrechnet das Finanzamt bei der Einkommensteuererklärung mit den Kinderfreibeträgen. Sechs- bis 13-jährige Kinder, deren Eltern auf die Grundsicherung (Hartz IV) angewiesen sind, erhalten vom 1. Juli an statt 211 Euro 246 Euro an Sozialgeld.

Vielen Bürger wird deshalb zumindest etwas mehr Geld im Portemonnaie verbleiben. Das Bundesfinanzministerium rechnet vor: Ein Single mit einem Jahreseinkommen von 30 000 Euro spart im Jahr etwa 269 Euro an Steuern und Abgaben, bei doppelt so hohem Einkommen sind es 406 Euro. Alleinerziehende mit einem Kind kommen bei diesen Verdiensten auf 264 beziehungsweise 405 Euro. In Familien mit zwei Kindern, in denen ein Elternteil arbeitet, beträgt die Entlastung 314 oder 494 Euro.

Zum zweiten Konjunkturpaket gehört auch die Abwrackprämie: Wer 2009 sein mindestens neun Jahre altes Auto verschrottet und ein neues umweltfreundliches Fahrzeug kauft, bekommt 2500 Euro. Herzstück des Programms sind aber die zusätzlichen Investitionen. So fließen bis zu 18 Milliarden Euro in die Sanierung von Schulen, Krankenhäusern, Straßen oder Schienen. Um Entlassungen vermeiden zu helfen, wird die Kurzarbeit gefördert. Die Bundesagentur übernimmt die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber zur Hälfte oder sogar ganz, wenn sich der Kurzarbeiter weiter qualifiziert.

Das Hilfspaket für Unternehmen:

Der sogenannte Wirtschaftsfonds Deutschland ist an das zweite Konjunkturprogramm angedockt. Er hat einen Umfang von 100 Milliarden Euro und soll Firmen helfen, die unverschuldet durch die Krise in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Der Fonds enthält Bürgschaften im Volumen von 75 Milliarden Euro. Hinzu kommen Kreditprogramme der Staatsbank KfW über 25 Milliarden Euro. Die Darlehen sollen sowohl dem Mittelstand wie auch größeren Unternehmen zur Verfügung stehen. Den Fonds soll eine Art "Rat der Weisen" mit erfahrenen Persönlichkeiten aus der deutschen Wirtschaft unterstützen. Sie werden vorentscheiden, ob dem Antrag eines Unternehmens auf staatliche Hilfen stattgegeben werden soll oder nicht. Auch Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater werden bei der Prüfung der Anträge mitreden. Das letzte Wort hat der Lenkungsausschuss, der von Staatssekretären aus verschiedenen Ministerien besetzt ist. Zahlreiche Unternehmen haben bereits ihr Interesse angemeldet. Nach Angaben eines Ministeriumssprechers liegen aber noch keine konkreten Anträge vor.

Das erste Konjunkturprogramm:

Die Bundesregierung brachte das Paket bereits im Dezember auf den Weg. Es soll Investitionen und Aufträge von Unternehmen, Privatleuten und Kommunen im Volumen von 50 Milliarden Euro anschieben. Dahinter steckt ein Sammelsurium aus alten und neuen Maßnahmen. Dazu zählen etwa Investitionen in den Verkehr, die Kfz-Steuerbefreiung von bis zu zwei Jahren oder großzügigere Regeln für Unternehmen, bestimmte Ausgaben abzuschreiben. Offiziell hat das Programm ein Volumen von 31 Milliarden Euro für 2009 und 2010. Bei genauerem Hinsehen umfasst es aber für das Jahr 2009 staatliche Mehrausgaben von nur 4,1 Milliarden Euro, wenn man vorangegangene Beschlüsse wie die Erhöhung des Kindergelds oder die Senkung des Beitragssatzes für die Arbeitslosigkeit nicht mitzählt.

Der Bankenrettungsschirm:

Diesen gibt es seit Mitte Oktober 2008. Dabei stellt der Staat den Finanzinstituten bis zu 500 Milliarden Euro zur Verfügung. Der größte Batzen, rund 420 Milliarden Euro, sind dabei Bürgschaften und Garantien. Dabei gilt: Erst wenn ein Kredit einer Bank an eine andere Bank platzt, springt der Staat ein. Bisher haben sieben Banken auf die Hilfe des "Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung" zurückgegriffen. Allein die Münchner Immobilienbank Hypo Real Estate (HRE) erhielt Bürgschaften in Höhe von 102 Milliarden Euro. Die Commerzbank bekam 18,2 Milliarden Euro an frischem Kapital, die Aareal Bank gut 500 Millionen. Ob der Topf des Bundes groß genug ist, weiß derzeit niemand.

Quelle: Süddeutsche Zeitung

Nr.43, Samstag, den 21. Februar 2009, Seite 2

<sup>54</sup> Dies begünstigt natürlich die oberen Einkommensbezieher. Die Hälfte der Haushalte zahlt ohnehin keine Steuern. Die andere Hälfte sehr unterschiedlich hohe. Die oberen Einkommen haben natürlich meist mit Haus- oder Wohnungsbesitz sehr viel mehr Anlass und Möglichkeiten, solche Dienstleistungen bis zum Butler hin in Anspruch zu nehmen. Es ist eigentlich ein Unding, dass dieser Konsum, der eindeutig zur privaten Lebensführung gehört, staatlich subventioniert wird.

<sup>55</sup> Der Film „Rosemarie goes shopping“ mit Susanne Engelbrecht führte schon vor vielen Jahren vor, wie durch hemmungsloses Schulden Machen eine Kreditkartenbetrügerin die Finanzkonzerne erpresste. Sie wurde mit ihren angehäuften Schulden als „systemisches“ Risiko behandelt – wenn es damals auch noch nicht so benannt wurde.

<sup>56</sup> Jetzt kommt der Hinweis auf die Verluste der Landesbanken. Sie haben mit wenigen Ausnahmen am Kapitalmarkt selbst viele Milliarden und ihren Ruf verspielt. Der Auslöser war aber die Privatisierung des Risikos. Die Europäische Union hatte die Gewährträgerhaftung durch die Länder ab einem bestimmten Zeitpunkt verboten. So lange die Länder für Kredite der Landesbanken bürgten, zahlten die Landesbanken am Kapitalmarkt niedrigere Zinsen für Kredite, die sie aufnahmen und konnten so auch billiger Kredite vergeben. Danach mussten sie genauso hohe Zinsen zahlen, wie normale Geschäftsbanken. Vor dem Zeitpunkt, da die Gewährträgerhaftung auslief, haben sie sich noch viel Geld am Kapitalmarkt geliehen. Mehr als sie an Unternehmen in ihren Ländern für Investitionen ausleihen konnten. Sie mussten das gehortete Geld irgendwo anlegen. Und da verfielen sie darauf, am weltweiten Kapitalmarkt mit zu spielen. Ohne diesen erzwungenen Wechsel der Gewährträgerhaftung, hätte es diesen Anlass nicht gegeben. Die Landesbanken Nord LB, Bremer Landesbank und

Helaba haben sich an diesen riskanten Geschäften auch nicht beteiligt. Es ist also nicht so, dass **die** staatlichen Banken sich sozusagen systemimmanent verantwortungslos verhalten müssen.

<sup>57</sup> Ein Wort zu Opel: Wenn Opel / Vauxhall am Markt Preise erzielen kann, die die Kosten der Produktion, Verteilung und Garantieleistung der Autos decken, dann sollte Opel erhalten werden.

<sup>58</sup> Der soziale Wohnungsbau, mit dem die Wohnungsnot der Nachkriegszeit in Westdeutschland behoben wurde, ist in den 50er Jahren mit einem Bodenpreisstopp und danach mit einer erlaubten Eigenkapitalrendite von vier Prozent pro Jahr hoch gezogen worden. Sicherlich haben dabei nicht alle diese Dämme gegen höhere Ansprüche gehalten. Aber es macht deutlich, dass seit Langem solche Maßstäbe für die Versorgung der breiten Schichten der Bevölkerung Gang und Gäbe sind.

<sup>59</sup> Die Vermögenssteuer bezöge sich damit auch auf den niedrigsten Wert. Er wäre im Laufe des Jahres mehrfach zu ermitteln und entsprechende Teilbeträge abzuführen, damit bei einem Wertverfall z.B. von Vorräten nicht die Vermögenssteuer die Einkommen auffrisst. Die Vermögen gelten natürlich abzüglich der Schulden. Handelt nun jemand mit sehr werthaltigen Wirtschaftsgütern bei kleiner Umsatzrendite und hohem Eigenkapitalanteil, so kann eine Vermögenssteuer theoretisch das Einkommen überschreiten. Allerdings ergäbe eine niedrige Umsatzrendite bei sehr hohem Eigenkapital auch eine extrem niedrige Kapitalrendite. Es ist fraglich, ob ein Kaufmann dies Geschäft so führen würde. Durch die Vermögenssteuer wäre er möglicherweise schneller veranlasst, sein Eigenkapital produktiver einzusetzen.

<sup>60</sup> zumindest die Vergabe von Rechten, Satelliten zu positionieren mit der Maßgabe und Kontrolle, sie am Ende ihrer Lebensdauer wieder zurück zu holen

<sup>61</sup> Z.B. das Anlegen von Parkanlagen dürfte nicht auf Kredit erfolgen. Es ist eine wichtige kommunale Aufgabe. Aber keine Investition, sondern wohlthuender Konsum. Lasteten Kredite auf ihm, wäre dies finanziell wie ein Vergnügungspark ein Wirtschaftsgut. Die öffentliche Hand würde dafür dann Zinsen und nicht nur die Unterhaltung zahlen. Es gibt keinen Grund, dass die Allgemeinheit sozusagen Konsumentenkredite aufnimmt. Sie sind aus gesellschaftlichen Überschüssen zu finanzieren, ohne sich an private Geldeigentümer zu verschulden. Horten diese privaten Geldeigentümer das Geld, ohne konkrete produktive Investitionsabsichten, müsste es ihnen für solche Aufgaben entzogen werden, bevor das Horten zu Arbeitslosigkeit führt und als Geldblase Schaden anrichtet.

<sup>62</sup> Am 14.3.2009 meldet die Süddeutsche Zeitung, dass der ehemalige Vorstandsvorsitzende des US amerikanischen Elektrokonzerns General Elektrik, Jack Welch, der „Hohe Priester“ des Shareholder Value nun abgeschworen hat:

### **Die blödeste Idee der Welt**

*Bosse in der Defensive: Selbst Jack Welch, der wichtigste Vertreter der Shareholder-Value-Lehre, verabschiedet sich von seinen alten Prinzipien*

*Von Karl-Heinz Büschemann*

*München - Es ist, als sei der Papst aus der Kirche ausgetreten: Jack Welch, der frühere Chef des US-Elektrokonzerns General Electric (GE), war der bekannteste Prediger einer Heilslehre, der in den vergangenen zwei Jahrzehnten Konzernlenker in aller Welt gefolgt sind: dem Prinzip des Shareholder-Value. So wie Welch hatten die meisten Konzernchefs in Amerika und Europa alles getan, um den Wert ihrer Unternehmen zu steigern. Rauf mit dem Aktienkurs - das war ihr Motto. Doch am Freitag verkündete Welch in einem Interview mit der Financial Times: "Genau genommen ist Shareholder Value die blödeste Idee der Welt." Es klingt, als sei der Mann, der mal als der härteste Manager galt, mit 73 Jahren weise geworden. Und als stimme er ein in den Chor jener, die die Ursachen der Finanzkrise im Renditewahn der vergangenen Jahre suchten, im unbedingten Glauben an die Regeln der Wall Street.*

<sup>63</sup> Es gab vor Jahren eine Karikatur: Da sitzen ein anscheinend Armer und ein anscheinend Reicher nebeneinander auf der Parkbank. Der Arme sagt zum Reichen: Ihr denkt ja immer nur ans Geld. Darauf antwortet der Reiche: Ihr auch.